Dienstag, 29. Oktober 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 252 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Blutrache? Im Mordprozeß gegen den Libyer Fathai Tarhoni, der am Ostersamstag in Bonn einen Gegner des Khadhafi-Regimes erschossen und zwei Deutsche lebensgefährlich verletzt hatte, hat der Angeklagte gestern ein politisches Motiv für seine Tat bestritten. Vielmehr habe es sich um „Blutrache" gehandelt. (S. 12)

Flucht: Ein 28jähriger Arbeiter aus der „DDR" und seine 20jährige Freundin sind unverletzt über die Sperranlagen nach Bayern gelangt, obwohl sie von „DDR"-Grenzern entdeckt und verfolgt worden waren.

Teuerung: Der Preisauftrieb in der Bundesrepublik hat sich im Oktober spürbar verlangsamt. Gegenüber dem Vergleichsmonat 1984 erhöhte sich der Preisindex nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts nur noch um 1,7 Prozent. Für September war noch eine Jahresveränderungsrate von 2,2 Prozent ermittelt worden.

Argentinien: Im Streit um ihre Befugnisse während des Belagerungszustands hat die Regierung einen Sieg errungen. Ein Berufungsgericht erklärte die Festnahme von zwölf mutmaßlichen Rechtsextremisten ohne Vorlage von Beweismaterial für rechtens.

Popieluszko: Anläßlich des ersten Jahrestags der Ermordung des regimekritischen polnischen Priesters sind jetzt im Untergrund in Warschau Popieluszkos persönliche Erinnerungen erschienen. Darin schildert er seinen Einsatz für die „Solidarität" und Verfolgungen durch Agenten der Militärregierung. (S. 6)

Appell: Für eine Entmilitarisierung beider deutscher Staaten sprach sich die Synode der evangelischen Kirche Sachsens auf ihrer Tagung in Magdeburg aus. Dieses schon im Potsdamer Abkommen von 1945 vorgesehene Ziel dürfe auf Dauer keine „utopische Forderung" bleiben, hieß es in einer Entschließung.

Wahlkampf: Mit einem scharfen Schlagabtausch in einem Fernsehduell haben der sozialistische französische Premierminister Fabius und Gaullistenführer Chirac den Wahlkampf für die Parlamentswahlen eröffnet. Die französische Presse sah Chirac als „Sieger nach Punkten". (S. 12)

Afghanistan: Widerstandskämpfer haben nach einer Meldung des Regierungssenders Radio Kabul eine Moschee in der westafghanischen Stadt Herat mit Raketen beschossen und dabei 14 Menschen getötet und 78 verletzt.

WELT-Report 30 Jahre Bundeswehr



Verteidigungsminister Theodor Blank überreichte am 12. November 1955 den ersten Soldaten der Bundeswehr die Ernennungsurkunden. Zu diesem Jubiläum veröffentlicht die WELT einen farbigen Report. Bundeskanzler Kohl schreibt: Unsere Soldaten sollen wissen, daß sie bei ihrem Dienst für Frieden und Freiheit von der überwältigenden Mehrheit der Bürger unterstützt werden.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Wirtschaft wächst auf sicher gewordenem Fundament weiter, so daß die Aussichten für 1986 zuversichtlich beurteilt werden, ergab die traditionelle DIHT-Herbstumfrage. Jedes zweite Unternehmen rechne mit einer Fortsetzung der erfreulichen Konjunkturentwicklung, 30 Prozent sogar mit einer weiteren Verbesserung der Lage. (S. 13)

Höhere Rendite: Der Verkaufskurs der 6,25-Prozent-Bundesobligationen, Serie 57 von 1985 (1990), sinkt heute von 99,60 auf 99,00 Prozent. Dadurch erhöht sich die Rendite von 6,35 auf 6,49 Prozent.

Atomenergie: Japan hat mit dem Bau des Prototyps für einen Atomreaktor vom Typ „Schneller Brüter" begonnen. Die Kosten für das Projekt bei Tsuruga an der Westküste sind mit umgerechnet 7,3 Milliarden DM veranschlagt.

Börse: Mangel an Aufträgen und Glattstellungen führten zu Kursrückgängen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war weiter schwach. WELT-Aktienindex 241,11 (242,17). BHF-Rentenindex 103,531 (103,989). BHF-Performance Index 106,820 (107,260). Dollarmittelkurs 2,6458 (2,6455) Mark. Goldpreis 326,50 (325,40) Dollar.

KULTUR

Musical: Nach Schwierigkeiten bei den Proben mit der Besetzung der Hauptrolle wurde die deutschsprachige Erstaufführung des Broadway-Musicals „Narrenkäfig" in Berlin ein durchschlagender Erfolg. Unter Regisseur Helmut Baumann entstand ein wahres Bühnenfeuerwerk. (S.21)

Symposion: Ist die Moderne tot, oder ist die Ablösung der Moderne durch die Post-Moderne wünschenswert? Was ist unter Moderne und Post-Moderne überhaupt zu verstehen? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt des achten Civitas-Symposions in Hannover. (S. 21)

SPORT

Leichtathletik: Bei allen internationalen Sportfesten in Europa sind in der nächsten Saison Doping-Kontrollen Pflicht. Das beschloß der Europäische Leichtathletik-Verband (EAA) in Oslo.

Tennis: Die Eintrittskarten für das Daviscup-Finale zwischen Deutschland und Schweden vom 20. bis 22. Dezember in München werden durch ein Losverfahren verteilt. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Impressionisten: Die in Paris geraubten Bilder impressionistischer Meister waren trotz ihres hohen Werts (etwa 33 Millionen Mark) nicht versichert. (S. 22)

Festnahme: Der „Guru" Bhagwan Shree Rajneesh ist auf dem Flughafen von Charlotte (North Carolina) festgenommen worden, als er mit einigen Anhängern die USA verlassen wollte. Dem indischen Sektengründer wird vorgeworfen, falsche Angaben gegenüber den Einwanderungsbehörden gemacht und illegal Ausländer beherbergt zu haben. (S. 2 und 22)

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Regen. Um 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beim Streikrecht läßt sich Kohl nicht unter Druck setzen

Tarifparteien sollen Lösung suchen / FDP bleibt bei Forderung nach Gesetzesänderung

gba/hey. **Bonn**

Die Bundesregierung will sich auch durch die öffentlichen Erklärungen der FDP zu einer Änderung des sogenannten „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) nicht unter Handlungszwang setzen lassen. Nach wie vor gelte die Aufforderung des Bundeskanzlers an die Tarifvertragsparteien, zunächst eine einvernehmliche Lösung dafür zu suchen, wie die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf zu wahren sei, erklärte Regierungssprecher Friedhelm Ost auf Anfrage.

Zu der Forderung einiger FDP-Politiker, eine Änderung des 116 AFG noch in das Paket der 7. Novelle des Arbeitsförderungspaketes einzubeziehen, das unter anderem Qualifizierungshilfen für Jugendliche und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer vorsieht, sagte Ost, man müsse „einen Schritt nach dem anderen tun." Der Kanzler rücke nicht davon ab, daß er im November mit den Sozialpartnern sprechen werde, bevor eine Entscheidung darüber getroffen wird, ob eine gesetzliche Regelung des „Streikparagraphen" überhaupt erforderlich ist.

Der Paragraph 116 AFG legt nach dem Prinzip der Neutralität des Staates im Arbeitskampf fest, daß die Bundesanstalt für Arbeit bei Streik und Aussperrung keine Zahlungen leisten darf, die geeignet sind, den Arbeitskampf zu beeinflussen.

Um angesichts unterschiedlicher Interpretationen der Ausführungsanordnung hierzu Klarheit zu schaffen, war zunächst von einer Gruppe von mehr als 100 CDU/CSU-Abgeordneten ein Entwurf zur Neuformulierung des AFG 116 unterzeichnet worden. Fraktionschef Alfred Dregger allerdings war nicht bereit, diesen Entwurf als Fraktionseingabe zu behandeln. Er setzte auf die Kanzler-Linie, zunächst die Sozialpartner zu einer einvernehmlichen Regelung anzuregen. Diese könnte beispielsweise in der je zu einem Drittel von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung besetzten Selbstverwaltung der Nürnberger Bundesanstalt gefunden werden. Mit dem umstrittenen Paragraphen wird sich am 5. November eine Koalitionsrunde befassen.

Die FDP, so gestern wieder Otto Graf Lambsdorff vor dem Parteipräsidium, setzt auf eine Gesetzesänderung. Dies hatte auch Parteichef Martin Bangemann in der vergangenen Woche angekündigt. Nach einem Gespräch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU vor rund zwei Wochen hatten Experten der FDP drei im wesentlichen vom Bundesjustizministerium erarbeitete „Formulierungsvorschläge" beschlossen. Das FDP-Präsidiumsmitglied Manfred Brunner erklärte gestern gegenüber der WELT, es gebe darum, eine „möglichst knappe und klare" Regelung mit der Union zu vereinbaren, damit „künftig keine Interpretationen" in Einzelfragen durch die Gerichte mehr nötig würden. „Zielrichtung" sei es, daß es in Anlehnung an das Gutachten von Professor Gerhard Müller künftig bei Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit als „mittelbare Folge" von Streiks kein Recht auf Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit mehr geben soll. Dieser Punkt solle in die gegenwärtig laufende Novellierung des AFG-Paragraphen 116 aufgenommen werden.

Aus Gewerkschaftssicht gebe es in dieser Sache „überhaupt keinen Handlungsbedarf" erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Günter Döding, in einem Interview des privaten APF-Fernsehens.

DER KOMMENTAR

Kirchen-Räte

GERNOT FACIUS

Die Evangelische Kirche, über Jahrzehnte hinweg Gralshüter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sperrt sich nicht länger gegen private Medienkonkurrenz. Sie erinnert in einer gestern veröffentlichten Studie an die Chancen, die mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken verbunden sind. Das ist die erfreuliche Nachricht. Daß die EKD aber im gleichen Atemzug eine „umfassende gesellschaftliche Kontrolle" der privaten Programmveranstalter verlangt, relativiert diese positive Sicht der Medien-Dinge.

Die Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist auch ein Ergebnis der Krise seiner Kontrolle. Die Aufsichtsorgane hatten eine Eigendynamik entwickelt, Beamtenmentalität und Duckmäusertum in den Funkhäusern gefördert und Kreativität erstickt. Erinnert sich die Kirche nicht dieser Erfahrung? Ungerührt plädiert sie für regionale und lokale Medienräte, ja sie möchte die „zu beteiligenden relevanten Gruppen mit Einflußmöglichkeiten" ausstatten. Eine „Kontrollinstitution der Verbraucher", ein „Medienforum" gehört ebenfalls zu dem Forderungskatalog. Und hier beginnt die Geschichte komisch zu werden. Solange die Öffentlich-Rechtlichen das Monopol hatten, hätte der Ruf nach Verbraucher-, sprich *Zuschauerbeteiligung* bei den EKD-Medienexperten nur Hohngelächter hervorgerufen.

Was meint in diesem Zusammenhang die Forderung nach „Einflußmöglichkeiten"? Soll dem privaten Rundfunk ein Rätesystem übergestülpt werden, weil man das Wort vom mündigen Bürger ausgerechnet im Bereich von Information und Meinung nicht gelten läßt?

Die Autoren der Studie sprechen viel von „sozialer Verträglichkeit" der neuen Medien, von „Gemeinwohlverpflichtung", von „Bedürfnissen sozialer und kultureller Minderheiten". Merkwürdigerweise wird der seelsorgerische Aspekt so gut wie nicht angesprochen. Die Frage „Was ist das spezifisch Kirchliche in den Medien?" bleibt unbeantwortet.

Peking will Konsulat in München

Genscher sichert China wirtschaftliche Kooperation zu / Freundschaftliche Gespräche

BERNT CONRAD, **Peking**

Die Volksrepublik China will neben ihrem Generalkonsulat in Hamburg jetzt auch ein Generalkonsulat in München einrichten und hat der Bundesregierung dafür die Eröffnung eines deutschen Generalkonsulats in Kanton oder einer anderen Küstenstadt angeboten. Dies wurde gestern nach den ersten Gesprächen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem chinesischen Amtskollegen Wu Xueqian in Peking bekannt. Es gilt als sicher, daß Bonn auf den chinesischen Wunsch eingehen wird.

Außenminister Wu hat seinem deutschen Gast ferner mitgeteilt, daß seine Regierung nunmehr grünes Licht für die Errichtung eines Goethe-Instituts in Peking gegeben habe. Dieses Institut soll sich vorerst auf die Erteilung deutschen Sprachunterrichts beschränken. Genscher, der sich bei seinem Besuch in China neben der politischen und wirtschaftlichen Kooperation vor allem auch um eine engere kulturelle Zusammenarbeit bemühen will, hat die Ankündigung Wus nachdrücklich begrüßt. Die Atmosphäre der ersten Gespräche des Bundesaußenministers wurde von deutscher Seite als freundschaftlich und konstruktiv bezeichnet. Dazu trug Genschers mehrfach bekundete Absicht bei, weiter nach Kräften zur Entwicklung Chinas beizutragen und Peking bei der „Bewältigung von Problemen und der Verwirklichung seiner Programme Rat und Unterstützung zu gewähren".

Der Außenminister betonte: „Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Freunden der Volksrepublik China". Genscher rühmte in einer Tischrede am Abend sowohl die „weltoffene und auf Partnerschaft bedachte" Außenpolitik Chinas als auch den Elan, mit dem die chinesische Führung die Reform der Wirtschaftsstrukturen verwirkliche. Er versicherte: „Die von ihrer Regierung konsequent vertretene Politik der Verbesserungen der Lebensbedingungen des chinesischen Volkes erfüllt uns mit Respekt". Im Gespräch mit Wu äußerte der Bundesaußenminister Verständnis für den Wunsch Pekings, das derzeitige Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik abzubauen. Mit seinem für Mittwoch geplanten Besuch auf der Exportmesse in Kanton will Genscher die chinesischen Exportinteressen besonders würdigen. Ausführlichen Raum in den Unterredungen der beiden Außenminister nahmen die Abrüstungsproblematik und der bevorstehende sowjetisch-amerikanische Gipfel ein. Dabei äußerte Wu die Meinung, daß in Moskau mit Gorbatschow jetzt zwar ein Mann mit neuen äußeren Formen auftrete, daß aber der sowjetische Kurs offenbar nicht verändert werden solle. Sehr befriedigt nahm der Chinese die Versicherungen Genschers entgegen, daß Westeuropa die technologischen Herausforderungen der Zukunft angenommen habe. Besonderes Interesse zeigte er an der weiteren Entwicklung des Eureka-Projekts. Genscher versprach, ihn darüber kontinuierlich zu unterrichten.

Heute wird der Bundesaußenminister mit dem „starken Mann" Chinas, Deng Xiaoping, zusammentreffen.

Kohl: In Hessen verhängnisvolle Entwicklung

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die sich in Hessen abzeichnende politische Entwicklung als verhängnisvoll bewertet. Kohl erinnerte nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern an die Versprechen von Ministerpräsident Holger Börner, nach denen er niemals eine Koalition mit den Grünen habe eingehen wollen.

Auch mit Blick auf die nächsten Bundestagswahlen zeige sich jetzt, wie wenig von solchen Aussagen zu halten sei. Börner gehe jetzt um des „puren Machterhalts willen" eine Koalition mit den Grünen ein, die den Ausstieg aus der Industriegesellschaft propagierten und wesentliche Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in Frage stellten.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger sprach von einem „Einstieg zum Ausstieg aus innerer Sicherheit und Stabilität."

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Luftbrücke für Juden aus Moskau?

W.K./DW. **Bonn**

Lockert die Sowjetführung aus atmosphärischen Gründen vor dem Genfer Gipfel am 19. und 20. November die restriktiven Auswanderungsbestimmungen für Juden in der Sowjetunion? Anzeichen für derartige Überlegungen sehen politische Beobachter in einer Erklärung des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres nach einer Gesprächsrunde im Pariser Elysée-Palast. Staatschef Mitterrand habe die Bereitschaft bekundet, eine Luftbrücke von Moskau nach Tel Aviv einzurichten, falls die Sowjetunion ihre Zustimmung erteilt, sagte Peres. Generalsekretär Gorbatschow soll bei seinem Besuch in Paris diese Frage angesprochen haben. Nach Informationen der WELT prüft die sowjetische Führung in diesem Zusammenhang die Ausreise des Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seiner Frau. In die Gespräche ist der neue amerikanische Botschafter in Ost-Berlin, Francis Meehan, eingeschaltet.

Peres schränkt sein Angebot ein

Krise zwischen Likud-Block und israelischer Arbeiterpartei in letzter Minute vermieden

E. LAHAV, **Jerusalem**

Schon Stunden vor Beginn der Parlaments-Debatte über das Mißtrauensvotum, das die rechtsnationalistische Fraktion „Techiya" gegen den israelischen Ministerpräsidenten Peres in der Knesset eingebracht hatte, wurde gestern deutlich, daß er die Abstimmung mit großer Mehrheit gewinnen würde. Denn Peres hatte sich der Forderung des Likud-Blocks gebeugt, seinen Nahost-Friedensplan, den er vergangene Woche in einer viel beachteten Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York dargelegt hatte, zu „qualifizieren".

Die Likud-Minister hatten bemängelt, daß sich aus dieser Rede eine Bereitschaft Israels herauslesen lassen könnte, etwaige Friedensverhandlungen mit Jordanien im Rahmen einer internationalen Konferenz abzuhalten. Außerdem äußerte der Likud große Bedenken gegen Peres' vage Formulierung, daß die palästinensischen Vertreter bei solchen Verhandlungen „Männer des Friedens und nicht Männer des Terrors" sein müßten. Der Likud forderte die ausdrückliche Feststellung, daß die PLO als Verhandlungspartner unannehmbar ist. Dazu gab Peres im Kabinett einschränkende Erläuterungen, als er über seine Besprechungen in Washington, New York und Paris Bericht erstattete. Er betonte, daß Israel eine eigentliche internationale Friedenskonferenz, die Teilnahme der PLO an den Verhandlungen und Vereinbarungen mit Jordanien, die über die Regelungen des Camp David-Abkommens mit Ägypten hinausgingen, ablehnt. Einem Kabinetts-Kommuniqué zufolge ist vorgesehen, daß die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates – USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich – an die Parteien des israelisch-arabischen Konflikts appellieren, Verhandlungen aufzunehmen. Aufgrund dieses Aufrufs sollten dann direkte Friedensgespräche geführt werden. Nach dem Plan ist es nicht erforderlich, daß die Sowjetunion und China diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen, um sich an einem solchen gemeinsamen Aufruf zu Friedensgesprächen beteiligen zu können.

Der Likud bestand dann darauf, daß die wichtigsten „Erläuterungen" des Friedensplanes auch in dem Bericht enthalten sein müßten, den Peres der Knesset vorlegen würde. Bei einer Weigerung drohte der Likud mit Konsequenzen, einige Likud-Vertreter deuteten zunächst an, daß sie sogar gegen Peres stimmen könnten. Das hätte einen Zusammenbruch der Koalition nach sich gezogen.

Nach intensiven Verhandlungen konnten sich Peres und Vertreter des Likud schließlich hinsichtlich der Interpretation der UNO-Rede einigen. Ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten: „Er wird die geeignete Art und Weise finden, um seine UNO-Rede zu erläutern." (SAD)

Einig über neues Datenschutzgesetz

DW. **Bonn**

Der Datenschutzbeauftragte des Bundes soll nach einer Grundsatzeinigung der Bonner Koalitionsparteien verstärkte Kontrollrechte erhalten. CDU/CSU und FDP teilten in einer gemeinsamen Erklärung gestern in Bonn mit, auf einer Klausurtagung hätten die innenpolitischen Experten der Bundestagsfraktionen Einvernehmen über die umfassende Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes unter Berücksichtigung verfassungsgerichtlicher Auflagen erreicht. Die Karlsruher Verfassungsrichter hatte in ihrem Urteil über die Volkszählung ein Recht auf „informationelle Selbstbestimmung" eingeführt.

Autoindustrie bleibt dynamisch

DW. **Bonn**

Die deutsche Automobilindustrie zeichnet sich nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Volkswagenwerk AG, Carl H. Hahn, durch Dynamik und Flexibilität aus. In einem Beitrag für die WELT beschreibt Hahn die weitreichende Bedeutung dieser Schlüsselbranche der Wirtschaft. Er warnt zugleich vor protektionistischen Maßnahmen: Die Bundesrepublik Deutschland habe aufgrund ihrer starken Exportabhängigkeit keine andere Wahl, als solchen Versuchungen zu widerstehen. Dabei werde die Zukunft nicht weniger, sondern mehr Leistung und Engagement erfordern.

Seite 5: Faszinierende Technik

EKD für Kontrolle des Privatfunks

fac. **Bonn**

Die neuen Kommunikationstechniken (Kabel, Satelliten, Video) sowie die Einführung privaten Rundfunks ermöglichen nach Auffassung der Evangelischen Kirche „zweifellos eine höhere Qualität der publizistischen Angebote". Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse, verband diese positive Bewertung gestern aber auch mit Hinweisen auf „Gefahren": „Anthropologische, kulturelle und soziale Fragen, die durch die neuen Techniken aufgeworfen werden, wurden zu wenig bedacht. Es besteht die Gefahr, daß unter solch einseitiger Sicht technische und wirtschaftliche Fakten geschaffen und die notwendigen Gestaltungsaufgaben erst dann aufgegriffen werden, wenn entscheidende Weichenstellungen schon getroffen sind."

Bei der Vorstellung einer EKD-Studie „Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken" forderte Lohse in Bonn, die Entwicklung und Einführung dieser neuen Technologien dürften nicht Tatbestände schaffen, „die nicht mehr korrigiert werden können". Notwendig sei deshalb eine „soziale Gestaltung". Die zentrale Grundthese der neuen Publikation lautet, daß die tiefgreifenden Veränderungen, die durch die neuen Techniken ausgelöst werden, ein verändertes Bewußtsein in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie in der Bevölkerung ebenso notwendig machten wie verantwortliches Handeln.

Die technische Entwicklung, heißt es in der Studie, habe sich an „Maßstäben der sozialen Verträglichkeit, der Gleichheit der Chancen und des Sozialausgleichs zu orientieren".

Plädiert wird für staatliche Rahmenregelungen auch beim privaten Rundfunk. Für ihn wird eine „umfassende gesellschaftliche Kontrolle der Programmveranstalter" verlangt. Die gesellschaftlich relevanten Gruppen und die Kirchen müßten an der Programmkontrolle beteiligt werden. Auch eine Kontrollinstitution der Verbraucher beziehungsweise Nutzer, ein sogenanntes „Medienforum" sollte geschaffen werden. Werbung an Sonn- und Feiertagen, so die EKD-Studie, müsse verhindert werden.

Der Fernsehbeauftragte des Rates der EKD, Hans-Wolfgang Heßler, sprach von der Gefahr eines „bundesweiten Mediennotstands" nach dem Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen von Saarbrücken. Dieser Notstand werde nicht mehr abzuwenden sein, wenn der Trend zunehme, den Rundfunk „mehr und mehr dem freien Spiel der Kräfte" zu überlassen. Die Erwartungen der Kirchen richteten sich jetzt auf die Ankündigungen der Ministerpräsidenten Lothar Späth und Oskar Lafontaine, daß weitere Verhandlungen über einen Staatsvertrag nach wie vor möglich seien.

Washington: Die Sowjets umgehen Abrüstungsverträge

Stattet Moskau SS 25 mit Mehrfachsprengköpfen aus?

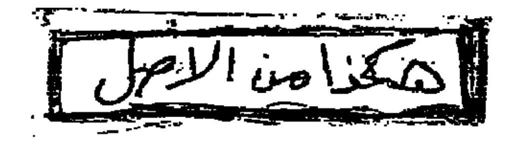
RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die fehlende sowjetische Bereitschaft, den SALT 2-Vertrag zugunsten der Rüstungsreduzierung auszulegen, wird den Genfer Gipfel zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen KP-Generalsekretär Gorbatschow bei der Thematik Rüstungskontrolle vor allem bestimmen. Dies ist bei den Vorbereitungen zur 38. Konferenz der Nuklearen Planungsgruppe, die heute und morgen im NATO-Hauptquartier in Brüssel tagt, deutlich geworden.

Von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger wird von seinen Amtskollegen zum Auftakt der Tagung ein Bericht über die Entwicklung der strategischen Rüstung in West und Ost erwartet. Bei dieser Gelegenheit, so wurde in verantwortlichen Bonner Kreisen vermutet, wird der amerikanische Regierungsvertreter gegenüber den NATO-Verbündeten vor allem die wachsenden Zweifel innerhalb der US-Administration an der sowjetischen Vertragstreue begründen.

Washington glaubt, zuverlässige Anzeichen dafür zu haben, daß die Sowjetunion die einschlägigen gültigen Verträge zur strategischen Rüstung (in erster Linie SALT und ABM) mit dem Ziel umgeht, die USA auf diesem Gebiet zu überflügeln. So betrachten, wie in Bonn zu erfahren war, die USA nicht allein die Stationierung der SS-25-Rakete als solche als Vertragsverstoß. SALT 2 erlaubt lediglich die Entwicklung eines strategischen Waffensystems. Dies geschieht nach amerikanischen Urteil schon mit der SS 24-Rakete.

Wegen der SS 25 entsteht in Washington auch deshalb gesteigertes Mißtrauen, weil die Indizien dafür sprechen, daß dieses System nicht nur mit einem Sprengkopf ausgerüstet werden kann, sondern wahrscheinlich auch als MIRV-Träger (mit einer Reihe unabhängig voneinander lenkbaren nuklearen Sprengköpfen) nutzbar ist. Dafür spricht, wie es in Bonn hieß, daß der einzelne Sprengkopf weniger als die Hälfte der möglichen gesamten Nutzlast der Trägerrakete wiegt.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Beifall für die Garde

Von Astaf Domberg

Österreich ist ein kleines, neutrales Land; deshalb sind Vergleiche mit der Bundesrepublik Deutschland nur bedingt möglich. Dennoch, angesichts der gleichen Sprache, einer ähnlichen geographischen Lage und eines ähnlichen historischen Schicksals sind für den Deutschen gewisse österreichische Entwicklungen und Ereignisse näher als vieles, was sich in anderen Nachbarländern zuträgt.

Die Österreicher begingen soeben ihren Nationalfeiertag mit einer Militärparade in Wien und ähnlichen Paraden ihrer Streitkräfte in den Landeshauptstädten. In Wien, wo der österreichische Bundespräsident Kirchschläger und Mitglieder der Bundesregierung sowie der Wiener Bürgermeister den Vorbeimarsch der Truppen am Rathausplatz und an der Ringstraße – mitten im Zentrum der Millionenstadt – abnahm, säumten etwa hunderttausend Menschen die Straßen. Die Menschenmenge begrüßte die vorbeimarschierende Truppe mit Applaus.

Besonderen Beifall gab es für das Wiener Gardebataillon – die Elite- und Paradetruppe der österreichischen Hauptstadt. Und nur am Rande kam es zu geringfügigen und erfolglosen Störversuchen einiger Linksextremisten, die meist von den Zuschauern vertrieben wurden, noch bevor die Polizei einzugreifen hatte. Es war gelungenes Fest, eine Selbstdarstellung der österreichischen Armee. Am selben Tag wurden auf dem Rathausplatz die Rekruten des neuen Jahrgangs auf die Fahne vereidigt – eine Fahne aus der Zeit des Kaiserreichs, mit dem Bildnis der Jungfrau Maria in der Mitte.

Das alles geschah mitten im „roten Wien", unter prominenter Beteiligung sozialistischer Politiker. Am selben Wochenende wurden zum Schutz einer Rekrutenvereidigung im abseits gelegenen Korschenbroich bei Mönchengladbach mehr als tausend Polizeibeamte aufgeboten. Warum ist das so; haben die Österreicher ein weniger verkrampftes Verhältnis zu ihrem Staat, ihrer Geschichte und damit auch zu ihrer Armee? Oder haben sie, die ja auch am Eisernen Vorhang leben, besser als ihre deutschen Nachbarn begriffen, daß jedes Volk vor der Wahl steht, welche Armee es haben will: entweder die eigene – oder eine fremde?

Die Frage nach der Folter

Von Enno v. Loewenstern

Es scheint sich zu bestätigen, daß fünfzig Jahre nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an ein Folteropfer dieser Preis an Folterknechte geht. Mindestens an einen jedenfalls. Dem Psychiater Marat Vartanyan, einem der sowjetischen Mitglieder der „Internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs" (IPPNW), wird der Vorwurf gemacht, an Folter beteiligt zu sein. Und zwar an einer besonders scheußlichen, nämlich der Mißhandlung von Sowjetbürgern in psychiatrischen Kliniken.

Was dort alles mit psychischem Terror und Demütigungen, aber auch an unvorstellbarem körperlichem Schmerz mit Spritzen aller Art bewirkt werden kann, wissen wir von Zeugen wie dem General Grigorenko und dem Mathematiker Leonid Pljuschtsch, die das am eigenen Leibe erfuhren. Es war Pljuschtsch, der jetzt in Vartanyan ein Mitglied einer der Kommissionen erkannt haben will, die Dissidenten in Irrenhäuser einweisen.

Ein amerikanisches IPPNW-Mitglied verteidigt Vartanyan mit der Behauptung, dieser habe sich auf die genetischen Ursachen psychischer Krankheiten spezialisiert. Ein Ausschlußbeweis ist das nicht. In der UdSSR gilt von Staatsdogma wegen als geisteskrank, wer sich der herrschenden Lehre widersetzt, gleichviel, ob man ihm genetische Gründe oder Verhetzung durch den Klassenfeind unterstellt.

Der britische Autor Peter Reddaway berichtet, daß Vartanyan den General Grigorenko und die Schriftstellerin Natalja Gorbanewskaja öffentlich als Geisteskranke bezeichnet hat. Er hat sich also die sowjetischen Methoden zumindest zu eigen gemacht. Hat das Nobelkomitee die Tätigkeit des Professors Vartanyan untersucht? Hat es die sowjetische Psychiatrie untersucht, wo Menschen gefoltert werden, eben weil sie für den Frieden eintreten? Für den wirklichen Frieden, wohlverstanden; nicht einen Frieden, der uns die Kliniken des Professors Vartanyan und seiner Kollegen bescheren würde. Es ist immer noch Zeit, mit den Nachforschungen zu beginnen und gegebenenfalls Konsequenzen hinsichtlich der Person Vartanyans und seiner Kollaboranten zu ziehen.

Bhagwans Glück und Ende

Von Joachim Neander

Die flotte Ma Anand Sheela, geschiedene Mrs. Silverman, scheint es geahnt zu haben, als sie sich und einen schönen Batzen Geld rechtzeitig in Sicherheit brachte. Ihren Herrn und Meister bzw. Verlobten, den Bhagwan persönlich, haben sich jetzt die amerikanischen Behörden gegriffen.

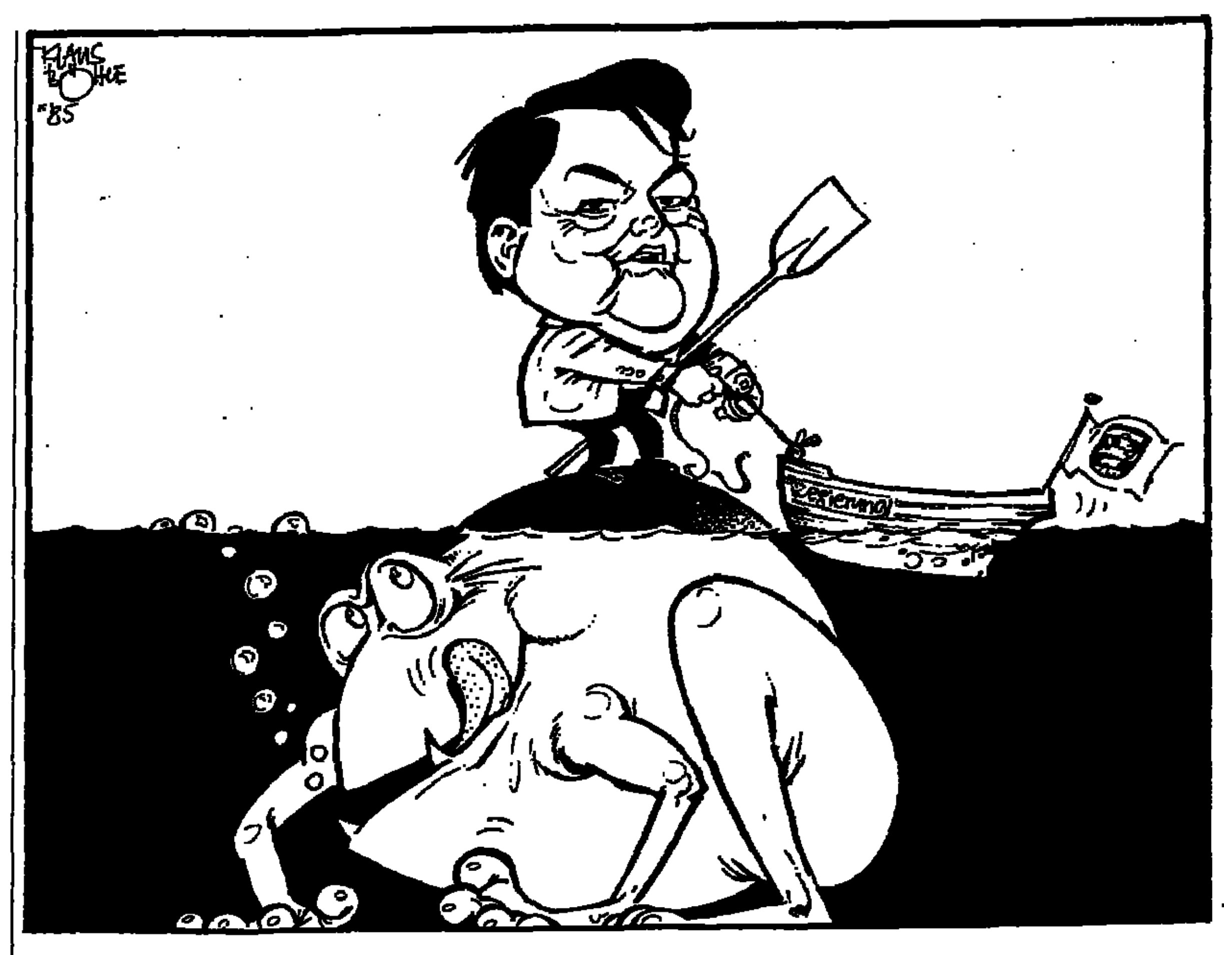
Die Zirkusvorstellung weltweiter Publizität ist damit natürlich noch lange nicht zu Ende. Vielleicht kommt es zu einem spektakulären Prozeß. Und Fragen wie die nach dem Verbleib der Millionen oder nach den geheimen Interna des frommen Kommunelebens im Staate Oregon werden einen Teil der Menschheit sicher noch eine Zeitlang beschäftigen.

Die Frage nach dem Verbleib der Bhagwan-Anhänger wird die Medien vermutlich weniger interessieren. Und doch ist dies die einzige wirklich interessante Frage. Alle sektiererischen Heilslehren, politische oder religiöse, hinterlassen am Rande und vor allem am Ende ihres meist kurzen Weges beschädigte Menschen, Verwirrte, Enttäuschte, Alleingelassene.

Die meisten von ihnen haben geglaubt, hier öffne sich ihnen ein neuer Weg zur Erneuerung des eigenen Ich und zur Veränderung der Welt. Nun wird man ihnen sagen: Selber schuld, oder: Pech gehabt. Die Kommunisten werden hinzufügen, da sehe man, wohin es kommt, wenn man statt der Verhältnisse nur das Bewußtsein verändern will.

Ein Teil der verlassenen Bhagwan-Leute wird wahrscheinlich trotzig am alten Glauben festhalten, es zumindest eine Zeitlang versuchen. Andere werden nach neuen religiösen Möglichkeiten suchen oder sich in Zynismus flüchten.

Für den Betrachter bieten Auf- und Abstieg der Bhagwan-Bewegung Anlaß zum Nachdenken, insbesondere über die quälende Frage nach Mitschuld und Mitverantwortung der Medien. Um ein anderes Beispiel anzuführen: Tausende von heute Rauschgiftsüchtigen verdanken ihr Schicksal ganz wesentlich der Tatsache, daß sie vor fünfzehn Jahren geglaubt haben, was sogar in hochangesehenen amerikanischen und deutschen Publikationsorganen über die „Harmlosigkeit" von Haschisch und LSD zu lesen war. Von diesen Zusammenhängen redet heute kaum jemand noch.



Sindbad der Seefahrer auf festem Boden KLAUS BÖHLE

Das verschobene Paradies

Von Carl Gustaf Ströhm

Michail Gorbatschow hat sich mit der Neuformulierung des Parteiprogramms der KPdSU eine schwere Last aufgebürdet und sich dazu noch in erhebliche Widersprüche gestürzt. In der neuen Fassung für den Parteikongreß 1986 muß er einesteils mit den Illusionen vom Anfang der sechziger Jahre aufräumen. Damals hatte Chruschtschow in der dritten Fassung des KPdSU-Programms versprochen, die Sowjetunion werde bis 1981 die USA überholt sowie die kommunistische Überflußgesellschaft verwirklicht haben. Das Ziel wurde schon einige Jahre später aufgegeben. Gorbatschow muß jetzt diesen Fehlschlag auch programmatisch eingestehen.

Andererseits steht der sowjetische Parteichef vor der Notwendigkeit, die kommunistische Vision von der klassenlosen Zukunftsgesellschaft wenigstens irgendwie aufrechtzuerhalten. Er muß also das Paradies, welches Chruschtschow bereits für 1981 versprach, in eine ferne Zukunft verlegen, ohne die Substanz der marxistisch-leninistischen Heilslehre prinzipiell anzutasten. Damit steht er vor der Quadratur des Kreises.

Bei der Lektüre des sechs Zeitungsseiten umfassenden Entwurfs findet man zwar durchaus vernünftige und realistische Ansätze – etwa wenn das Gorbatschow-Programm im Gegensatz zu seinen Vorläufern konstatiert, in einem nuklearen Weltkrieg werde es keine Sieger geben. Aber zugleich wird daraus eine problematische Schlußfolgerung gezogen: daß nämlich die sowjetischen Machtverhältnisse in Europa unantastbar zu sein haben, während sich die sowjetische KP (und damit die Sowjetunion) durchaus das Recht reserviert, die Machtverhältnisse in anderen Teilen der Welt zu ändern.

Innenpolitisch und ökonomisch legt Gorbatschows Programmentwurf die Akzente auf Intensivierung der Wirtschaft, Anwendung der „modernsten wissenschaftlich-technologischen Errungenschaften" (als lebte die sowjetische Wirtschaft bislang im Zeitalter der Dampfmaschine), Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie – bei Gorbatschow unvermeidlich – „Stärkung der Disziplin". Auch in diesem Kapitel kommen die beiden Enden nicht recht zusammen: einesteils immer wieder „Disziplin", andererseits „Ausweitung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes". Gorbatschows Disziplin setzt ein System des Gehorsams und der Unterordnung voraus. Aber das ist nichts Neues für eine Gesellschaft, die auf Zwang aufgebaut ist.

Wie sich einerseits gute Absichten in ihr Gegenteil verkehren können und andererseits auf problematische Weise Zwang zur Lösung sozialer Probleme eingesetzt wird, zeigt sich an der von Gorbatschow gestarteten Anti-Alkohol-Kampagne in der UdSSR. Vierzig Millionen Alkoholiker in der Sowjetunion, aus diesem Grunde schwere Mißbildungen und Schädigungen bei Neugeborenen, große Verluste in der Industrie durch alkoholisierte Arbeiter: das alles läßt Maßnahmen zur Zurückdrängung des Wodka-Konsums vernünftig erscheinen. Die Art aber, wie das geschieht, läßt Zweifel aufkommen.

Der Erwerb von Schnaps wird erschwert oder sogar in manchen Fällen verhindert. Das Ergebnis: das Schwarzbrennen des sogenannten „Samogon" nimmt überhand, mit allen gesundheitlichen Risiken, die sich daraus ergeben. Wer betrunken am Arbeitsplatz erscheint, wird schwer bestraft und sogar gefeuert. Das Ergebnis: wer sich angetrunken hat, bleibt lieber gleich ganz zu Hause und macht „blau". Die Strafe und der Verlust an Prämien sind in diesem Fall wesentlich geringer. Was also dazu dienen sollte, die Arbeitsleistung zu erhöhen, führt eher zu einer weiteren Senkung der Produktivität. Schließlich ist die Härte bemerkenswert, mit der Gorbatschow die sowjetischen Alkoholiker und ihre Familien verfolgt: die Trinker müssen entlarvt und bestraft werden; viele von ihnen werden in den unwirtlichen Norden verbannt. Niemand kommt auf die Idee, daß kranke Menschen darunter sein könnten, die eher ärztlicher Behandlung als einer Gefängniszelle bedürfen. Schon gar nicht dort ist die Überlegung zulässig, daß die Trostlosigkeit des Sowjetsystems viele den Trost in der Flasche suchen läßt.


Wie es Realisten ergehen kann: Chruschtschow FOTO: KEYSTONE

Die Russen waren nicht immer ein Volk von Trinkern. Vor dem 17. Jahrhundert weiß man relativ wenig über einen hohen Alkoholkonsum. Die soziale Bedrückung und gegenwärtig die mangelnden Daseinsperspektiven haben die Russen zum Wodka getrieben.

Kann Gorbatschow Erfolg haben, wenn er sowohl in seinem Parteiprogramm als auch in seinen tagespolitischen Reden immer wieder den Akzent auf „Disziplin" – das heißt: auf Zwang – setzt? Zu Stalins Zeiten war es möglich, das entwurzelte Bauernvolk zu Millionen in die Fabriken zu treiben und mit vorgehaltener Pistole zur Arbeit (und zum Gehorsam) zu zwingen. Heute ist die Sowjetgesellschaft um vieles differenzierter und damit schwerer zu kommandieren oder zu manipulieren.

In tönenden Worten spricht Gorbatschows Entwurf von „bolschewistischer Prinzipientreue", von den „nicht ausgenutzten Möglichkeiten" und von der „Überlegenheit des sozialistischen Systems". Da er und seine Gefolgsleute die eigentlichen Probleme der Sowjetunion nicht beim Namen nennen können, wenn sie nicht wie seinerzeit Chruschtschow gestürzt werden wollen, steht Gorbatschow auch nach Erscheinen des neuen Programms der KPdSU als Ideologe in seinem Widerspruch da. Der Realist Gorbatschow kann an der Realität nur scheitern, weil ihm der Mühlstein des Dogmas um den Hals hängt. Die Stunde der Wahrheit steht der Sowjetgesellschaft erst noch bevor.

IM GESPRÄCH Heinz-Georg Binder

Bischof der Soldaten

Von Henk Ohnesorge

Wenn er nachdenklich an seiner Pfeife zieht, ehe er eine Frage beantwortet, dann scheint der Hamburger vom Jahrgang 1929 das Musterbeispiel des drögen Norddeutschen. Doch dieser Eindruck täuscht: Prälat Heinz-Georg Binder, seit 1977 Bevollmächtigter des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesregierung und seit einigen Tagen auch evangelischer Militärbischof, kann sehr lebhaft und energisch sein.

Nach dem Studium in Hamburg, Erlangen und Kiel, einer kurzen Tätigkeit als Hilfsgeistlicher im Jugendpfarramt Hamburg (beim damaligen Jugendpfarrer und späteren Bischof Wölber) und dreijährigem Dienst als Pfarrer an St. Andreas in Hamburg war Binder von 1961 bis 1964 Referent für Jugendpolitik in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands, dann bis 1966 als Chefredakteur der „Jungen Stimme" in Stuttgart. Zweimal, 1956/57 und 1960/61, war er Vorsitzender des Hamburger Jugendrings, von 1961 bis 1963 Vorsitzender des Bundesjugendrings, von 1963 bis 1967 Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit. Aus dieser Zeit rührt seine Fähigkeit, mit jungen Menschen umzugehen.


Läßt den Soldaten das Christsein nicht absprechen: Binder FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Für Binders Fähigkeit, in ungewohnter Situation zu bestehen, spricht auch seine erfolgreiche Tätigkeit von 1966 bis 1971 als Öffentlichkeitspastor in Bremen, danach als Pfarrer an der Bremer Kirche St. Pauli und als Schriftführer (= Sprecher) des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche. Man muß die latente Abneigung der beiden Städte Bremen und Hamburg gegeneinander kennen, um den Erfolg eines Hamburgers in Bremen würdigen zu können.

Der großgewachsene Mann mit dem immer noch dunklen Haar, der eine stille Neigung zu Liturgie und Kirchengeschichte hat (über Bremische Kirchengeschichte, außerschulische Pädagogik und kirchliche Öffentlichkeitsarbeit hat er beachtliche Arbeiten veröffentlicht), hat sich als Nachfolger des in den Ruhestand gegangenen Bischofs Hermann Kunst in Bonn einen Namen gemacht. War Kunst ein Mann der ersten Stunde, aus den Gründertagen der Bundesrepublik, so ist Binder als ein ganz anderes Temperament stiller, doch nicht weniger effektiv. Sein ausgewogener Rat, der sich mit einer festen, aber nie fanatischen Haltung verbindet, ist gefragt und geschätzt.

„Die Kirche wird von Fall zu Fall Partei ergreifen müssen, aber sie wird nie parteiisch werden und sich auch nie festlegen dürfen auf eine politische Partei und eine politische Richtung", sagte er 1977, als er nach Bonn ging. Daran hat er sich gehalten, wie auch an seinen Grundsatz, daß ein Pastor politische Zurückhaltung üben müsse, wolle er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren.

Doch der überzeugte Lutheraner Heinz-Georg Binder ist alles andere als ein Leisetreter in entscheidenden Fragen. „Ich lasse meinen Mitchristen unter den Soldaten das Christsein nicht absprechen", sagte er bei seiner Einführung als Militärbischof. Und, an die Adresse der reformierten Protestanten gerichtet, welche die Forderung einer Ablehnung von Atomwaffen zur Glaubensfrage machen: „Eine Steigerung des Wortes christlich gibt es nicht!"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert Vorschläge zum Tempolimit:

Ernst zu nehmen ist der Vorstoß der baden-württembergischen CDU, die sich für die Einführung eines differenzierten Tempolimits ausspricht. Freie Fahrt also für saubere Autos. Ob dies jedoch das Ei des Kolumbus ist, darf angezweifelt werden. Denn bei einer solchen Regelung scheint nur eines sicher: Auf den Autobahnen werden zusätzliche Aggressionen aufgebaut, wird eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen. Wie will man jenen, die sich kein Katalysatorauto leisten können, klarmachen, daß sie langsam zu fahren haben? Und wer soll kontrollieren, wer zu Recht schnell fährt und wer mogelt? Ein fauler Kompromiß also? Vieles deutet darauf hin. Dies um so mehr, als durch diese Regelung jene Autofirmen begünstigt werden, deren Käufer nicht jede Mark umdrehen müssen. Und rein zufällig sind zwei dieser Firmen in Stuttgart beheimatet.

Münchner Merkur

Er meint zur Arbeitsmarktpolitik:

Der Anstieg der Arbeitslosenquote war ein jahrelanger Prozeß. Er ging Hand in Hand mit einer Abnahme der Kapitaldecke und somit der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die durch die unverantwortliche Staatsverschuldung hochgetriebenen Zinsen bedeuteten in vielen Fällen das Aus für kreditfinanzierte Investitionen. Von der SPD zum Teil sogar geförderte politische Widerstände gegen Straßenbau und Kernkraft führten zum Verlust von Arbeitsplätzen. In erstaunlich kurzer Zeit ist es der Bundesregierung gelungen, die Weichen wieder anders zu stellen.

Mannheimer MORGEN

Er geht auf das sowjetische Parteiprogramm ein:

Die feste Erwartung des kapitalistischen Zusammenbruchs braucht man anscheinend zur Unterfütterung des Dogmas, daß der (Sozialismus-) Kommunismus letztendlich die überlegene Gesellschaftsform ist. Die sozialistische graue Wirklichkeit bedarf der Hoffnung, um ertragen zu werden.

EXPRESS

Die Kölner Zeitung schreibt zum Haftbefehl gegen PLF-Chef Abul Abbas:

Erst lassen die Italiener den mutmaßlichen Drahtzieher der Entführung des Kreuzfahrtschiffes Achille Lauro laufen und jetzt sucht ihn der Staatsanwalt mit einem Haftbefehl, der wohl nie vollstreckt werden kann... Der Haftbefehl ist nichts weiter als ein billiges Feigenblatt für jene Politiker und Staatsanwälte, die sich damals vor ihrer Verantwortung gedrückt haben.

Eine skurrile Architektur auf Treibsand

Wie entscheidet ein grüner Minister über Atommüll? / Von Dankwart Guratzsch

„Die Realos auf dem Marsch in den Arsch von Börner." So stand es auf einem riesigen Transparent in der Hugenottenhalle von Neu-Isenburg, wo 1200 Grüne über den Eintritt ihrer Partei in eine Koalition mit den Sozialdemokraten abstimmten. Zehn Stunden dauerte die Debatte, am Ende war für die unterlegenen „Fundamentalisten" bei den hessischen Grünen die deftige Losung bestätigt: Mit einer Dreiviertelmehrheit stimmte die größte grüne Landesmitgliederversammlung in der Geschichte des hessischen Landesverbandes für den Eintritt der Grünen in die Regierung Börner. Ein enttäuschter „Fundi" krähte schrill ein dreifaches „Sieg heil" in den Saal.

Es war der Tag der Wahrheit für die hessischen Grünen. Die sechs Jahre alte Partei, die vor drei Jahren ins hessische Landesparlament einzog, hatte von der generellen Absage an jede Zusammenarbeit mit den „Wachstumsparteien" nach langem innerparteilichen Hickhack im Juni 1984 zunächst zu einer „Tolerierung" der SPD-Minderheitsregierung Börner gefunden. Nach wenigen Monaten war das Bündnis zwar bereits im Dezember 1984 am Streit über die Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe wieder zerbrochen. Es konnte jedoch nach weiteren sechs Monaten wieder geflickt werden, als eine rot-grüne Expertenkommission für Energiefragen einen Konsens zwischen beiden Parteien in der strittigen Atomproblematik erarbeitet hatte.

Mit der nun beschlossenen Koalition besiegelte eine Mehrheit der Parteimitglieder den Bruch mit der „reinen Lehre", die einstmals die Grünen nur als verlängerten Arm der „neuen sozialen Bewegungen" in den Parlamenten hatte sehen wollen. Der Wille dieser Mehrheit ist es, daß die grünen Landtagsabgeordneten, künftigen Minister und Staatssekretäre grüne „Inhalte" nicht nur predigen, sondern parlamentarisch umsetzen.

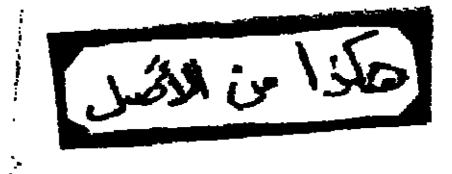
Das außerparlamentarische Bein der Grünen leidet unübersehbar an Muskelschwund. Die Startbahnbewegung ist auf einen rudimentären „schwarzen Block" zusammengeschrumpft und mehr oder weniger aus dem Parteileben ausgegrenzt, der Friedensbewegung ist die Luft ausgegangen. Und die „Radikaldemokraten", Kommunisten, Anarchos und Punks, die sich in den Kundgebungen und Krawallen nach dem Tod des Demonstranten Günter Sare in einem „Aktionsbündnis" zusammengeschlossen hatten, sind durch ihre vielfache Verstrickung in Plünderungen, Prügeleien und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe in die Rolle von Randexistenzen in der grünen Partei geraten.

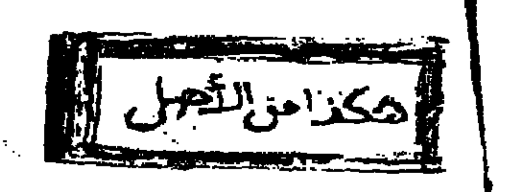
Dennoch: der innerparteiliche Konflikt ist damit noch längst nicht begraben. Jan Kuhnert, der Landtagsabgeordnete der Grünen und rhetorisch begabte Fundamentalist, kündigte an, er werde die Minderheitsmeinung im Landtag weiter zum Ausdruck bringen und gegen die Koalition stimmen. Er sprach von „Verrat an Basis und Wählern", von freiwilligem Selbstmord, von Erpressung durch die SPD, vom Abgesang auf die grüne Bewegung.

Werner Wenz vom Landesvorstand malte ein nicht minder defaitistisches Bild: Das Prinzip der Basisdemokratie sei stillschweigend über Bord geworfen worden, die grüne Landtagsgruppe habe keinen einzigen der Beschlüsse aus den letzten Landesmitgliederversammlungen umgesetzt. Wenz sarkastisch: „Das ist die neue Qualität grüner Politik. Wir haben nichts von unseren Zielen erreicht in der Landespolitik, und mit der Koalition soll uns von den Sozialdemokraten jetzt auch noch die Verantwortung dafür aufgezwungen werden."

Das sind Argumente, die in der grünen Basis auch in Hessen noch viele offene Ohren finden und die in den kommenden Monaten leicht wuchern können, wenn die künftigen Regierungsmitglieder der Grünen Amtsgeschäft für Amtsgeschäft ihre Unschuld verlieren. Da ist der schon auf Plakaten des „Aktionsbündnisses" angekündigte „Fackelzug zum vierten Jahrestag des Polizeiüberfalls" auf ein besetztes Haus in der Frankfurter Rohrbachstraße am 3. November; da ist die Abwicklung der Untersuchungen und der umstrittene Forderungskatalog der Grünen zum Tod Sares, da sind die schwebenden Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearfabriken, da ist der tiefe innergrüne Dissens über hessische Sondermülltransporte auf die „DDR"-Deponie Schönberg bei Lübeck, da sind die Deponiepläne in Messel und Mainhausen, die dem künftigen grünen Umweltminister Entscheidungen abverlangen, welche die Partei in zermürbende Konflikte stürzen können.

„Joschka" Fischer, der designierte Mann, sagte, er könne die „schweren Aufgaben" des neuen Amtes nur mit dem Rückhalt der Partei, der Bürgerinitiativen und Umweltschutzbewegungen meistern. Die Lehre von Neu-Isenburg ist, daß er gerade dieses Rückhalts nicht sicher sein kann. Die „Architektur einer neuen Politik", für die Holger Börner mit seiner Koalition die Grundlage schaffen wollte, ist bis auf weiteres nichts als ein skurriles Gebilde auf Treibsand.





Nicht nur Sturm und Salz nagen am roten Felsen

Helgoland versinkt zwar nicht im Meer, doch die ausbleibenden Gäste bedrohen die Zukunft der Insel. Mit einem gemeinsamen Kraftakt wollen Gemeinde, Land und Bund „die Insel der Deutschen“ wieder attraktiv machen.

Von GEORG BAUER



„Grün ist das Land, rot ist die Kant, weiß ist der Sand, das sind die Farben von Helgoland.“ Hinzugekommen ist das triste Grau des Insel-Alltags FOTO: DIE WELT

Die Promenade auf Helgoland ist in einem üblen Zustand. Die Betonplatten sind mit Rissen übersät, für feineres Schuhwerk ein strapaziöses Pflaster. Die Ursache ist offenkundig. Gerade jetzt im Spätherbst, wenn der Wind die Wellen über die Spundwand treibt, ergießt sich das Salzwasser über den Beton. Nicht besser ist es um die Stützzwand bestellt. Seit einem halben Jahrhundert brechen sich an ihr die Wogen der Nordsee. Aber wie lange noch – porös und brüchig wie sie ist.

Helgoland, die einzige deutsche Insel auf hoher See, leidet. Und Geld, das die geschlagenen Wunden heilen könnte, fehlt. „Helgoland wird auf Dauer nicht alleine leben können“, klagt Bürgermeister Klaus Degenhardt. Und mit diesem einen Satz faßt er all die Probleme zusammen, denen sich die Insel mit ihren nur noch knapp 2000 Seelen (1967 waren es noch 3200) ausgesetzt sieht.

Die Not wird verschärft durch die hohen Ziele, die sich die Insulaner gerade für die nächsten Jahre gesetzt haben. Es gilt für ein Jubiläum in fünf Jahren gerüstet zu sein. 100 Jahre wird Helgoland dann zu Deutschland gehören, die siebenjährige Besatzungszeit durch die Engländer nicht miteingerechnet. Den Deutschen sollen zu diesem Jubiläum die Schokoladenseiten gezeigt und demonstriert werden, daß dieser Vorposten nicht ein verlorener ist.

Erste Erfolge bei der Generalüberholung der 1,4 Quadratkilometer zeichnen sich ab. Bald werden Arbeiter ausrücken, um die Promenade so zu gestalten, daß das Flanieren für Kurgäste und Tagesausflügler wieder zum Vergnügen wird. Zahlungswillige für das rund 4,2 Millionen Mark teure Projekt sind bereits gefunden. Der Bund und das Land Schleswig-Holstein übernehmen die Kosten.

Gegen das Wetter aber können auch staatliche Kassen nichts ausrichten. Wind und Regen vertrieben in diesem Sommer viele Gäste. An manchen Tagen hockten die Fischer, die sich im Sommer als Fährleute verdingen, zu Hause. Es gab keine Passagiere, die sich von den Schiffen auf die Insel übersetzen lassen wollten. Tagelang ließ sich kein einziger Dampfer der weißen Flotte blicken, denn Stürme verbannten die Symbole gutgefüllter Kassen in die schützenden Häfen des Festlandes. „Wir hatten den Eindruck als neige sich die Saison im Hochsommer bereits dem Ende zu“, kommentieren Geschäftsleute die leergefegten Gassen auf dem Ober- und Unterland.

Whisky, Schnaps, Rum, Zigaretten (auf Helgoland zollfrei), die sonst liter- bzw. stangenweise in bunten Tüten von Tagesgästen auf die Schiffe geschleppt werden, entpuppten sich als Ladenhüter. Auch Perlen, Gold und Silber, in den Juwelierläden mehrwertsteuerfrei zu haben, blieben liegen.

Aber – und das ist fast noch schlimmer – auch die Dauergäste machen sich rarer. Ihnen fehlt der Komfort. Das Kurhotel, gleich neben dem Rathaus und erste Adresse der Insel, ähnelt mehr einem Mietsblock denn einer Nobelherberge. Zwar bröckelt noch kein Putz von den Wänden, aber die Atmosphäre in der Eingangshalle ähnelt einem Bahnhof. Bei der Gestaltung des Empfangs scheint ein Postschalter als Vorlage gedient zu haben. Die Zimmer sind klein, Sauna und Schwimmbad, in guten Hotels auf anderen Inseln fast die Norm, sucht man vergebens.

Doch die Tage des Kurhotels, das der Gemeinde gehört, sind gezählt. Im nächsten Jahr, soll es einem 20-Millionen-Mark-Projekt weichen, gebaut und unterhalten von einem Hotelier aus Hamburg.

Auch die enorm hohen Lebenshaltungskosten auf Helgoland bereiten den Gemeindevätern Kummer. Um sie besser in den Griff zu bekommen, gaben sie daher einem nicht ungefährlichen Projekt ihren Segen. „Miwian“ heißt das Vorhaben. Die mittlere Windanlage, die erste ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland, soll Ende der 80er Jahre mit einer Jahresproduktion von 1,2 Megawatt rund ein Drittel des Strombedarfs der Insel decken.

Ein mutiges Unternehmen, denn „Growian“, die Großwindanlage auf dem Festland war eine totale Pleite. Zusammen mit einem Ersatz der veralteten Dampfkessel durch Dieselgeneratoren wird das Stromprojekt rund 45 Millionen Mark kosten. 18 Millionen Mark fließen hierfür aus Bonn und Brüssel, 27 Millionen Mark muß die Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Kommunale Versorgungseinrichtung aufbringen.

Der auf der Insel horrende Strompreis – 47 Pfennig pro Kilowattstunde gegenüber den auf dem Festland üblichen 22 Pfennig – erleichterte den Ratsherren den Entschluß.

Zum Wohl seiner Insel hat der Bürgermeister schon das nächste Projekt ins Auge gefaßt. Die Einzelliegeplätze im Yachthafen sollen erweitert werden. Kosten: rund 1,6 Millionen Mark. 45 Prozent der Kosten sollen aus öffentlichen Mitteln, 10 Prozent durch die Gemeinde und 45 Prozent durch Kredite abgedeckt werden.

Der Verwaltungschef begründet die beabsichtigte Maßnahme mit der zunehmenden Attraktivität der Insel für Einzelsegler und Regatten. „Immerhin tragen mittlerweile neben den Deutschen auch die Skandinavier ihre Ausscheidungskämpfe für den Admirals-Cup vor Helgoland aus.“

Derweil stöhnt, wenn auch sehr verhalten, das Land Schleswig-Holstein über das Faß ohne Boden. Rund 30 Millionen Mark pumpte Kiel in den letzten fünf Jahren in „seine liebste und teuerste“ Gemeinde. Bürgermeister Degenhardt sieht das Engagement wohl und kommentiert: Über Kiel könne er sich nicht beklagen.

Doch mittlerweile vernimmt man aus dem Innenministerium an der Kieler Förde auch Kritik. Ihnen ist das alles zu teuer und zu aufwendig. Entsprechende Vorschläge sollen noch im November vorgelegt werden. Der Bürgermeister sieht dem Vorstoß gelassen entgegen, kontert aber trotzig: „Kaputtsparen können wir uns nicht.“

Ihrer Bataillone sind sich die Insulaner durchaus bewußt. Eifrig pflegen sie die Kontakte zur Industrie- und Handelskammer in Kiel, die sich als „Botschafterin der Insel“ versteht und eigens einen Freundeskreis Helgoland gegründet hat.

Und auch der Bund, auf der Insel mit Forschungs- und Militäreinrichtungen präsent, soll mit einer großen Ausstellung in der Schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Bonn am 7. November noch einmal nachdrücklich an seine Pflichten erinnert werden. „Wir müssen schließlich auch für Bonn die gesamte Infrastruktur vorhalten“, heißt es auf der Insel.

Doch wo Schatten ist, ist auch Sonne: Die Zweigstelle der Kreissparkasse Pinneberg (Helgoland gehört zum Kreis Pinneberg) macht glänzende Geschäfte. Dank der Befreiung von der Mehrwertsteuer läuft der Goldverkauf. „Helgoland ist Deutschlands Antwort auf Fort Knox.“



Urlaub auf Helgoland: Es werden immer weniger FOTO: SVEN SIMON

100 000 Phantomstudenten geistern durch die Unis

Nikolaj Gogol ist posthum zum Autor deutscher Hochschulwirklichkeit geworden. Seine „toten Seelen“ sind in unsere Unis umgezogen: als Studenten eingeschrieben, tatsächlich aber nicht vorhanden, haben sie sich auf mehr als 100 000 vermehrt. Die Phantomstudenten bilden damit eine eigene, potemkinsche Alma mater.

Von PETER PHILIPPS

Auch in Bonner Ministerien ist das Phänomen inzwischen von aufmerksamen Personalchefs entdeckt worden: Mitarbeiter, die seit Jahren von den Kollegen als ihresgleichen, als vollgültige Angestellte der Bundesrepublik Deutschland angesehen wurden, sind eigentlich immer noch Studenten, unverändert an einer Universität immatrikuliert. Die „tote Seele“ der Hochschule erweist sich als quicklebendiger ministerialer Mitarbeiter.

Das Problem der Phantomstudenten, die die gesamte Statistik der Ausbildungslast der Hochschulen verfälschen, ist seit vielen Jahren bekannt. Doch egal, wer in Bonn und den Ländern regiert – niemand will sich als Revisor betätigen. Statt dessen belassen es die politisch Verantwortlichen bei einer Ausbauplanung für die Universitäten, die als Endziel 850 000 Studienplätze vorsieht, obwohl nach der hochgerechneten Statistik noch viele Jahre lang mehr als eine Million Nachwuchs-Akademiker die Hörsäle bevölkern werden.

Die „toten Seelen“ sind neben einer zumutbaren Überlastquote offenbar stillschweigend als Rabatt gleich miteingerechnet worden. Die ansonsten so sparwilligen Finanzminister und Rechnungshöfe scheinen sich damit zufriedengegeben zu haben.

Viel weniger „echte“ Studenten als gezählt

Die letzte, zahlenmäßig einigermaßen eingegrenzte Schätzung über die Größenordnung des Phänomens wurde vor fünf Jahren vom Hamburger Betriebswirtschafts-Professor Wilhelm Strobel vorgelegt. Er hatte in den Bereichen Jura und Wirtschaftswissenschaften akribisch die Wege der Studienanfänger verfolgt und kam zu einem Ergebnis, das durch Untersuchungen des unabhängigen Instituts „Hochschul-Informations-System“ (HIS) in Hannover gestützt wird: Nicht jeder vierte Student bricht in der Bundesrepublik Deutschland im Verlauf der Semester sein Studium ab, wie immer wieder geschätzt worden war, sondern allenfalls zehn Prozent.

Demnach gibt es offenbar auch sehr viel weniger „echte“ Studenten, als gemeinhin zugrunde gelegt werden. Der Rest ist, zum Teil zumindest, also ein reines Phantom. Strobel jedenfalls ging von der Größenordnung 150 000 aus.

Immer wieder einmal sind Universitäten selbst beim Durchforsten ihrer Unterlagen auf „Karteileichen“ gestoßen, haben Einzelfälle entdeckt, die Schlüsse auf das Gesamtproblem zulassen:

Das Studentensekretariat der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz stolperte in diesem Sommer über einen selbständigen Makler, der seit 30 Semestern immatrikuliert war, ohne je eine Vorlesung oder ein Seminar besucht zu haben. Bei dem Fischzug wurden auch gleich noch ein paar Hausfrauen entdeckt, die ebenfalls nur pro forma Studentinnen waren.

Einige Jahre zurück liegt die Begegnung besonderer Art, die der damalige Leiter des Studentensekretariats in der Uni Heidelberg hatte: Er fand eine Studentin mit 50 Semestern und wollte ihr zu diesem Rekord gratulieren, den selbst bierselige Jung-Akademiker während alter Burschenherrlichkeit nicht erreicht haben. Er stieß jedoch auf eine fünfzigjährige Frau, die einen nahezu erblindeten Mann sowie zwei kranke Kinder zu versorgen hatte. Die Alma mater betrat sie jeweils nur zu Semesterbeginn, um sich wegen der preiswerten Krankenkasse zurückzumelden.

Neben dem relativ hohen sozialen Status des Studenten, den sich viele Jüngere möglichst lange erhalten wollen, wenn sie nicht in einem der Ausbildung adäquaten Beruf unterkommen bzw. wegen der schlechten Arbeitsmarktsituation für Akademiker noch Warteschleifen einlegen, sind es vor allem soziale Gründe, die die Existenz so vieler Phantomstudenten begründen: Bei 55 Mark liegt heute der Preis, den ein immatrikulierter Student bei seiner Krankenkasse für die Mitgliedschaft entrichten muß. Einem „normalen“ Arbeitnehmer hingegen werden bis zu 230 Mark dafür vom Gehalt abgezogen. Das preiswerte Mensa-Essen sowie die Vergünstigungen für Fahrkarten und Eintritts-Billets vom Theater bis zum Zoo sind zusätzliche Dreingaben.

Außerdem gibt es „bemooste“ Häupter, die trotz Berufs immatrikuliert bleiben, weil sie glauben, so leichter die Option für eine Promotion offenhalten zu können. Und in Berlin ließ sich ein Arzt „nur zum Spaß“ immer wieder einschreiben, sammelte auf diese Weise 25 Semester an.

Daß sich die „toten Seelen“ auch an BAföG-Mitteln delektieren könnten, ist hingegen eine vernachlässigbare Größenordnung: Nach dem vierten Semester müssen zur Anspruchsbegründung nicht nur Immatrikulationsbescheinigungen, sondern auch Nachweise für erbrachte Studienleistungen vorgelegt werden. Außerdem gibt es enggezogene Förderungs-Höchstgrenzen.

Universitäten, Kultusministerien und die Krankenkassen versuchen bisher das Problem zu verdrängen, obwohl ihre Haushalte hierdurch zusätzlich belastet werden: Der Bundestag stellte 1979 fest, daß „die extrem lange Studierenden in der Regel keinem Studenten, schon gar nicht einem Anfänger“ den Studienplatz wegnähmen. Und ein „umfangreicher und kostenintensiver Verwaltungsapparat“ verschlinge schließlich selbst erhebliche finanzielle Mittel. Die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion will sich allerdings mit dem Status quo nicht zufriedengeben. Sie ist Anfang August gegen das „Erschleichen von sozialen Vorteilen“ parlamentarisch aktiv geworden.

Ein Sprecher der Barmer Ersatzkasse hingegen machte deutlich, daß aus der Versicherungsbranche keine Initiativen zu erwarten sind: Man könne den Phantomstudenten die billige Beitragsmöglichkeit nicht verwehren. Die Kasse sei eben verpflichtet, den günstigen Tarif zu gewähren, wenn eine Immatrikulationsbescheinigung vorgelegt werde.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß sich die Zahl der „toten Seelen“ kontinuierlich zu vermehren scheint – auch aufgrund der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage für Akademiker. Ein wesentliches Indiz hierfür ist, daß die Zahl der „bemoosten“ Häupter an den Hochschulen immer weiter anwächst. So hat sich allein an der Freien Universität Berlin seit Mitte der siebziger Jahre die Zahl der Studenten verdoppelt, die ihre Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten haben. Berlin steht nur als Beispiel für eine Tendenz, die einheitlich ist: In der Stadt haben heute 22 Prozent aller Immatrikulierten bereits mehr als 15 Semester angesammelt.

Sanktionen wurden wieder gestrichen

Bundesweit bietet sich folgendes Bild dar: Im Wintersemester 1982 (dem bisher letzten vollständig ausgewerteten Zeitraum) erreichten 5372 Immatrikulierte in dem am stärksten frequentierten Studienbereich Wirtschaftswissenschaften 19 und mehr Hochschul-Semester, die Rechtswissenschaftler konkurrierten mit 4044. Den Vogel schossen allerdings die Humanmediziner mit 7215 ab.

Bereits im Entwurf des alten Hochschulrahmengesetzes waren Sanktionen gegen Dauer- und Phantomstudenten vorgesehen und wurden vom Bundestag wieder herausgestrichen. Die Bayern, immer gut für eigenständige Pfadsuche, machten sich 1981 deshalb auf einen eigenen Weg: Bei allzu deftiger Überziehung der Regelstudienzeit hatte der (angebliche) Student 600 Mark für jedes weitere Semester zu bezahlen. Doch das Mißverhältnis zwischen bürokratischem und damit auch finanziellem Aufwand und meßbarem Ertrag war so groß – wobei auch rechtliche Bedenken gegen das Zwangsgeld laut wurden –, daß Kultusminister Hans Maier noch vor Ablauf der ursprünglich auf drei Jahre festgesetzten Erprobungsphase den Geld-Knüppel still wieder im Sack verschwinden ließ.

Die Hessen, obwohl seit Jahrzehnten von sozialdemokratischen Verfechtern der Bildung zum Nulltarif regiert, nutzen heute noch in der Bundesrepublik die Möglichkeit der Zwangsabgabe: Seit 1975 muß jeder, der zu lange studiert, 250 Mark pro Semester abführen. Doch der Erfolg ist auch hier nicht meßbar. In Hessen gibt es relativ nicht weniger Immatrikulierte mit zweistelligen Semesterzahlen als in anderen Bundesländern.

Dennoch hofft die Berliner Wissenschaftsverwaltung, neben den hessischen Kollegen die einzige, die noch für zu lange Studiendauer Strafgebühren kassiert, daß der Malus „vielleicht kleine Anreize schafft, in der Regelstudienzeit fertig zu werden“. Doch die Erfahrungen zeigen, daß der Erfindungsreichtum der „toten Seelen“ in deutschen Hochschulen nicht hinter Gogols Geschöpfen zurücksteht: Die eindrucksvollen Schilderungen und Ausflüchte, mit deren Hilfe der Status kostenfrei gesichert wird, reichen von Familienproblemen bis zu chronischen Krankheiten.

Scherers Tod – „Keulenschlag“ für Saar-CDU

ULRICH REITZ, Bonn

Der Tod des saarländischen CDU-Vorsitzenden Werner Scherer hat die Partei, so ihr Fraktionsvorsitzender Günther Schwarz, wie ein „Keulenschlag“ getroffen. Parteisprecher Armin König beschrieb die Stimmung in der Saar-CDU als „total depressiv“. Über die Nachfolge Scherers, der schon von 1973 bis 1977 den Landesvorsitz innehatte und der erst im Juni dieses Jahres den glücklosen Werner Zeyer als Parteichef ablöste, weil die Delegierten ihm zutrauten, nach der konsternierenden Wahlniederlage der CDU am 10. März den thematischen Aufbruch der Oppositionspartei zu bewerkstelligen, gibt es momentan nicht einmal Spekulationen. Schwarz hat nach eigenen Angaben „keine Ambitionen“. Zum ersten Mal will sich die Fraktion am kommenden Montag mit dem „politischen Loch“, das der Tod ihres Landesvorsitzenden gerissen hat, beschäftigen.

Scherer verfügte über einen großen Rückhalt in der Partei, weil er den *Mitgliedern das Gefühl gab, sie* „aus der Resignationsphase“ nach der Regierungsübernahme durch Oskar Lafontaine herausführen zu können. „Wir haben die Oppositionsrolle angenommen“, verkündete er Anfang Juni selbstbewußt. Scherer, der die christlich-soziale Verwurzelung der saarländischen CDU verkörperte, wollte die Partei von einem in den eigenen Reihen heftig kritisierten allzu pragmatischen Kurs auf eine wertbezogene Linie zurückführen.

*Spekulationen, er werde, nicht zu*letzt mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, nur der Initiator einer programmatischen Erneuerung sein, der in der Mitte der Legislaturperiode einem jüngeren Kollegen Platz machen würde, wischte er stets vom Tisch. „Wenn ich kandidiert habe, dann nicht mit dem Etikett des Übergangsvorsitzenden“, sagte er. Die Parteispitze wollte jedoch Scherer eine schlagkräftige Wahlkampfmannschaft an die Seite stellen, die für ihn, der bereits zwei Herzinfarkte hinter sich hatte, den Part der Kärrnerarbeit übernehmen sollte.

Über die Problematik, einen Nachfolger zu stellen, der die Statur hat, Oskar Lafontaine fachlich und von der Ausstrahlung her Paroli zu bieten, ist sich die Parteiführung im klaren. Wohl auch deshalb ist die Stimmung „auf Null“, steht die Saar-CDU, so Schwarz, „wieder am Anfang“.

Chemische Industrie im Visier

Hessens künftiger Umweltminister Joschka Fischer nennt Schwerpunkte seiner Politik

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Der designierte Umweltminister der Grünen in Hessen, Josef (Joschka) Fischer, hat angekündigt, er wolle „eine konkrete Chemiepolitik in Angriff nehmen“. Einen Tag nach der Landesmitgliederversammlung seiner Partei in Neu-Isenburg, auf der die Basis der Grünen mit Dreiviertelmehrheit einer Koalition mit den Sozialdemokraten zugestimmt hat, nannte Fischer gestern vor der Presse in Wiesbaden als Schwerpunkte für ein künftiges grünes Umweltministerium, den Immissionsschutz, die Abfallproblematik und den Gewässerschutz. Die als Staatssekretärin für Frauenfragen vorgesehene Geschäftsführerin der grünen Landtagsfraktion, Marita Haibach, erklärte, sie werden die Forderungen der Frauenbewegung in die Landesregierung tragen und ressortübergreifend vertreten.

„Um Konsenz bemüht“

Übereinstimmend betonten Fi*scher, Frau Haibach und der Land*tagsabgeordnete Jochen Vielhauer, vor ihrer Partei liege „ein hartes Stück Arbeit“. Als erster Landesverband der Grünen, der sich an einer Regierung beteiligen will, würden die hessischen Grünen „kritischer beäugt werden als jede andere Partei“. Sie wollten ihre Aufgabe mit unkonventionellen Methoden angehen. So solle in den von Grünen zu besetzenden Ämtern eine „offene Verwaltung“ praktiziert und den Bürgern *leichterer Zugang verschafft* werden. Unangenehme Nachrichten aus dem Umweltbereich sollten künftig nicht mehr verheimlicht werden.

Für die Landtagsfraktion kündigte Vielhauer an, sie werde „keine falsche Rücksichtnahme weder gegenüber den SPD-Ministern noch gegenüber den eigenen Regierungsvertretern“ üben. Die Fraktion sei „kein Anhängsel der Leute in den Ministerien“ und werde deren Entscheidungen im Zweifelsfall „nicht kritiklos hinnehmen“.

Karl Kerschgens, der für den Posten eines Staatssekretärs im künftigen Umweltministerium vorgesehene frühere Landtagsabgeordnete, versicherte, die grüne Umweltpolitik solle nicht über Anordnungen und Weisungen durchgesetzt werden, sondern entsprechend den Traditionen der Grünen durch Überzeugen und durch Diskussionsprozesse. Das gelte auch für den Umgang mit der Wirtschaft. Auch der Kandidat für den Posten des Umweltministers, Fischer, unterstrich, er werde im Verhältnis zur Industrie versuchen, „so viel wie *möglich im Konsenz zu errei*chen“. Konflikte sollten „auf demokratischer Grundlage ausgetragen werden“.

Zu den Schwerpunkten der künftigen Umweltpolitik in Hessen meinte Fischer, im Vordergrund werde die konsequente Umsetzung des neuen hessischen Abfallgesetzes stehen. Dabei sei es „eindeutige grüne Position“, daß in Mainhausen keine Giftmülldeponie in Betrieb gehen dürfe. Beim Immissionsschutz werde be*sonderes Augenmerk* auf die chemische Industrie zu legen sein. Im Energiebereich sehe er seine Hauptaufgabe in der Durchsetzung des neuen Energiespargesetzes. Im Konflikt um die Hanauer Nuklearbetriebe kämen auf die Grünen „noch große Probleme zu“. Er persönlich teile „die Bedenken und schweren Einwände“ der Fraktion und Partei der Grünen gegen die Atomfabriken und werde in der Position eines hessischen Umweltministers bei den schwebenden Genehmigungsverfahren für diese Betriebe in diesem Sinne „tun, was rechtlich und politisch möglich ist“. Die Grünen in Hessen hielten grund*sätzlich fest an der „Atomopposi*tion“.

Gleichstellung der Frau

Marita Haibach als designierte Staatssekretärin für Frauenfragen sagte voraus, daß sich die Frauenpolitik der Landesregierung ändern werde. Die Möglichkeit dazu bestehe, weil sie endlich von Frauen selbst vertreten werden könne. In der Posi*tion einer Staatssekretärin* werde sie es sich nicht nehmen lassen, auch innerhalb der Landesregierung überall dort tätig zu werden, wo „frauenfeindliche Gesetze in Vorbereitung sind“. Künftige Schwerpunkte seien ein Präventivprogramm zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, Frauenförderpläne zur Gleichstellung im Beruf, die Einrichtung kommunaler Gleichstellungsstellen überall in Hessen und die Verbesserung der Situation der Frauen auf dem Lande.

Dregger: Rau unglaubwürdig wie Börner

DW. Bonn/Wiesbaden

Auch der als SPD-Kanzlerkandidat vorgesehene nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau würde nach Auffassung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger ein Bündnis mit den Grünen in Bonn eingehen, wenn dafür die Voraussetzungen gegeben wären. Dregger äußerte gestern in Bonn die Überzeugung, die jetzt geschlossene rot-grüne Koalition in Hessen habe jeden Zweifel daran beseitigt, daß die „neue Sozialdemokratie“ auf allen Ebenen der Politik rot-grüne Koalitionen anstrebe: „Es besteht nicht der geringste Anlaß, Herrn Rau mehr zu glauben, als Herrn Börner.“

Die SPD wolle heute genau „die Koalition in der 'Nähe von Faschisten'“, die der hessische Ministerpräsident in den vorangegangenen Landtagswahlkämpfen noch abgelehnt habe. Ein rot-grünes Bündnis auf Bundesebene, das sich an den Wünschen Moskaus orientierte, wäre nach den Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden der Ausstieg aus dem westlichen Verteidigungsbündnis und aus der sozialen Marktwirtschaft. Auch der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Wiesbaden, Ulrich Milde, nannte die Koalition ein „Schreckensbündnis der bedeutsamsten Umfaller in der Geschichte Hessens“.

Als eine „unverhohlene Kampfansage an Industrie, Arbeitnehmer und verantwortungsbewußte Sozialdemokraten bewertete der FDP-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag Wolfgang Gerhardt die Äußerungen grüner Politiker. Die Politik der Grünen richte sich „gegen die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft“.

„Größere Beständigkeit und Stetigkeit der Landespolitik“ sieht dagegen der SPD-Fraktionsvorsitzende in Wiesbaden, Ernst Welteke. Nach seiner Auffassung werden die Grünen in der Regierungsverantwortung erkennen, „was machbar und was utopische Wunschvorstellung ist“.

Wie die SPD die CSU vom „hohen Roß“ holen will

Schöfberger: Sprachmonopol von FJS für deftige Politik brechen

PETER SCHMALZ, München

Sollte Gaudi ein erfolgreicher Ersatz für Sachpolitik sein, könnte sich die bayerische SPD beglückwünschen zur Wahl des Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger zu ihrem Landesvorsitzenden, und die CDU müßte den neuen Mann als Konkurrenten ernst nehmen. Denn ähnlich lustig und gagig waren Bayerns Sozialdemokraten in ihrer ganzen Geschichte noch nicht wie in den wenigen Wochen seit Schöfbergers Kür. „Durch unsere *Formulierun*gen“, begründete dieser gestern das verbale Feuerwerk, mit dem er Politik zu betreiben gedenkt, „wollen wir die journalistischen Arbeitsbedingungen erleichtern.“

Das werden ihm die Pressevertreter schon deshalb zu danken wissen, waren dorch die Sätze seines Vorgägers Rothemund in der Sache zumeist abgewogen, in ihrer Ausstrahlungskraft aber eher spröde. Sie waren am Sinn und weniger am Unterhaltungswert orientiert. Dies zu ändern scheint Schöfbergers erstes Bedürfnis gewesen zu sein. Er will „F. J. S. und seinen Hofschranzen“ das „Sprachmonopol für deftige Politik“ von der Zunge nehmen.

Und das hört sich dann so an: „Wählst du im Märzen CDU, zwickst du im Herbst das Arschloch zu!“ Oder: Die CSU „muß die vielen Schafe scheren, um den fetten Hammeln den Hintern bessern schmieren zu können“. Die CSU werde vom hohen Roß heruntergeholt und in „die Ausnüchterungszelle der Opposition“ geschickt, oder ein wenig plastisch-bajuwarischer noch: „Wir wollen die CSU aus der Lederhosn lupfen.“

Nun sind das alles keine zufällig im überhitzten Bierzelt aufgeschnappten Verbal-Ausrutscher, die aus der bierseligen Stimmung geboren wurden und somit als Gaudibeitrag die deftige Würze *brachten, es sind vielmehr* wörtliche Auszüge aus dem ersten Positionspapier, das Schöfberger gestern der Presse schriftlich vorlegte unter dem Titel „Wie die bayerische SPD die CSU sieht – und wie sie künftig mit ihr umgehen will“.

Schöfberger nennt die CSU eine Partei der Macht- und Ellenbogenmenschen, sie spreche den Profit heilig. Sie betriebe eine „intolerante Demokratur“ und ihr Chef habe eine Reise-Leidenschaft hin zu Diktatoren und Halbdiktatoren, deren Namen Schöfberger aufzählt, merkwürdigerweise aber die Strauß-Gastgeber im Ostblock vergißt, als seien dies reinste Demokraten. Die CSU betreibe einen „pseudo-bajuwarischen Lederhosen-Populismus“, dabei sei sie doch „Lichtjahre vom eigentlichen Bayern entfernt“.

Daß die sinnlose Übertreibung auf den Übertreiber zurückschlägt, wenn die Diskrepanz zwischen Behauptung und Realität zu offensichtlich ist, blieb gewiß auch Schöfberger nicht verborgen. Bei dieser Erkenntnis aber beginnt seine Krux: Was tun gegen eine angeblich „Lichtjahre entfernte“ Partei, die seit über einem Jahrzehnt von mal mehr, mal weniger als 60 Prozent der Bürger gewählt wird?

„Wir Sozialdemokraten nehmen das nicht auf die leichte Schulter“, sagt Schöfberger, dessen Partei bei der letzten Landtagswahl mit 31,9 Prozent kaum mehr als die Hälfte der CSU-Prozente bekam. Die Bayerischen in ihrer Mehrheit für dumm erklären, weil sie ein anderes CSU-Bild als Rudolf Schöfberger haben, wäre ein gefährliches Unterfangen. „Uns liegt fern“, sagt er, „diese Bürger zu beleidigen.“

Derart in der Zwickmühle, kommt der neue SPD-Vorsitzende nicht umhin, die von ihm geschmähte Partei auch zu loben. Unter der CSU-Ägide habe Bayern einen beachtlichen Wandel vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat vollzogen, ohne jedoch bestimmte Eigentümlichkeiten zu verlieren, die das Leben in Bayern lebenswert machen, gibt er zu und fügt an: „Wir Sozialdemokraten beklagen eine Reihe von Entwicklungen, aber Etliches hätten auch wir nicht besser machen können.“

Und dann legt er ein Bekenntnis zur Qualität dieser CSU ab, als wolle er bei Gerold Tandler um Parteiaufnahme nachsuchen: Die CSU sei nicht irgendeine konservative Partei, sie sei vielmehr eine von der besseren Sorte. Sie mache nie etwas zu früh, aber auch selten etwas zu spät und habe „alle Anschlußzüge in die Zukunft immer noch rechtzeitig erreicht“.

185 Extremisten im Düsseldorfer Kultusressort

dpa, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht ordnet 225 Angehörige des öffentlichen Dienstes der linksextremistischen Szene zu. Allein 179 sollen, so der Bericht, den der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor vorstellte, im Kultusressort beschäftigt sein. Von den 340 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes gelten 13 als Rechtsextremisten, sechs davon im Bereich des Kultusministeriums.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verstärkte nach Darstellung Schnoors ihre Bemühungen, durch Bündnisse mit nicht kommunistischen Gruppen größeren Einfluß zu gewinnen. Einen Mitgliederzuwachs auf 500 habe die Marxistisch-Leninistische Partei erreicht; stark geschwächt sei hingegen die Stellung der KPD.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) ist nach Darstellung Schnoors wegen ihrer durch besondere Menschenverachtung und Rücksichtslosigkeit gekennzeichneten Verbrechen nach wie vor die gefährlichste linksextremistische deutsche terroristische Vereinigung. Der RAF werden der Mord an dem Industriellen Ernst Zimmermann am 1. Februar dieses Jahres und zahlreiche Anschläge im gesamten Bundesgebiet angelastet. Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik einsitzender Terroristen sei es der RAF gelungen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, stellt der Bericht für die ersten sechs Monate dieses Jahres fest. Auch eine sich anbahnende Zusammenarbeit mit ausländischen terroristischen Vereinigungen wurde beobachtet. Für den Terror von rechts werden in dem Bericht zwei Brandanschläge sowie ausländerfeindliche und rassistische Parolen-Schmierereien angeführt. Die Zahl der Sprengstoffanschläge stieg gegenüber den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres von zehn auf 17, die der in Nordrhein-Westfalen verübten *Brandanschläge* verdoppelte sich von sechs auf zwölf.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Das Automobil ist für eine große Mehrheit der Menschen in aller Welt eines der faszinierendsten, interessantesten und erstrebenswertesten Industrieprodukte. Es ist Beispiel für individuelle Mobilität – nicht zum Selbstzweck, sondern als Mittel zur Befriedigung oft lebenswichtiger Bedürfnisse. Das Auto als Industrieprodukt hat zugleich eine zentrale wirtschaftliche und politische Bedeutung. Die deutsche Automobilindustrie ist und bleibt eine wettbewerbsfähige Schlüsselbranche der Wirtschaft. Ihre in die Zukunft reichende Bedeutung beschreibt der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen Werk AG, Dr. Carl H. Hahn, in einem Exklusiv-Beitrag für die WELT.

Das Auto – mehr als faszinierende Technik

Von CARL H. HAHN

Der wirtschaftliche Aufschwung der Nationen ist durch nichts so vorangetrieben worden wie durch die starke Motorisierung. In der Bundesrepublik Deutschland werden die Ausgaben für das Automobil in diesem Jahr fast 150 Milliarden Mark erreichen. Die Lösung der Transportprobleme und die Vervielfältigung der menschlichen Leistungskraft durch die Automobile wurde zur Grundlage einer neuen, blühenden Wirtschafts- und Gesellschaftsform, wie sie unseren Vätern unvorstellbar war oder unerreichbar schien. Bei der industriellen Integration der Kontinente spielten das Automobil und die hinter ihm stehende Wirtschaft einschließlich aller vor- und nachgelagerten Zweige eine entscheidende Rolle.

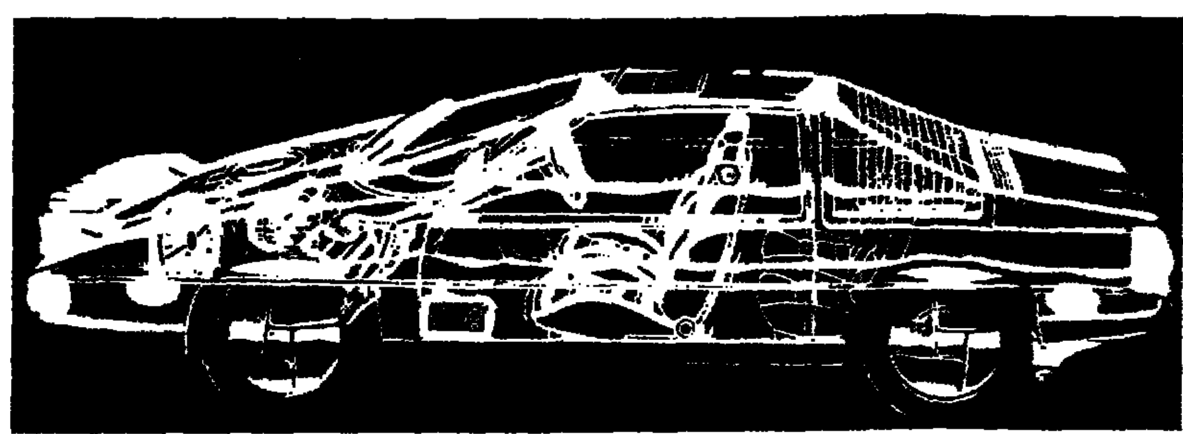
Das Automobil hat sich über die Jahrzehnte hinweg als ungemein wandlungsfähig erwiesen und ist an die Zeiterfordernisse immer wieder angepaßt worden. Grenzen in der technischen Entwickung wurden bisher stets zum allgemeinen Vorteil überwunden. Das Tempo, mit dem die Automobilindustrie dem von der Bundesregierung eingeleiteten gemeinsamen europäischen Übergang vom schadstoffgünstigen zum schadstoffarmen Auto folgte, zeigt erneut die Dynamik und Flexibilität unserer Branche.

Wir haben in diesem Zusammenhang aber auch erneut zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Automobilindustrie Parameter für langfristige Orientierungen braucht. Fehlleitungen von Ressourcen können wir uns nicht leisten. Deshalb benötigen wir möglichst einheitliche Standards zum Bau unserer für den internationalen Markt bestimmten Produkte. Es würde zur allgemein zu fordernden Schonung der Ressourcen beitragen, wenn wir bei unserer Forschungs- und Entwicklungsarbeit Vielgleisigkeiten vermeiden könnten.

Heute ist es noch so, daß ein Motor zur Anpassung an unterschiedliche Abgasgesetzgebungen in einer zweistelligen Variantenzahl entwickelt werden muß – eine Verschwendung letztlich zu Lasten des Verbrauchers. Für ihn ist das Automobil ein bedeutender Kostenfaktor in seinem privaten Budget, und es sollte und müßte alles getan werden, um hier zu Reduzierungen zu kommen. Die Automobilindustrie leistet dazu zwar durch immer bessere Technik, Qualität und Wartung bedeutende Beiträge. Aber erhebliche allgemeine Einsparungen könnten in vielen Fällen durch eine weltweite Harmonisierung der Vorschriften erreicht werden.

Das Automobil ist technologisch noch längst nicht „ausgereizt", im Gegenteil, unsere Techniker und Ingenieure sehen nahezu unbegrenzte Möglichkeiten für weitere Verbesserungen. Gemessen an den Möglichkeiten der Zukunft mag der Fortschritt in den zurückliegenden 100 Jahren des Automobilbaus sogar wirklich eine Schnecke gewesen sein. Das Automobil wird den Anforderungen der Sicherheit, der Umwelt, der Wirtschaftlichkeit, der Leistung, des Komforts und der Qualität immer besser genügen. Aus diesem Prozeß technischen Fortschritts resultiert auch das Schwergewicht des künftigen Wachstums der Automobilindustrie – Wachstum, das wir brauchen; denn in unserer Gesellschaftsordnung gibt es weder für eine Volkswirtschaft noch für eine Einzelunternehmung Lenkungssysteme, die in der Stagnation funktionieren.

Auch beim Industrieprodukt Automobil haben sich bisher sogenannte Grenzen der Nachfrage als fließende Größen erwiesen. Bisher war es jedenfalls so, daß in längerfristig angelegten Prognosen der tatsächliche Verkauf an Automobilen – auch in den bereits hochmotorisierten Ländern – eher unterschätzt wurde. Wir wissen, welch enormer Bedarf ganz allgemein an Gütern und Dienstleistungen sowie an industrieller und sozialer Infrastruktur besteht. Das betrifft insbesondere auch die Transportleistungen, deren Bedienung – wie alle Prognosen besagen – auch künftig überwiegend durch das Automobil erfolgen wird.



Elektronik weist dem Auto von heute den Weg — FOTO: SIEMENS

Allein die weltweite Nachfrage nach Pkw, die 1984 rund 31 Millionen Wagen erreichte, soll nach neueren Vorausschätzungen bis 1990 auf nahezu 40 Millionen zunehmen. Das Schwergewicht mit mehr als 80 Prozent der Nachfrage wird weiterhin im industrialisierten Teil der Welt – also in Europa, Amerika und Japan – liegen, wo 600 Millionen Menschen mit enormer Kaufkraft zu Hause sind.

Der Fortschrittsprozeß im Automobilbau wird maßgeblich von der europäischen Automobilindustrie bestimmt. Ihr entstammt das moderne Fahrzeugkonzept. Insbesondere die deutsche Automobilindustrie ist in ihrer Gesamtheit nach wie vor eine wettbewerbsfähige Schlüsselbranche der Wirtschaft. Als äußerst wichtig hat sich dabei der Verzicht auf handelsprotektionistische Maßnahmen erwiesen. Dies muß auch für die Zukunft gelten, weil nur so Schwachpunkte rechtzeitig erkannt und die Verbraucher optimal versorgt werden können.

Wir haben bei unserer starken Exportabhängigkeit gar keine andere Wahl, als den Versuchungen des Protektionismus zu widerstehen. Vielmehr müssen wir weiterhin alle unsere Stärken – Kapital, Geist sowie auch die Konsensfähigkeit zwischen Kapital und Arbeit – einsetzen, um in unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht zurückzufallen. Die Zukunft wird nicht weniger, sondern mehr Leistung erfordern, wenn wir unseren Lebensstandard sichern wollen. Die jungen Industrien des pazifischen Raums stützen sich ebenfalls auf leistungsbereite Mitarbeiter; sie hinken in der Kapitalausstattung nicht mehr hinterher und produzieren Wachstumsraten, die in der Regel doppelt so hoch sind wie die unsrigen. Damit verlagert sich mehr und mehr der Vorteil der „Economies of Scale" nach Asien.

Diese Entwicklung können wir nicht neutralisieren, indem wir unsere Märkte abschotten. Wenn wir nicht gegenüber unseren neuen Wettbewerbern ins Abseits geraten wollen, müssen wir uns sogar ihre Märkte, und zwar durch Leistung, erschließen. Gerade in einer Zeit der Akzeleration des Fortschritts können wir uns nicht vom Wettbewerbsprinzip verabschieden. Täten wir es, hätte das nicht nur ökonomische, sondern auch politische Folgen.

Der deutsche Straßenfahrzeugbau hat 1984 trotz der besonderen Belastungen (Tarifkonflikt im Frühsommer und einsetzende Katalysatorverunsicherung im Herbst) die führende Stellung unter den deutschen Gewerbezweigen behalten. Und zur Zeit sieht es ganz so aus, daß es seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung in diesem Jahr absolut und relativ eher noch ausbauen kann.

Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich in erster Linie im Export. Hier ist der deutsche Straßenfahrzeugbau absolut führend:

– Mit einem Auslandsumsatz von 79 Milliarden Mark übertrifft er jede andere deutsche Branche. Auch die oft erwähnte Chemie kommt mit ihren 72 Milliarden und der einst führende Maschinenbau mit 64 Milliarden Mark an diesen Wert nicht heran.

– Die hohe Exportkraft zeigt sich auch daran, daß der Straßenfahrzeugbau 19,9 Prozent des Auslandsumsatzes des produzierenden Gewerbes auf sich vereint – während er nur 11,9 Prozent des Gesamtumsatzes des produzierenden Gewerbes erzielt.

– Schließlich wird die Exportquote von 48,5 Prozent von keinem anderen Wirtschaftszweig erreicht. Nur der Maschinenbau nähert sich mit 45,8 Prozent dieser Zahl.

Dieser Hintergrund erklärt auch die Vehemenz, mit der alle deutschen Automobilhersteller vor einer starren, generellen Geschwindigkeitsbegrenzung warnen. Ihr Nutzen für die Umwelt fiele kaum ins Gewicht. Einhandeln würde man sich dafür eine qualitative Verschlechterung des Automobilstandortes Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft. Wenn wir der Umwelt helfen wollen, müssen nach unserer Überzeugung Bleifreifahren und Nachrüstung im Zeitabschnitt des Übergangs zum schadstoffarmen Auto die Devise sein. Nur auf 1,4 Prozent unseres Straßennetzes können wir schneller als 100 km/h fahren, wenn es die Umstände erlauben. Dieser Tatbestand ist aber für die deutsche Automobilindustrie bisher der Anreiz dafür, nach höchstmöglicher Leistung in *allen* Anforderungskriterien des Automobils zu streben. Käme es zu einem Limit von 100 km/h auf allen Autobahnabschnitten, würde der technische Spitzenstand deutscher Autos also nicht nur im Tempo, sondern generell reduziert. Ein Tempolimit käme einer Einschränkung des technischen Fortschritts gleich, und daß eine solche Maßnahme die konstruktive Auslegung der Automobile beeinflußt, kann man in den USA deutlich beobachten.



Er wirkt angelsächsisch unterkühlt: Carl H. Hahn wurde 1981 zum Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen Werk AG berufen. Der am 1. Juli 1926 in Chemnitz geborene Industrielle gilt als ein exzellenter Verkäufer. FOTO: JUPP DARCHINGER

Mit Blick auf die Wettbewerbssituation am Weltautomarkt besteht jede Veranlassung, die generelle Wettbewerbsposition der deutschen Automobilindustrie zu stärken, anstatt sie zu belasten. Seit dem Expansionsdrang der japanischen Anbieter sind insbesondere die Großserienhersteller unter den Automobilproduzenten in weiten Teilen der Welt – so in Afrika, in Asien, aber auch in Nordamerika und in Europa – einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt.

Allein wegen der großen Rentabilitätsunterschiede gegenüber Fernost und auch den USA müssen wir uns in Deutschland und Europa große Sorgen machen. So gab es denn auch in den vergangenen Jahrzehnten zwischen den automobilproduzierenden Industrieländern eine dramatische Verschiebung der Anteile. Die Weltautomobilproduktion war noch 1960 zu 50 Prozent in den USA konzentriert, zu 40 Prozent in den EG-Ländern und zu ganzen drei Prozent in Japan. Heute sind es 27,2 Prozent in Japan, 24,2 Prozent in der EG (ohne Spanien) und weniger als 26 Prozent in den USA.

Seit Jahren wird etwa ein Zehntel des europäischen Pkw-Gesamtmarktes (rund zehn Millionen Wagen pro Jahr) von japanischen Automobilanbietern in Anspruch genommen, was die Absatzmöglichkeiten der etablierten europäischen Hersteller einschließlich der in Europa produzierenden US-amerikanischen Tochtergesellschaften entsprechend einschränkt.

Als ich 1954 meine Tätigkeit bei Volkswagen aufnahm, produzierte Japan 70 000 Kraftfahrzeuge im ganzen Jahr, 1985 werden es zwölf Millionen sein. Die Tagesproduktion des Volkswagen-Konzerns betrug damals 900 Wagen und liegt heute bei 10 400 Fahrzeugen. Für die Leistungsfähigen unter den Wettbewerbern wird es auch in Zukunft Wachstum geben.

Die Frage nach unserer künftigen Konkurrenzfähigkeit muß also gestellt werden – nicht nur von der Verteidigung unseres technischen Spitzenniveaus, sondern auch von der notwendigen Steigerung der Produktivitäten her. Überall in der Welt richten die Käufer ihre Entscheidungen am Preis/Leistungs-Verhältnis der Produkte aus. Und das Urteil darüber, ob es gerechtfertigt ist, dieses Verhältnis durch höhere Kosten zu verschlechtern, fällt letztlich ausschließlich der Konsument. Er hat heute beim Auto in jeder größeren Stadt ein Weltmarktangebot zu seiner freien Auswahl zur Verfügung.

Damit wird die Beschäftigungssicherung nicht von irgendwelchen unbeeinflußbaren, schicksalhaften Mächten, sondern in starkem Maße von uns selbst bestimmt. Wenn Arbeit und Kapital die Kraft aufbringen, die Kosten im Griff zu behalten, wird die deutsche Automobilindustrie auch künftig eine Schlüsselbranche bleiben.

Von der Angebotsseite, das heißt von unseren Hochleistungsautomobilen – in jeder Preisklasse – her, sind alle Bedingungen dafür gegeben. Was technisches Niveau, Qualität, Marktpflege, Service, Liefertreue und Innovationsbereitschaft anlangt, ist der europäische und deutsche Automobilbau unverändert prägend. Alle entscheidenden Erfindungen kamen und kommen aus Europa. Leichtbau und Wirtschaftlichkeit sind heute mehr denn je Maßstab und Vorbild für die Weltautomobilindustrie.

Volkswagen und Audi können als Beispiel dafür dienen, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wenn man mit Blick auf die Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes neue Anstrengungen zur Verbesserung der Produkte und der Fertigung, zur Reduzierung der Kosten und zur Qualifizierung der Mitarbreiter unternimmt.

Erstmals ist es dem Volkswagen-Konzern so gelungen, mit einem Anteil von 13 Prozent die Spitzenposition am Pkw-Markt Europas zu erringen. Volkswagen und Audi können für 1985 mit einem weltweiten Verkaufsergebnis von mehr als 2,4 Millionen Wagen gegenüber 2,15 Millionen Fahrzeugen im Jahr 1984 rechnen.

Dieses Wachstum schlägt sich in einer günstigen Entwicklung der Beschäftigung bei Volkswagen und Audi nieder. Die Zahl der von beiden Gesellschaften 1984 und 1985 neu eingestellten Mitarbeiter wird am Jahresende fast 19 000 erreicht haben, davon circa 11 000 bei Volkswagen und 8000 bei Audi.

Wie stark die beschäftigungspolitische Bedeutung der Automobilindustrie in unserem Lande ist, machen folgende Zahlenhinweise deutlich: Unmittelbar sind im Straßenfahrzeugbau der Bundesrepublik Deutschland 789 000 Personen tätig, das sind 11,8 Prozent der Arbeitnehmer des produzierenden Gewerbes. Insgesamt bestehen für die Produktion, den Verkauf und die Nutzung von Automobilen in der Bundesrepublik Deutschland sogar vier Millionen Arbeitsplätze.

Der weltweite Wettbewerb als unabänderliche Konstante des ökonomischen Systems zwingt uns, die Mechanisierung und Automatisierung der Automobilproduktion weiter voranzutreiben. Neue technische Möglichkeiten, wie etwa die moderne Elektronik, auch in ihrer Anwendung für Handhabungsautomaten im Bereich der industriellen Fertigung, lösen jedoch heute immer noch mehr Ängste als Hoffnungen aus. Wir müssen uns aber gerade in der exportabhängigen, ressourcenarmen Bundesrepublik Deutschland immer wieder zur optimalen Technik bekennen, noch dazu, wenn wir einen so hohen Anspruch an Einkommen, Arbeitszeit und Sozialleistungen stellen.

Beim Einsatz der Mikroprozessoren dürfen nicht nur die Effekte in bezug auf Rationalisierung und Flexibilisierung gesehen werden. Die moderne Elektronik mit ihrer enormen Speicherungskapzität und Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung ermöglicht jederzeit den Zugriff zu unserem Wissen ohne mühsames Lernen – und damit die zeitliche Verkürzung technischer Prozesse.

Dies ist im Automobilbau schon deshalb notwedig, um das zusätzliche Arbeitsvolumen auf Grund des Trends zu mehr Technik, zu mehr Auto pro Auto bewältigen und um – wie in den vergangenen zehn Jahren gelungen – den Kostenanstieg der Motorisierung auf den der allgemeinen Lebenshaltung begrenzen zu können.

Industrie-Roboter erlauben es zudem, die Qualitätsfortschritte einer mechanisierten Fertigung auch auf die Montagebereiche auszudehnen, was unmittelbar positive Folgen für den Autokäufer hat. Denn Idustrie-Roboter mit angeschlossenen Meß-, Prüf- und Steuervorrichtungen schließen ja menschliche Unzulänglichkeiten oder Materialfehler mehr und mehr aus.

Wir befinden uns, was die Anwendung der modernen Elektronik angeht, ohne Zweifel in einem Zeitabschnitt schwieriger Strukturanpassung. Danach wird sich nach meiner Überzeugung deutlich herausgestellt haben, daß uns die neuen Techniken nicht bedrohen, sondern daß sie uns – wie in den zurückliegenden 100 Jahren – dienen.

Madrid sichert sich gegen Angriff aus Nordafrika ab

Strategieplan mit NATO-Verbleib und US-Präsenz verknüpft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Überraschend hat die spanische Regierung jetzt ihren Strategieplan, den das Verteidigungsministerium schon seit längerem vorlegte, verabschiedet. Die militärpolitische Basis dieses neuen Konzepts ist jedoch an die bisher ungelösten Fragen geknüpft: Bleibt Spanien in der NATO, und wird die Präsenz amerikanischer Streitkräfte mit ihren Luft- und Seestützpunkten am Atlantik und im Inland verringert, wie es Madrid wünscht?

Zur NATO-Frage sagte Regierungssprecher Solana: „Grundlage bleibt das 10-Punkte-Programm des Ministerpräsidenten González. Und dieses Programm geht davon aus, daß Spanien in der NATO bleibt."

Da es fraglich ist, ob die vorgesehene Volksabstimmung darüber positiv ausfällt, bemühen sich maßgebliche Politiker der Regierungspartei und der Opposition, das Referendum als „überflüssig und gefährlich" abzublasen.

Die strategische Zielsetzung des Planes bestimmt die Stationierung der Teilstreitkräfte und setzt die Prioritäten bei der Verteilung der finanziellen Mittel für Heer, Marine und Luftwaffe bis 1994 fest. Die Streitkräfte sollen vor allem den Süden absichern. Eine Panzerdivision soll im Westen des Landes mögliche Landungen über Portugal abwehren. An den Pyrenäen liegen zwei Gebirgsdivisionen.

Der Plan geht davon aus, daß Spanien einen Angriff aus dem nordafrikanischen Raum nicht nur abwehren, sondern durch die Stärke seiner Streitkräfte möglichst ausschließen kann. Dabei denkt man an die Staatenunion Marokko–Libyen und die Maghreb-Staaten im allgemeinen, also auch Algerien. Im Vordergrund der Überlegungen steht dabei ein möglicher Angriff auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Mittelmeerküste. Etwas Ähnliches gilt für die Kanarischen Inseln im Atlantik.

Mit einem lokalen Konflikt um Ceuta und Melilla ist nach Ansicht von Beobachtern jedoch schon deshalb kaum zu rechnen, weil Marokko mit der Verteidigung der Westsahara militärisch – und wirtschaftlich – voll ausgelastet ist. Bleibt der Maghreb als Ausgangslinie eines Flankenangriffs der Sowjetunion. Vor allem über Libyen.

Das Schwergewicht der Verteidigungsplanung liegt bei Luftwaffe und Marine, während das Heer den größten Teil seiner motorisierten Einheiten und Panzer auf Andalusien konzentriert. Hier muß die Anzahl von 76 in den USA bestellten Abfangjägern vom Typ F 18 als kaum ausreichend bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß auf der anderen Seite des Mittelmeeres unter den 540 Flugzeugen, über die allein Libyen verfügt, eine unbestimmte Anzahl moderner Maschinen von sowjetischen Piloten geflogen wird.

Das Rückgrat des spanischen Verteidigungspotentials auf der atlantisch-mediterranen Achse bildet eine moderne Kampfgruppe mit dem Flugzeugträger „Principe de Asturias" (14 500 Verdrängungstonnen) und drei Fregatten. Die Schiffe wurden zwischen 1979 und 1982 auf Stapel gelegt und werden jetzt nacheinander in Dienst gestellt. Dazu kommen vier kleinere für das Mittelmeer bestimmte Fregatten sowie drei Atlantik-U-Boote vom französischen Typ „Agosta". Sie ergänzen das Arsenal der schwimmenden Zerstörer, Fregatten, Korvetten, Minensuchboote und Landungsschiffe.

Da die Sicherung der Kanarischen Inseln von der NATO-Zusammenarbeit im Rahmen des strategischen Dreiecks Kanarische Inseln–Azoren–Eingang zum Mittelmeer abhängt, erscheint die weitere Zusammenarbeit mit NATO-Streitkräften als eine unausgesprochene Voraussetzung des spanischen Strategieplanes.

Madrid geht auch davon aus, daß die amerikanischen See- und Luftstreitkräfte weiterhin voll über den spanisch-amerikanischen Stützpunkt Rota bei Cadiz verfügen werden. Die angelaufenen Verhandlungen über eine Neuordnung der US-Präsenz in Spanien können ohnehin erst konkrete Formen annehmen, wenn feststeht, ob Spanien NATO-Mitglied bleibt und in welche Form die militärische Zusammenarbeit gegossen wird.

Eine Reduzierung der US-Präsenz, wie Madrid sie als Äquivalent für den NATO-Verbleib anstrebt, dürfte Rota ohnehin ausschließen, da auch die europäischen Partner Spaniens nicht auf die Sicherung des Seeraumes vor ihrer Haustür verzichten können. (SAD)

Khartum wendet sich wieder den Ägyptern zu

PETER M. RANKE, Kairo

Der Aufstand in Südsudan sei eine innere Angelegenheit für Sudan, betonte der ägyptische Präsident Mubarak nach ausführlichen Gesprächen mit General Sawar el Dahab, der in Sudan den Militärrat leitet und zum ersten Mal seit dem Sturz Numeiris Anfang April Kairo besuchte. Mit seiner Feststellung unterstrich Mubarak, daß der gemeinsame Verteidigungspakt gegen äußere Bedrohung nicht berührt wird und daher keine ägyptischen Truppen bei den Kämpfen gegen die „Südsudanesische Befreiungsarmee" des Obersten Garang eingesetzt werden. Die ägyptische Waffenhilfe wurde jedoch wieder aufgenommen.

Das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Beziehungen zwischen Khartum und Kairo nachhaltig verbessert haben, was Mubarak und Sawar el Dahab bestätigten, als sie von Brudernationen im Niltal sprachen. Von der Auslieferung des gestürzten Präsidenten Numeiri ist keine Rede mehr. Khartum will offenbar auch den vorgesehenen Prozeß gegen Numeiri und seinen Vizepräsidenten Tayeb aufschieben. Man will jetzt gegenüber Ägypten, das Numeiri unterstützte, keine schmutzige Wäsche waschen.

Die Wendung der Militär- und Zivilregierung nach Kairo erfolgt aus Enttäuschung über Libyen, das die versprochene Finanzhilfe wegen der eigenen Wirtschaftsnöte nicht leisten kann, und wegen der Zuspitzung der Lage um Südsudan.

Am Wochenende waren 14 Regierungssoldaten auf einem Nildampfer erschossen worden, obwohl Garang am 19. Oktober eine zweiwöchige Waffenruhe verkündet hatte. Er forderte den Rücktritt des Militärrats, Regierungsbeteiligung, das Ende der Militärverträge mit Ägypten, Libyen und die Abschaffung der Scharia, der islamischen Gesetzgebung.

Die Zivilregierung Dafallah hat zwar das islamische Steuersystem wieder abgeschafft und das Finanzjahr vom islamischen wieder auf den gregorianischen Kalender umgestellt, ist in Südsudan aber auf dem Rückzug. Die Rebellen-Truppen stehen vor der Stadt Bor, weit im Süden Kordofans und am Blauen Nil. Die Finanzkrise verschlimmert die Situation. Sudan braucht bis Ende des Jahres allein für den Schuldendienst rund eine Milliarde Dollar. (SAD)

Assad wendet sich auch Libanons Christen zu

Einfluß von Drusen und Schiiten relativiert / Friedensplan ist konsensfähig / Versöhnungskonferenz im November?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die syrische Regierung entfaltet seit drei Wochen eine rege diplomatische Aktivität, um die Lage in Libanon zu stabilisieren. Seit die drei größten miteinander verfeindeten libanesischen Gruppen, die Forces Libanaises (Christen), die Amal (Schiiten) und die sozialistische Fortschrittspartei (Drusen), am 15. Oktober ein Rahmenabkommen zur Befriedung des Landes unterzeichnet haben, reißt der Strom der Besucher in Damaskus nicht ab.

Drusenfürst Dschumblatt und Schiitenführer Berri werden ebensooft empfangen wie Mitglieder der libanesischen Regierung und Berater des saudischen Königshauses. Von besonderer Bedeutung war offensichtlich der Besuch des derzeitigen Vorsitzenden im Exekutivkomitee der Forces Libanaises, Elie Hobeika.

Hobeika kam mit einer klaren Botschaft zurück: Die einzelnen Punkte des Rahmenabkommens sind konsensfähig; Syrien wird als Vermittler für eine einvernehmliche Regelung der libanesischen Krise anerkannt; die syrischen Truppen bleiben, wo sie sind; die „legalen Streitkräfte" (die libanesische Armee) werden in Zusammenarbeit mit den „verhandelnden Parteien in deren jeweiliger Region" (den Milizen) für ein Ende des Kriegszustandes sorgen. In einer auch von politischen Gegnern als „staatsmännisch" bezeichneten Grundsatzrede hatte der noch nicht 30jährige Hobeika Tage zuvor die „rote Linie" für die Syrer markiert: Unabhängigkeit und Souveränität Libanons könnten ebensowenig Gegenstand von Verhandlungen sein, wie die Freiheit und Sicherheit der Christen. Damit scheinen die Syrer vorerst einverstanden zu sein.

Die Interessenlage der verschiedenen Kriegsparteien, einschließlich der Syrer, ist momentan zu einem guten Teil deckungsgleich, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Deshalb ist die Ankündigung des syrischen Geheimdienstchefs in Libanon, des General Kanaan, glaubhaft, daß es Mitte November zu einem nationalen Versöhnungskongreß in Damaskus kommen soll, auf dem das ausgehandelte Abkommen unterzeichnet werde. Zu den Lösungsvorschlägen gehören auch eine Reform des konfessionellen Proporzsystems und die Möglichkeit der Rückkehr vorwiegend christlicher Flüchtlinge in ihre angestammten Wohngebiete. Mehr als 50 000 Christen sind so, ohne Hab und Gut und feste Behausung, auf fremde Hilfe angewiesen.

Die Hinwendung der Syrer zu den Christen hat mehrere Gründe. Zum einen hat sich in Damaskus die Erkenntnis durchgesetzt, daß man die stärkste Gruppe auf dem libanesischen Schachbrett nicht länger ignorieren kann, zumal diese ihre institutionelle Verbindung zu Israel aufgegeben hat. Die Stärke der Forces Libanaises fußt nur teilweise auf den militärischen Fähigkeiten dieser Miliz. Sie erwächst vor allem aus der Verankerung im Volk. Die Forces Libanaises ignorieren, hieße mehr als eine Million Libanesen zu ignorieren.

Zum zweiten haben die anderen Gruppen, Drusen und Schiiten, eine relative Eigenständigkeit erlangt, seit sie 1984 direkte Beziehungen zu Moskau aufgenommen haben. Dschumblatt erhält sowjetische Waffenlieferungen über den Hafen Khalde. Das ist auch in den westlichen Hauptstädten, zum Beispiel im Auswärtigen Amt in Bonn, bekannt.

In Gorbatschow hat der syrische Präsident Assad einen ebenbürtigen Gesprächspartner im Kreml gefunden. Dessen Interessen reichen naturgemäßerweise über die syrische Machtpolitik in der Region hinaus und haben vor allem die „gemäßigten" arabischen Regime im Visier. Eine leichte Distanzierung ist deshalb zwischen Moskau und Damaskus zu beobachten. Für Assad ist sie Grund genug, den Einfluß der Drusen und der immer radikaler werdenden Schiiten durch eine Aufwertung der Christen zu relativieren und durch eine Vermittlerfunktion den eigenen Part zur Hauptrolle als Garant im libanesischen Drama hochzustilisieren.

Die libanesische Karte ist für Damaskus auch gegenüber Riad ein Trumpf. Saudi-Arabien finanziert die syrischen Truppen in Libanon und deckt die größten Lücken im syrischen Haushalt. Bewußt bringt Assad den Berater der saudischen Führung, Rafik Hariri, quasi als Vertreter der Sunniten und Saudi-Arabien somit als Schutzmacht der libanesischen Sunniten ins Spiel. Das garantiert ihm die weitere Finanzhilfe und einen guten Draht nach Riad, den er sowohl gegenüber Moskau ausspielen kann als auch gegenüber den Schiiten und Drusen, die jeweils ihre eigenen autonomistischen Pläne verfolgen.

Aus dem Tagebuch des Märtyrers Popieluszko

AFP, Warschau

Zum ersten Jahrestag der Ermordung des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko durch die politische Polizei seines Landes sind jetzt dessen persönliche Erinnerungen veröffentlicht worden. Darin schildert der am 19. Oktober im Alter von 37 Jahren zu Tode gefolterte Pfarrer in Tagebuchform seinen Einsatz für die Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" und seine Verfolgung durch die Agenten der Militärregierung. Auch wird aus den Aufzeichnungen – veröffentlicht in der Oktoberausgabe der Monatsschrift „Legalität" (Praworzadnosc), dem Sprachrohr der polnischen Menschenrechtskommission KOS – deutlich, wie unbequem Popieluszko mit seiner kompromißlosen Kritik an dem Regime sogar seinen kirchlichen Vorgesetzten war.

So löste der Geistliche mit den monatlichen „Messen für das Vaterland" in seiner Warschauer Pfarrkirche Sankt Stanislaw Kostka und seinen Predigten den Zorn von Primas Kardinal Glemp aus, der darin eine Störung seiner Bemühungen um ein pragmatisches Verhältnis der Kirche zum kommunistischen Staat sah. Erst die Intervention von Papst Johannes Paul II. milderte den Druck der Kirchenhierarchie auf den Priester, der heute bei den Katholiken seines Landes geradezu als Märtyrer und Schutzpatron verehrt wird.

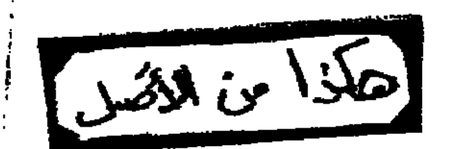
Am 18. Dezember 1983 notiert Popieluszko sein „zufälliges" Zusammentreffen mit Glemp in einem Seminar von Warschau und schreibt: „Ich verstehe, daß der Primas von Polen nervös wird. Umso mehr als die Kirche Sankt Stanislaw Kostka ein Stachel in den Beziehungen Kirche–Staat ist. Er hat mich betreffend an General Jaruzelski geschrieben, was ihm sehr schwer gefallen sein dürfte. Aber seine Beschuldigungen haben mir schrecklich weh getan. Den Inhalt unseres Gesprächs will ich nicht enthüllen."

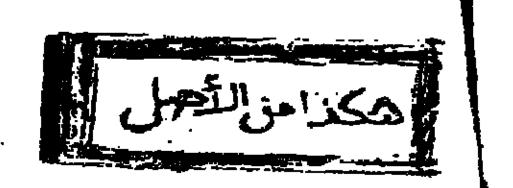
Im darauffolgenden Januar spricht der Priester dann den vatikanischen Emissär Pater Edward Boniecki, der als Verantwortlicher der polnischen Ausgabe von „Observatore Romano" dem Papst sehr nahe steht. Diese Begegnung bereitet Popieluszko „großes Vergnügen". Boniecki zeigt sich „sehr herzlich" und informiert sich über die Aktivität des Priesters mit dem Ziel, „dem Heiligen Vater darüber Rechenschaft abzulegen". Das Ergebnis ist, daß der Papst dem bedrängten Geistlichen einen Monat später als eine Art Solidaritätsbeweis einen Rosenkranz sendet. Von nun an zeigt sich auch der polnische Primas verträglicher.

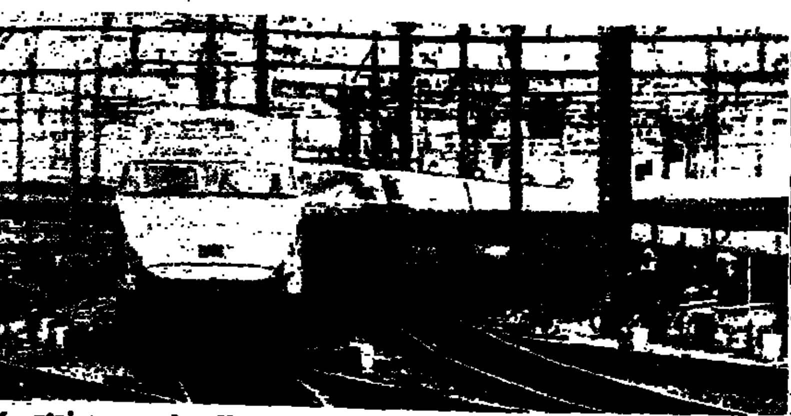
Aber wenn sich das Verhältnis Popieluszkos zur Kirchenführung bessert, die staatlichen Stellen verhalten sich ihm gegenüber immer repressiver. Bereits im November 1982 schreibt der Priester, daß er „beschattet und bespitzelt" wird und sein Telefon nicht meh frei benutzen kann. Seine Predigten, in denen er die Unterdrückung der „Solidarität"-Kreise und die Menschenrechtsverletzungen unter der Regierung von Parteichef Jaruzelski anprangert, ziehen immer mehr Menschen an.

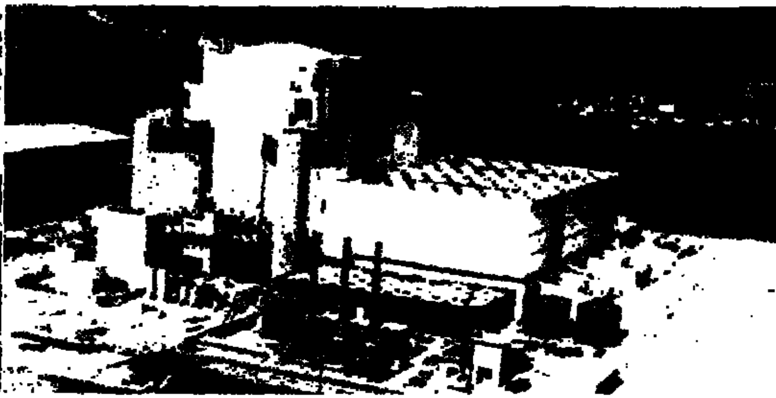
Im Dezember 1982 entgeht Popieluszko einem ersten Attentat. „Unbekannte" schellen an seiner Wohnung und werfen ein mit einem Ziegelstein beschwertes Sprengpaket durch die Scheibe. Der Priester bleibt unverletzt, weil er sein Bett noch nicht verlassen hatte. Von da an stehen Warschauer Stahlarbeiter dem bedrohten Geistlichen als eine Art Leibwache zur Seite. Sie verhindern im September 1983 mit Hilfe der alarmierten Nachbarn der Pfarrkirche, daß Popieluszko verhaftet wird.

Knapp drei Monate darauf versuchen die Geheimdienste, den Priester als Terroristen zu überführen. Während er in einem Kommissariat verhört wird, „finden" Beamte in seiner Wohnung Maschinengewehrmunition, Sprengsätze und illegales Druckereimaterial mit subversiven Schriften. Popieluszko bricht in Lachen aus, als er die in seine Räume geschmuggelten „Beweisstücke" sieht und sagt zu den Beamten: „Da sind Sie wirklich zu weit gegangen."









Kenntnisse aus dem Umgang mit neuartigen Werkstoffen flossen auch in den französischen „Zug der Zukunft", den „TGV" ein. Der hochentwickelte Technologie-Star, der Brutreaktor „Super-Phénix", soll im kommenden Februar an das Netz der französischen Elektrizitätsgesellschaft angeschlossen werden und vier Monate später eine Endleistung von 1250 Megawatt erreichen FOTOS: DPA

Nischen-Erzeugnisse mit Erfolgsgarantie

Die Franzosen nutzen ihre Erfahrungen beim Bau kerntechnischer Anlagen für die Entwicklung neuer Technologien

Von ARNO NÖLDECHEN

Am 7. Oktober wurde der französische Brutreaktor „Super-Phénix", der größte der Welt, in Creys-Mallville bei Lyon zum ersten Mal „kritisch". Die französische Industrie wertet dies als großen Erfolg, wenn sie sich demnächst anschickt, Frankreich weltweit zum Land mit der billigsten elektrischen Energie zu machen.

Damit scheint schrittweise ein nationaler Wunschtraum in Erfüllung zu gehen, den Mitterrands Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl, Valéry Giscard d'Estaing, hegte und forcierte: die Ankurbelung der französischen Wirtschaft und den Schritt zu hochentwickelten, verkaufsfähigen Technologien. Sie erhält einen wirtschaftspolitischen Vorsprung, dem bei uns zunächst nur in Fachkreisen Beachtung geschenkt wird.

Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik läßt sich derzeit noch von einem Minderheiten-Protestpotential gegen die sogenannte Plutonium-Wirtschaft ablenken. Unsere französischen Nachbarn haben wenig Verständnis, daß sich das Deutschland des Wiederaufbaus von einer Minderheit mit unsachlichen Argumenten beeindrucken ließ. Die Beherrschung der äußerst komplizierten Brütertechnologie hat vielen französischen Unternehmen technologische Märkte eröffnet, die mehr Arbeitsplätze schaffen, als es bislang den Anschein hatte.

Gleichzeitig steigen die Exportraten kräftig an: 50 bis 55 Prozent sind bei einigen Unternehmen zur Regel geworden. Es handelt sich dabei nicht allein um den Export kompletter Kernkraftwerke, sondern um Komponenten wie Turbinen, Rohrkrümmer, Generatoren, Schalt- und Leitanlagen sowie elektronische Bauteile oder Systeme von Unternehmen aus den Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik.

Obwohl diese französischen Unternehmen nur zögernd im deutschen Anlagenmarkt Fuß fassen, eher auf Kooperationen mit unseren Konzernen bedacht sind, sind sie im internationalen Markt doch schon zu scharfen Konkurrenten unserer Investitionsgüter-Industrie geworden. Sie nutzen konsequent alle Produktionserfahrungen aus, die sie beim Bau und Betrieb einer großen Anzahl kerntechnischer Anlagen gewinnen konnten.

Außerdem sprudelt die elektrische Energie der Kraftwerke reichlich zu konkurrenzlos günstigen Preisen. Der Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften wurde durch interne Schulungen und Training, bis hin zur konsequenten „Jobrotation" als Bedingung der Arbeitsverträge relativ schnell behoben.

Wer beispielsweise als Ingenieur bei der in Grenoble ansässigen Firma Merlin Gérin einen Arbeitsvertrag abschließt, muß bereit sein, Sprachen zu lernen und mindestens ein Jahr auch im Ausland zu arbeiten. In der Produktion dieses Unternehmens herrscht Gruppenarbeit à la Schwedenmodell. Die Motivation der Mitarbeiter ist hoch, Streiks oder Auseinandersetzungen mit Gewerkschaften sind hier unbekannt.

Noch deutlicher sind die Erfolge der Alsthom-Gruppe. Sie fungierte für viele französische Kernkraftwerke als Generalunternehmer. Daher kann sie neben Kernkraftanlagen aber auch kohle- oder gasbefeuerte Kraftwerke oder Turbinen anbieten. Die Erfahrungen im Umgang mit neuartigen, metallischen Werkstoffen oder Legierungen flossen zum Beispiel auch in das neue Schnellverkehrssystem Frankreichs ein: den „TGV", Train à Grande Vitesse mit Spitzengschwindigkeiten um 270 km/h. Nach den Erfolgen auf der Strecke Paris–Lyon werden jetzt TGV-Strecken von Paris aus in alle Landesteile geplant und in Angriff genommen.

In einem guten Jahrzehnt wird Frankreich dann über das modernste und leistungsfähigste Eisenbahnnetz in Europa verfügen. Zwar werden die deutschen Magnetschwebebahn-Projekte in Frankreich bewundert, aber französische Eisenbahn-Ingenieure halten eine Realisierung noch für recht weit entfernt. Die Entwicklung der neuen Schnellstrecken reicht in die Mitte der sechziger Jahre zurück. Sie ist zu einer technologischen Meisterleistung geworden, die viele moderne Fachdisziplinen vereint hat: Material- und Werkstoffkunde, Elektrotechnik und Maschinenbau, Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik.

Mit dem erfolgreichen Beispiel haben französische Ingenieure Trumpfkarten in Händen, ihr System, Lokomotiven oder andere Komponenten international zu vermarkten. Es sind die Früchte einer konsequenten Forschungs- und Entwicklungsarbeit, die sich in viele technische Bereiche übertragen lassen.

Das gilt um so mehr für die Brütertechnologie. Ohne hochwertige und besonders beständige Werkstoffe wäre der Super-Phénix nicht zu bauen und noch weniger zu betreiben. Dazu kommt noch die große Anzahl von Leichtwasser- und Druckwasser-Reaktoren, die inzwischen mehr als 60 Prozent des französischen Strombedarfs decken. Natürlich haben auch deutsche Unternehmen Material, Bauteile und Komponenten zugeliefert, aber der Löwenanteil kommt doch aus der französischen Industrie selbst.

So konnten mittlere oder kleinere Unternehmen mit Aufträgen über lange Zeiträume hinweg kalkulieren. Sie haben dabei kräftig expandiert und verfügen nun über einen gut zu vermarktenden Erfahrungsschatz. Ein Unternehmen beispielsweise, das spannungsfreie Stahlrohrkrümmer und -abzweigungen für Kernkraftwerke liefert, überträgt dieses Know-how auch auf Chemieanlagen und Erdölraffinerien.

Ähnliche „Nischen-Erzeugnisse" der Spitzentechnologien, wie sie ein französischer Werksdirektor umschreibt, gibt es noch in Hülle und Fülle. Anders als in der Bunderepublik, wo Spitzentechnologien eine starke staatliche Forschungsförderung erfahren haben, mußten die französischen Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeit zumeist aus eigenen Mitteln, also den stark gewachsenen Umsatzergebnissen, finanzieren.

Der Energieüberschuß aus Kernkraftanlagen ist heute schon ein Exportprodukt, morgen können es elektrische Großgeräte und -anlagen sowie Elektromotoren sein.

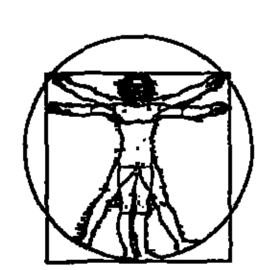
NOTIZEN

Neue Vollmitglieder

Paris (DW.) – Der Rat der Europäischen Weltraumorganisation ESA hat auf seiner 71. Tagung einstimmig beschlossen, Österreich und Norwegen als Vollmitglieder in die Organisation aufzunehmen, womit sich die Zahl der Mitgliedstaaten der ESA auf 13 erhöht. Österreich wurde bereits am 1. April 1981 und Norwegen am 1. November 1981 assoziiertes Mitglied der Organisation. Die elf anderen Mitgliedstaaten sind: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz und Spanien.

Heinrich-Wieland-Preis

München (L.L.) – Für die Entdeckung der Hopanoide wurde Prof. Guy Ourisson aus Straßburg mit dem diesjährigen Heinrich-Wieland-Preis ausgezeichnet. Hopanoide nennt man eine Gruppe von Fettsäuren, die in Erdöl, Kohle und anderen fossilen Sedimenten vorkommt. Wegen ihrer starren Struk-



tur eignen sie sich gut zur Verstärkung von Zellwänden. Der Stoffklasse kommt damit eine ähnlich große Bedeutung zu wie dem Cholesterin. Den vom „Margarine-Institut" gestifteten und mit 20 000 Mark dotierten Preis, erhielten u.a. 1974 die diesjährigen Medizin-Nobelpreisträger Michael Brown und Joseph Goldstein (USA).

Naturschutz als Studium

Marburg (W.M.) – Die Marburger Philipps-Universität plant – erstmals an einer deutschen Hochschule – die Einrichtung einer speziellen Studienrichtung „Naturschutz" im Fachbereich Biologie. Wie Prof. Heinz-Werner Müthe erklärte, solle angehenden Diplom-Biologen die dazu erforderliche Fachkompetenz durch die Vermittlung von Naturschutzinhalten mitgegeben werden.

Waldrand-Dokterei – ade

Vom Beginn der Medizinischen Woche in Baden-Baden

Von INGRID ZAHN

„Erfahrungsheilkunde als Therapiekonzept der Zukunft" steht in großen Lettern auf der Ankündigungstafel im Baden-Badener Kongreßhaus. Die ärztliche Fortbildungstagung in der herbstlichen Bäderidylle an der Oos belegt mit Teilnehmerzahlen zwischen 3000 und 4000 das steigende Interesse an alternativen Heilmethoden.

Nicht nur anthroposophische und homöopathische Ärzte, auch zunehmend junge praktische Ärzte und angehende Mediziner bemühen sich, das gängige Bild von der Außenseitermedizin als einer Art dubioser Waldrand-Dokterei abzustreifen um sich als wissenschaftlich ausgebildete Ärzte zu präsentieren, die die Zusammenhänge zwischen der leibselischen Befindlichkeit des Menschen und seiner Krankheit stärker berücksichtigen möchten und können als ihre Kollegen von der Schulmedizin.

„Pillen statt Gespräche?" – „Machen uns die Ärzte krank?" Provokative Fragen von Patienten muß sich ein Berufsstand von Schulmedizinern stellen, der nur zögernd dazu übergeht, auch außerschulischen Heilmethoden eine faire Chance im Kampf gegen chronische Krankheiten zu geben, die mit herkömmlichem apparativen und chemotherapeutischen Aufwand bisher nicht einzugrenzen sind.

Steigende Ausgaben für Gesundheit – an die zwei Milliarden Mark jährlich – haben den Aufwärtstrend bei Rheuma und Multipler Sklerose, bei Diabetes und Herzkreislauf-Erkrankungen nicht umkehren können. Die Zahl der Krebstoten in der Bundesrepublik ist mit 165 000 im vergangenen Jahr zwar zum ersten Mal seit Jahrzehnten rückläufig, zeigt aber im Verhältnis zur Gesamtsterberate nach wie vor eine jährlich um 2000 bis 3000 Personen ansteigende Tendenz. An die 270 000 Tumorpatienten werden in jedem Jahr neu erfaßt.

Bezugnehmend auf die Krebstherapie mit chemotherapeutischen Mitteln, findet der Zürcher Onkologe Prof. Gustaf Martz in der „Medizinischen Wochenzeitschrift" Hinweise auf eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent bei den wirksamen Medikamenten. Demgegenüber seien „nur ca. vier Prozent der fortgeschrittenen und inoperablen Krebsfälle bis heute mit internistischen Therapiemethoden potentiell heilbar".

Schon diese Angaben scheinen darauf hinzuweisen, daß die weltweite Suche nach anderen Therapien nicht barer Luxus ist, nach denen zunehmend anspruchsvoll gewordene Patienten verlangen. Die heute verfügbare Chemotherapie hat handfeste Mängel, die nicht nur dem Überempfindlichen zu schaffen machen.

Vor allem sind es die schweren Nebenwirkungen wie Übelkeit, Erbrechen, Haarausfall, Appetitlosigkeit und die depressive Veränderungen der Persönlichkeit, die den Kranken „fertig machen". Das Votum des Bürgers drängt auf Erweiterung des medizinisch therapeutischen Reservoirs.

In seinem Eröffnungs-Vortrag stellte Prof. Martin Kriele (Universität Köln) das Recht des Patienten auf freie Wahl der Behandlungsmethode heraus, das durch die bislang einseitige Bevorzugung schulmedizinischer Therapien für die Kostenerstattung stark eingeschränkt sei. „Das subjektive Befinden des Patienten, der im Vertrauen auf seinen Arzt Linderung und Heilung erhofft, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen".

Das findet auch Prof. Albert Landsberger, Anatom an der Universität Heidelberg und Leiter der Gesellschaft für biologische Krebsabwehr. Er möchte kein Mittel unversucht lassen, um dem Patienten, so auch dem Krebskranken, zu helfen. Der Kliniker lehnt dabei weder die Schulmedizin ab, noch bejaht er ungeprüft alle Methoden aus der Natur- und Erfahrungsheilkunde. Was einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalte, so Landsberger, sei zu verwerfen.

Landsberger setzt nicht auf die Konfrontation sondern auf die Ergänzung der Schulmedizin durch biologische Heilverfahren. Seine Arbeitsgruppe steht unmittelbar vor der Veröffentlichung langjähriger Studien. Sie sollen den Beweis erbringen, daß die zum Teil erheblichen Nebenwirkungen einiger krebshemmender Arzneien durch begleitende Behandlung mit biologischen Mitteln drastisch verringert werden kann.

Angesichts der stagnierenden Chancen, etwa mit Magen-, Darm- oder Lungenkrebs länger als fünf Jahre nach der Operation zu überleben, kommt Forschungsarbeiten wie diesen auch großes öffentliches Interesse entgegen. Auch mit den Vorbereitungen für eine erste Nachsorgeklinik in der Bundesrepublik für Tumorkranke auf der Basis biologischer Mittel, reagiert Landsberger auf eine starke Nachfrage aus der Bevölkerung.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unfreiwillige Wohltäter

„Nicaragua: Der Trick mit den Partnerschaften"; WELT vom 21. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Artikel bedarf der Ergänzung. Nicht nur der deutsche Steuerzahler bezahlt durch das Eingehen einer Städtepartnerschaft „seiner" Kommune mit einer Stadt Nicaraguas für das inzwischen mit totalitären Methoden regierende sandinistische Regime. Auch die deutsche Studentenschaft unterstützt unfreiwillig an vielen Orten durch die von ihr eingezogenen Zwangsbeiträge – und da kommen jährlich Millionenbeträge zusammen – die nicaraguanische Revolution.

So hat zum Beispiel der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Universität Hannover im vergangenen Jahr einen Partnerschaftsvertrag mit der Universität von Managua abgeschlossen. Seitdem läßt der kommunistisch dominierte AStA keine Gelegenheit aus, – nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz rechtswidrig – über die angeblich so positiven diktatorischen Zustände in Nicaragua zu berichten, so daß man sich fragt, warum die AStA-Referenten nicht gleich in dieses neue „Paradies" übersiedeln. Gekoppelt wird das Ganze immer wieder mit Spendenaufrufen. Der Universitätspräsident schaut diesem rechtswidrigen Treiben tatenlos – trotz entsprechender Hinweise – zu.

Es ist immer wieder erschütternd, zu lesen und zu hören, mit welcher völlig unkritischen Verblendung die politische Linke dieses Landes inzwischen wieder hemmungslos Propaganda für ein totalitäres Regime macht. Man sollte eigentlich meinen, daß wir Deutschen aufgrund eigener leidvoller Erfahrungen mit dieser Regierungsform – und wir sind gerade in diesem Jahr wieder hinreichend darauf hingewiesen worden – für alle Zukunft von jedweder aktiven Unterstützung einer Diktatur im In- und Ausland geheilt sind. Für die Linke scheint dies jedoch schon seit längerer Zeit nicht mehr uneingeschränkt zuzutreffen.

Mit freundlichen Grüßen
Lutz Rotermund,
Pressesprecher der Jungen Union, Hannover-Stadt

Giftgas 1941

„Afghanistan: Moskau setzte Giftgas ein"; WELT vom 19. Oktober

Sehr geehrte Herren,

beim Lesen des Artikels kann ich nicht schweigen. Ich muß über den selbst erlebten Einsatz von Giftgas durch die Sowjets zu Beginn des Zweiten Weltkrieges berichten.

In den ersten Tagen des Rußlandfeldzuges war ich Chef einer Flakbatterie, die zum Schutz der Brücke über den Pruth bei Seculeni – zwischen Rumänien und Bessarabien – eingesetzt war. An einem Vormittag, bei klarer Sicht, überflogen mehrere sowjetische Flugzeuge die von uns geschützte Brücke und warfen einige Bomben ab. Wir waren erstaunt, daß dabei keine starken Detonationen zu hören waren. Kein Wunder, die sowjetischen Flugzeuge warfen Gasbomben ab, die Lewisit – auch Gelbkreuz oder Tau des Todes genannt – enthielten. Durch dieses Hautgift wurden in den Geschützstellungen etwa 40 Soldaten bespritzt und daraufhin sofort mit Krankenkraftwagen in die rumänische Universitätsklinik nach Jassy eingeliefert. Erst nach Monaten kamen sie, je nach Ausheilung, wieder zur Truppe zurück.

Damals sollen sich die Sowjets, auf Einspruch der Schweizer Diplomatie, die damals unsere Schutzmacht war, damit entschuldigt haben, daß versehentlich Bomben aus einem falschen Munitionsstapel gegriffen worden seien.

Der derzeitige Einsatz chemischer Waffen durch sowjetische Truppen in Afghanistan stellt somit in der Geschichte der Roten Armee keinen Einzelfall von Giftgasgebrauch dar. Die neuerlichen Einsätze von Giftgas durch die Sowjets stellen nur die Fortsetzung alter Praktiken dar.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Schulze-Forster,
München 71

Wort des Tages

„Nichts bezeichnet den Zustand der heutigen Welt tiefer und tragischer als die völlige Abwesenheit aller mütterlicher Gesinnung."

Gertrud von le Fort, deutsche Autorin (1876–1971)

Der Supermann

„Kohl und Rau"; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

endlich haben die Deutschen – neben Boris Becker – einen neuen Supermann: Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, verspricht ihnen, aus ihrem Leben alle Last zu verbannen, die Sparmaßnahmen, den NATO-Doppelbeschluß und auch den SDI-Rahmenvertrag – der noch gar nicht existiert.

Ich denke, die linken Meinungsmacher könnten jetzt ein neues Betätigungsfeld finden: Jahrelang verspotteten sie Kanzler Kohl, hernach können sie sich ruhig lustig machen über den Wundermann, der drauf und dran ist, alle Rekorde in Unseriosität und Unredlichkeit zu brechen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Zoltán Bezerédj,
Köln 41

Personalien

KIRCHE

Der Verwaltungsrat der Kindernothilfe hat den Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland, den 45jährigen Dr. **Hanns Peter Keiling** aus Neuss, zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Kindernothilfe, Duisburg, berufen. Er wird sein Amt voraussichtlich am 1. April nächsten Jahres antreten. Dr. Keiling war neun Jahre lang als Hochschullehrer und Pfarrer auf den Philippinen. Die Kindernothilfe ist Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland und fördert etwa 107 000 Kinder in 37 Ländern der Dritten Welt.

GEBURTSTAG

Ernst Majonika, langjähriger CDU-Parlamentarier, feiert heute im westfälischen Soest seinen 65. Geburtstag. Der gelernte Rechtsanwalt stand 1950 bis 1955 an der Spitze der Jungen Union Deutschlands. In seinem Wahlkreis Arnsberg-Soest wurde er erstmals im November 1950 in den Deutschen Bundestag gewählt. 1957 gründete Majonika die Deutsch-Chinesische Gesellschaft, welche die Beziehungen zu den Taiwan-Chinesen pflegte. 1959 bis 1969 leitete er den außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In den Jahren 1961 bis 1972 war er Vorsitzender der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft und von 1966 bis 1976 als Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung tätig. Als 51jähriger Bundestagsabgeordneter promovierte er 1971 in München mit einer Dissertation über die Beziehungen zwischen Bonn und Peking zum Dr. rer. pol. Da er den Kontakt zur Parteibasis verloren hatte, wurde er bei der Bundestagswahl von 1972 nicht wieder aufgestellt. In den Jahren 1973 bis 1976 hatte er an der Bonner Universität einen Lehrauftrag für internationale Beziehungen. 1979 bis 1984 gehörte er dem ersten direktgewählten Europäischen Parlament an.

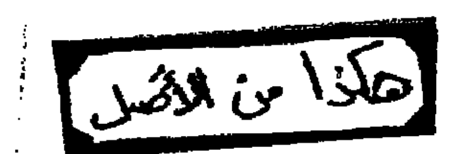
AUSZEICHNUNGEN

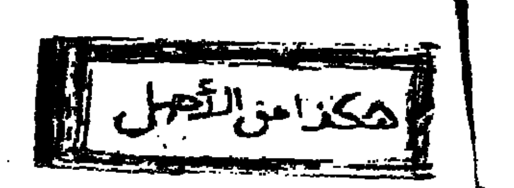
Der zweite Vorsitzende des Bundesverbandes der diätetischen Lebensmittelindustrie, **Erhard Wigand**, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Mit dieser Ehrung werden die außerordentlichen Verdienste Wigands um die diätetische Lebensmittelindustrie im In- und Ausland gewürdigt. Wigand, der geschäftsführender Gesellschafter der Firma Gebrüder Patermann in Kirn ist, gehört dem Verband seit 1949 an und wurde 1954 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Daniel-Henry-Kahnweiler-Preis ist in diesem Jahr zu gleichen Teilen den beiden Bildhauern **Jossi Ben Jehoschua Blumenberg** (38) aus Berlin und **Josef Nadjfa** (32) aus Fellbach bei Stuttgart zuerkannt worden. An dem in diesem Jahr für Bildhauerei/Bildhauerzeichnen und Plastik ausgeschriebenen Wettbewerb, zu dem bis zu drei Arbeiten eingereicht werden konnten, hatten sich 99 Künstler aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Professor **Sigurd Merz**, der maßgeblich am Aufbau der in der Bundesrepublik Deutschland renommierten Werkschule Merz in Stuttgart beteiligt war, ist verstorben. Der 1918 in Stuttgart geborene Pädagoge, Maler und Bildhauer starb am 20. Oktober in Keitum auf Sylt. Gemeinsam mit seinen beiden Brüdern **Helge** und **Volker Merz** baute er nach dem Kriege das von seinem Vater **Albrecht Leo Merz** gegründete Erziehungswerk aus. 1956 übernahm er neben allgemeinen schulleiterischen Aufgaben auch die Leitung der Freien Akademie für Erkenntnis und Gestaltung. Mit seinem 65. Lebensjahr schied Sigurd Merz 1983 als Geschäftsführer und Mitarbeiter aus dem Gesamtwerk der Merz-Schule aus, die heute privates Gymnasium mit Grundschule und Kindergarten, staatlich genehmigter Werkkunstschule sowie Handwerkstätte für Lehre und Produktion ist.





Kino zum Mitmachen: „Rocky Horror Picture Show"

Droge für die Toleranz

Bei Hartmut Hinrichs, dem Chef der Münchener Museum-Lichtspiele, ist das ganze Jahr über Fasching, und ein ganz schön kesser dazu. Da knarren die Rasseln, prasseln die Reiskörner, flickern Wunderkerzen auf, johlt und jammert, lacht und kreischt es, und die fast allesamt jugendlichen Besucher beiderlei Geschlechts haben Gesichter wie Alice Cooper, Strapse wie Domenica, Sonnenbrillen wie „Tommys" Vasallen oder Punkzeug an wie Johnny Rottons wüste Fans.

Mummenschanz? Schwarze Messe? Irrenhaus? Weit gefehlt: Bei Hinrichs geht dieses seltsame Spektakulum nun schon – und das zweimal am Abend – fast 7500mal ins Land an der Isar. Eine halbe Million Menschen aus Bayern, Preußen und anderswo haben es erlebt, und nicht wenige sind davon süchtig geworden.

The Rocky Horror Picture Show – ZDF, 22.25 Uhr

Aber diese Sucht ist gesund, ein Jugendkult der 15- bis 25jährigen, dem sich auch mancher Erwachsener nicht entziehen kann. Seine Wurzeln reichen zurück bis 1973. Damals startete der neuseeländische Komponist Richard O'Brien auf einer kleinen Londoner Bühne „The Rocky Horror Picture Show" als „Live"-Ereignis. Und als das Stück nach New York gelangte, mußte am Broadway die dortige Inszenierung aus Platzgründen zur Hälfte in den Zuschauerraum verlegt werden – der verrückte Wirbel wurde zum Mitmach-Theater, in dem allerdings das Auditorium nach kurzer Zeit nicht mehr nur improvisierte zu dem, was auf den Brettern geschah, sondern synchron und perfekt mitspielte. Die Welt der Rockmusik-Jugend hatte ihren ersten ausgewachsenen Kult.

Es gibt 15jährige Rocky-Freaks, die ihre Museum-Lichtspiele schon 400mal besucht und sich in einem „Rocky-Horror"-Fanclub organisiert haben. Sie nennen den Film „eine Droge", die zu „Toleranz" erzieht, zu „unseren Extravaganzen": Nur nicht konformistisch ausschauen, das ist die Hauptdevise.

Die Helden, nunmehr auf der Leinwand, das ist ein frisch verlobtes Pärchen, Janet und Bradley, die nach einer Autopanne in ein Spukschloß geraten, in dem just der Kongreß der Transylvanier tagt, ein irrer Haufen nicht ganz irdischer Figuren, die dem Master of Ceremonies, Dr. Frank N. Furter, folgen, einem weniger transylvanisch denn transvestitisch aussehenden Herrn, der sich im Grusellabor einen ganz schön männlichen Homunculus namens Rocky erschafft.

Der entsteigt, wie Botticellis Venus der Muschel, einem Aquarium, und schlägt alsbald die brave Verlobte Janet in Bann. Gemeinsam mit Brad wird sie einer ordentlichen Entbürgerungskur unterzogen, und am Ende entschwebt der ganze Kongreß hinfort auf den Planeten Transexual in der Milchstraße Transylvanien.

Das ist der Film nach dem Bühnenwerk des Neuseeländers, und wer in München mitmischt, spart das Eintrittsgeld und kauft sich statt dessen für 1,50 Mark die sogenannte „Mitspieltüte" mit Streichhölzern, Wunderkerzen und all den handlichen Utensilien inklusive Milchreis im Korn, mit denen der Saal dann zur Arena wird.

Eine Arena harmloser „Extreme" also, in der Sehnsüchte nach Liebe, Nostalgie im echten Wortsinn, ein bißchen Gewalt und Sex ausgelebt werden wollen, nicht nach wirklicher Gewalt, versteht sich, und nicht nach wirklichem Sex. Seit David Bowie, Alice Cooper und den nagelneuen Popperstars der Teenager-Szene, so wissen Musiksoziologen wie Simon Frith oder Peter Spengler, scheint der androgyne Heros im Licht zu stehen, der im Grunde nur noch eine andere Sehnsucht symbolisiert: die Aufhebung geschlechterspezifischer Polaritäten, die durch anerzogenes Rollenverhalten im Laufe der Jahre entstanden waren. „Der tiefste Pfuhl der Verworfenheit", formulierte ein Beobachter das, „ist bloß eine freakige Kostümierung" ganz tief unten im Bouillonkeller der Gesellschaft – ein abendlanger Traum von abgestreiften Zügeln, von der Freiheit ewiger Jugend, die der Erwachsenenwelt eher großäugig denn ablehnend die Zunge oder den Straps zeigt ...

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Australischer Herzensbrecher

Das war in der Tat ein Wochenende von geballter Dramatik: Am Sonnabend griffen **Die Dornenvögel (ARD)** bekanntlich Frank Elstner im ZDF an, und am Sonntag breiteten sie ein letztes Mal für volle 140 Minuten ihre Schwingen aus. Somit haben nun auch deutsche Zuschauer dieses australische „Vom Winde verweht" konsumiert und werden wohl jenem Kritiker recht geben, der geschrieben hat, es handele sich um einen „Herzensbrecher", der für zehn Leben reiche.

Weiß Gott – was sich in gut drei Jahrzehnten auf Drogheda und um Drogheda herum in epischer Breite und tragischer Dichte abspielte, ist in ein Menschenleben gar nicht hineinzupacken. Wir wurden nicht nur Zeuge einer gewaltigen Feuersbrunst und einer lodernden, aber verbotenen Leidenschaft, sondern sahen auch mit an, wie wackere Männer frühzeitig dahingerafft wurden und eine schöne Frau vergebens die Erfüllung einer großen Liebe sucht.

In der schicksalsschweren, verschlungenen Saga ging nur ein einziger den geraden, einfachen Weg und erreichte das angepeilte Ziel: jener blendend aussehende Pater Ralph de Bricassart, der, als Kardinal äußerlich erfolgreich, doch innerlich gebrochen, in Meggies Armen stirbt. Wenn es denn eine Moral von der Geschichte gibt, dann die, daß brennender Ehrgeiz des Teufels, hingebungsvolle Liebe aber ein Gottesgeschenk ist. Der Kirchenfürst erkennt es bloß zu spät.

Die schwarze Priestersoutane und der rote Kardinalsrock waren Richard Chamberlain auf den prachtvoll durchtrainierten Leib geschneidert. Ein Bild von einem Kleriker, schritt er durch Kathedralen oder ritt durch die australische Weite. Wer wie Meggie solcher Vollkommenheit verfällt, ist zu bedauern. Rachel Ward gab sich denn auch Mühe, ihre Seelenqualen sichtbar zu machen, blieb aber letztlich eine alterslose *Model*-Schönheit – obwohl der Maskenbildner der Mittvierzigerin reichlich Halsfältchen verpaßte.

Eine lohnenswerte Entdeckung: die Wiederbegegnung mit Hollywood-Star Jean Simmons. Allein schon sie in der Rolle der leidgeprüften Fee Cleary lohnte das vielstündige Herz-und-Schmerz-Opus.

CORNELIA REISER

Jahrelang derselbe Hut

Der spanische Krimi-Autor Jaime Salom hat recht. „Nichts ist so unglaubwürdig wie die Wahrheit", läßt er sagen – und schreibt ein Stück, bei dem man bis zur letzten Szene darauf warten muß, daß es seinen Titel einlöse. **Ein Mann ist soeben erschossen worden (ARD)** heißt es, und es geschieht zwar allerhand, bloß das nicht.

Was allerdings geschieht und nicht nur den Zuschauer, sondern auch die Personen der Handlung immer neu überrascht, bestätigt Saloms Ansicht von der Wahrheit vollauf: Glaubwürdig ist es nicht. Aber ein bißchen wahrscheinlicher hätte Salom die Sache doch anrichten sollen. Wenn er uns denn schon nicht verraten will, ob alle spanischen Ärzte jemandem, den sie für einen Patienten halten müssen, zur Begrüßung eine Zigarette anbieten, oder ob die Sprechstundenhilfen dortzulande jahrelang denselben Hut tragen: Wie am Ende die Pistole in die behandschuhte zarte Frauenhand kommt und ob die Dame immer faustfeuerbewaffnet herumläuft, das hätte man nun doch ganz gern gewußt.

Regisseur Thomas Engel war ein bißchen überfordert, wenn er die dem Stück fehlende Wahrscheinlichkeit auf der Szene erst herstellen sollte, um so mehr, als die Darsteller nicht immer leisteten, was ihre Namen versprachen. Das gilt vor allem für Hannelore Elsner, die mit der Silvia nur bedingt zurechtkam, aber auch für Robert Atzorn, dem die Skrupel des Arztes zu hysterisch gerieten und dem die Sicherheit dieses Berufsstands völlig fehlte.

Aber das lag wohl am Regisseur, der nicht einmal für die richtige Betonung der Sätze sorgen konnte. Er hatte sich wohl ganz auf Georg Thomalla als Kommissar verlassen. Da irrte er nicht: Der machte seine Sache glänzend.

KATHRIN BERGMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Halle Janine
Deutscher Spielfilm (1939)
11.50 Umschau
12.10 Ronny, Wiebke und die anderen
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fotografinnen
Fünf Fotografinnen und ihre verschiedenen künstlerischen Ambitionen porträtierten Katja Raganelli und Konrad Wickler.
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Giftige Schönheiten der Meere
21.00 Monitor
Kalkar – Die Zeitbombe am Niederrhein / Wende oder Ende in Hessen? / Gelnhausen: Auf der Suche nach dem bürgerlichen Fluidum / Dioxin im Motoröl
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Herausforderung Islam
Koran contra Forschritt?
Von Werner Ende und Andreas Jacobsen
Wie steht der Islam zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik? Noch vor wenigen Jahren beschimpfte ein einflußreicher Theologe in Saudi-Arabien jeden als Ungläubigen, der behauptete, daß sich die Erde um die Sonne drehe.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

14.50 Rock extra
Frach misch net ...!
Rock aus Hessen mit den Rodgau Monotones
16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Eine Kerze lang
19.00 heute
19.30 Direkt-Spektakel
Nur Äktschen bringt Sätisfäktschen
Die aktuelle Jugend-Kultur
21.05 Programmvorschau
21.15 WISO
Düsenjets auf Intensivstation – Lufthansa sorgt für Sicherheit / Schufa-Urteil: Bundesrichter kippen Auskunftsklausel; dazu der WISO-Tip: Bankauskünfte – wie sicher sind unsere Daten? / Deutsche Bundesbahn – Die vergessene Sicherheit im Tunnelbau
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Don't dream it, be it
Der Kult um die „Rocky Horror Picture Show"
22.25 Die Rocky Horror Picture Show
Amerikanischer Spielfilm (1974)
0.00 heute

SAT 1

15.00 Muggsy
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Granaten-Joe
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Anschl. Wetterbericht
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
21.30 APF blick
22.15 Lebe das Leben
Franz.-ital. Spielfilm (1967)
0.10 APF blick

3SAT

18.00 OKAY
19.00 heute
19.30 Wus gewejn – es war einmal
Eine Reise durch alte jüdische Zentren
20.30 Ringstraßenpalais
19. Fliegeralarm
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Lautlose Angst
Französischer Spielfilm (1977)
22.25 RTL-Spiel
22.33 Zeichentrick
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Mit Allah gegen Kampfhubschrauber
20.45 Rückblende
Vor 300 Jahren:
Die Hugenotten kommen
21.00 Formel Eins
21.45 Unternehmen Glück
30 Jahre Nordwestlotto
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Festung Kabul
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik! (5)
19.15 Treff in Lindholm
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Aids – Neue Seuche, neue Moral?
21.15 Tema
22.00 Frauen in der DDR
22.45 Schach dem Weltmeister
23.15 Der Fall Ezra Pound
0.15 Nachrichten

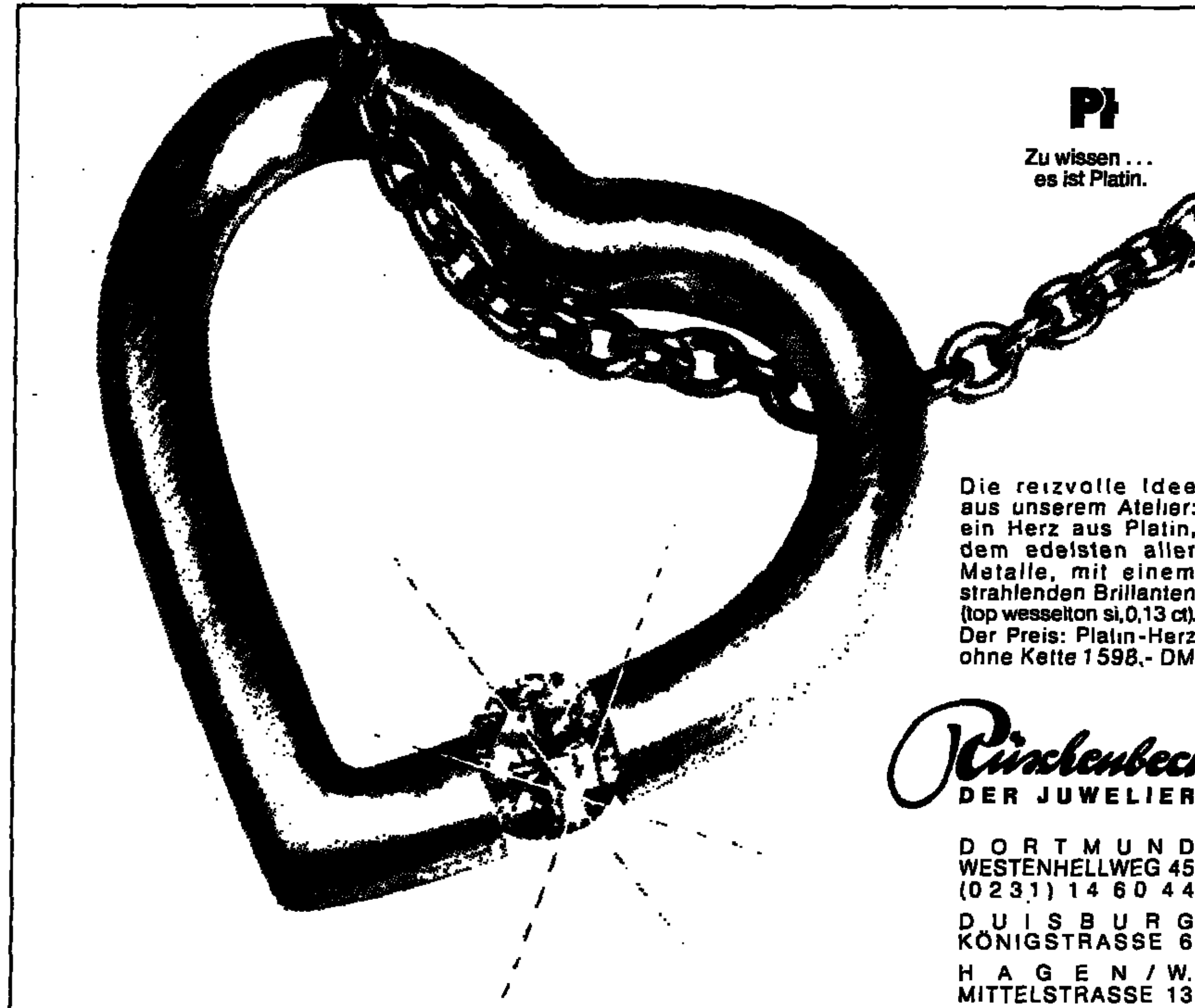
HESSEN
18.30 Unser Auto wird hundert
19.05 Formel Eins
20.00 Dein Leben in meiner Hand
Amerikanischer Spielfilm (1950)
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.30 Der Triumph des Todes
Ein Bild von Pieter Bruegel
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Die Zeit nach dem Glykol
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Bürgerpolizist oder Hobby-Sheriff?
Kontroverse um den freiwilligen Polizeidienst
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Reizwort: Fluglärm
Nur für das Saarland:
20.15 Boß der Wölfe
21.00 Autos, die Geschichte machten (5)
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Europäer
22.45 Avanti! Avanti!
23.15 Nachrichten

BAYERN
19.00 Martin Luther
4. Folge: Hier stehe ich ...
20.30 Fuchsjagd auf Herrenchiemsee
20.45 Die Sprechstunde
Die Zeit nach dem Glykol
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – am Main-Donau-Kanal
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Treffpunkt Freimann
23.20 Rundschau

FINANZANZEIGEN





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klaga-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hans Gleskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 585, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

SCHACH-WM

Garri Kasparow braucht nur noch 1,5 Punkte

LUDEK PACHMANN, Bonn

Die 20. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Herausforderer Garri Kasparow endete in Moskau remis. Kasparow führt bei vier noch ausstehenden Partien mit 11:9 Punkten und benötigt noch 1,5 Punkte oder drei Remis, um Karpow als Weltmeister abzulösen.

Beim Abbruch der 20. Partie nach dem 41. Zug konnte man eigentlich ein Remis ohne Fortsetzung des Spiels erwarten. Karpow hat jedoch im Endspiel auch die kleinsten Chancen ausnützen wollen, um einen für ihn so ungünstigen Stand des Wettkampfes zu verbessern. Kasparow hat unnötig Türme und vor allem Springer abgetauscht, denn im vereinfachten Läufer-Endspiel hatte Weiß dank der ungünstigen Position der schwarzen Bauern am Königsflügel doch bestimmte Aussichten.

Abgebrochene Position: Weiß (Karpow): Kd2, Te2, Ld3, Sd4, ba3, b2, f2, g3, h3, Schwarz (Kasparow): Ke7, Te5, Ld5, Sd7, ba5, b6, f7, g6, h5.

41. ... Txe2+, 42.Lxe2 Sc5, 43.Sb5 Se4+(!), 44.Ke3 Sd6(!), 45.Kd4 Lc6, 46.Sxd6 Kxd6, 47.Lc4 Le8, 48.h4 f6, 49.Lg8 Kc6, 50.La2 Kd6, 51.Ld5 Ke7, 52.Lg8 Kd6, 53.Lb3 Ke7, 54.Ld1 Kd6, 55.Le2 Ld7, 56.Ld3 Le8, 57.Lc4 Ke7, 58.Le2 Kd6, 59.g4 hxg4, 60.Lxg4 Lf7.

Gegen den drohenden Vorstoß 61.f4 f5 hatte Schwarz auch die einfachere Verteidigung 60. ... La4, 61.f4 Lc2! Dagegen wäre sofort 60. ... f5? schlecht, da dem weißen König der Weg über f4 offen bleibt. **61.f4 f5, 62.Ld1 Ld5.**

Der einzige Zug, denn nach 62. ... Lg8, 63.Le8 Lh7, 63.Kc4 wäre Schwarz verloren.

63.La4 Lf3, 64.Lb3 Le2, 65.Lf7 Lh5, 66.Kc4 Le2+, 67.Kc3 Lh5, 68.b4 Ke7, 69.Lc4 Kd6, 70.bxa bxa, 71.Kd4 Lf3, 72.Lf1 ...

Verbunden mit der Drohung 73.Kc4, die jedoch leicht abzuwehren ist. Danach bleiben schon alle weiteren Gewinnversuche ergebnislos.

72. ... Ld5, 73.Le2 Lb7, 74.Ld1 Ld5, 75.Ke3 Kc5, 76.La4 Lf7, 77.Ld7 Kc4, 78.a4 Kc5, 79.Lb5 Kd5, 80.Kd3 Kc5, 81.Kc3 Kd6, 82.Kd4 Lb3, 83.Le8 Ke7, 84.Lxg6 La4, 85.Lxf5 Kf6 – Remis.

Der weiße Mehrbauer hat keine Bedeutung, Schwarz kann ja sogar seinen Läufer und den a-Bauern für den bloßen weißen f-Bauern abgeben, und das Spiel mit K+L+B:K bleibt wegen der „schlechten Ecke" h8 doch Remis!

EISHOCKEY / Mit dem neuen Trainer Hardy Nielsson spielt der Kölner EC eine dominierende Rolle

Präsident Landen: „Statt vieler Häuptlinge haben wir heute lieber lauter Indianer im Team"

MARCUS BERG, Köln

Seit dem sonntäglichen Gastspiel in Garmisch gegen das junge Team des Altmeisters SC Rießersee ist Hardy Nielsson, der Trainer der Kölner Eishockey-„Haie", um eine Erfahrung reicher, die ihm eigentlich so fremd nicht hätte sein dürfen. 8:0 führten seine Jungs schon, um am Ende mit 9:6 nur noch relativ knapp die Nase vorn zu haben. „So paradox es klingt, wir haben Glück gehabt", gestand Torwart Helmut De Raaf mit offenkundiger Erleichterung.

Nielsson, der 38jährige Coach der Rheinländer, nahm denn auch in seinem wohltemperierten Zorn kein Blatt vor den Mund: „Das war die schlechteste Leistung überhaupt bisher. Einen solchen Leichtsinn hätte ich nicht für möglich gehalten."

Dabei hätte der Schwede doch wissen müssen, auf wen und auf was er sich einließ, als er sich für zwei Jahre beim KEC verpflichtete. Den kölschen Leichtsinn im Überschwang der Gefühle, den Hang, den unterlegenen Gegner auch noch zu veräppeln, er muß das doch kennen. Schließlich hat er lange genug das Trikot mit dem zuschnappenden Hai getragen, wurde vor sechs Jahren als Mittelstürmer mit der Mannschaft deutscher Meister. Mit Udo Kießling, Peter Schiller und Miroslav Sikora, seinen heutigen Schützlingen, hat er noch zusammen gespielt.

So ungestüm und temperamentvoll er damals um den Puck, um Punkte und Prämien kämpfte, so kühl und distanziert wirkt Nielsson nun am Rande der Bande. Er notiert unaufhörlich die Schwächen und Stärken der eigenen und der gegnerischen Spieler, taktische Winkelzüge und technische Feinheiten, analysiert schnell und zieht sofort die nötigen Konsequenzen.

Der Erfolg gibt seiner zuweilen peniblen Kleinarbeit recht. Beim Europacup-Turnier im französischen Kurort Megève erreichten die Kölner hinter dem weltbesten Eishockey-Kollektiv von ZSKA Moskau einen glänzenden zweiten Platz. In der Bundesliga-Vorrunde führen sie schon mit fünf Punkten Vorsprung derart dominierend, daß die Konkurrenz über die sich anbahnende geschäftsschädigende Langeweile klagt. Und das alles ohne die langfristig verletzten Nationalspieler Holger Meitinger und Udo Kießling.

Heinz Landen, Präsident des Kölner EC, kann den Alleingang seiner Mannschaft kaum fassen. Er sagt: „Wir sind alle sehr happy. Daß wir mit fünf Punkten Vorsprung an der Spitze stehen, hätte ich nie erwartet."

Und Landen lobt die Arbeit des Trainers: „Er geht auf die Spieler, auch in Einzelgesprächen, ein und hat aus den Individualisten ein Team geformt, in dem jeder für die Mannschaft und nicht für sich alleine spielt. Statt vieler Häuptlinge haben wir heute lauter Indianer."

Der inzwischen in Ehren ergraute Nielsson, ein pingeliger Perfektionist, der sich früher mit dem Altmeister aller deutschen Trainer, Gerhard Kießling, um die beste Ausführung eines Bullys balgte, hat es verstanden, den Kölnern jene Cliquenwirtschaft und vor allem Rauflust zu nehmen, wie sie noch unter der Regie seines Vorgängers, Joschi Golonka, an der Tagesordnung waren. Um den Profis nach den nervenstrapazierenden Spielen zu besserem Schlag zu verhelfen, verordnet ihnen der Trainer, ein Traberliebhaber, noch ein paar Trabrunden in frischer Nachtluft: „Joggen entspannt den Körper."

Die Ruhe und Souveränität des gelernten Computerfachmannes, der in seiner Heimat auch noch eine Ausbildung zum Bankkaufmann absolviert hat, überträgt sich auf das gesamte Umfeld des lange von Skandalen geschüttelten Vereins. Schatzmeister Clemens J. Vedder etwa, ein Vermögens- und Anlageberater, ohne dessen Einwilligung beim KEC kein Schnürsenkel gekauft und schon gar kein Spieler verpflichtet wird, zeigte sich von den Ergebnissen derart erbaut, daß er seine Amtsmüdigkeit flugs vergaß und seinen angekündigten Rücktritt auf unbestimmte Zeit verschob.

Nach dem 4:0-Sieg über Meister SB Rosenheim, der die sechseinhalbtausend Zuschauer an der alten Eishalle an der Kölner Lentstraße verzauberte, dem Trainer allerdings nur die kühle Feststellung entlockte, seine Mannschaft habe „über 60 Minuten ein modernes, konzentriertes Eishockey gespielt", bot Vedder dem Schweden schon jetzt eine Vertragsverlängerung von mindestens zwei weiteren Jahren bis 1989 an. Der Coach, der sich nach eigenem Bekunden in seiner ersten Trainerstelle im Ausland recht wohl fühlt, bat um Bedenkzeit. Gestern berichtete Vedder mit einem Unterton der Genugtuung: „Ich glaube, er macht es."

Die 79er Kölner Meister-Mannschaft – gespickt mit Stars wie Erich Kühnhackl oder Dick Decloe – sei schon Sonderklasse gewesen, doch sein heutiges Team schätzt Nielsson noch höher ein: „Das Spiel ist ungleich schneller geworden, die Spieler sind besser trainiert." Was ja nicht gegen den Trainer spricht.

SPORT-NACHRICHTEN

Trennung von Lendl?

Prag (dpa) – Die tschechoslowakische Presse fordert den Ausschluß von Ivan Lendl aus der Daviscup-Mannschaft der CSSR. Aus der Umgebung des Weltranglisten-Ersten verlautete, daß Lendl demnächst die Einbürgerung in die USA anstrebt.

Gegen sportfreien Sonntag

Düsseldorf (sid) – Hans Hansen, Vize-Präsident des Deutschen Sport-Bundes (DSB), sprach sich gegen einen sportfreien Sonntag aus, wie er von der katholischen und evangelischen Kirche gewünscht wird. Hansen verwies darauf, daß der DSB dafür gesorgt habe, daß die Familien gemeinsam Sport betreiben können.

Hertha will Gutendorf

Berlin (dpa) – Der Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin will den früheren Bundesligatrainer Rudi Gutendorf als Manager verpflichten. Präsident Wolfgang Holst bemüht sich in Tokio um Gutendorf, der den japanischen Verein Yomiuri betreut. Gutendorf soll Interesse geäußert haben.

Fußball: Heute Pokal

Krefeld (dpa) – Im deutschen Vereinspokal kommt es heute (20.00 Uhr) zum Wiederholungsspiel Bayer Uerdingen gegen Eintracht Trier. Das Hinspiel endete 0:0. Morgen erwartet der VfL Bochum um 20.00 Uhr Fortuna Düsseldorf (Hinspiel 1:1).

Abary wurde verkauft

Köln (kgö) – Der fünfjährige Galopperhengst Abary ist vom Gestüt Fährhof an Ernst Wenger (Schweiz) verkauft worden. Abary geht als Deckhengst in Wengers Gestüt in Heugot/Frankreich. Seinen letzten Start wird Abary (Gewinnsumme: 896 830 Mark) im Washington DC International (16. November) bestreiten.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika: Chile – Peru 4:2, Paraguay – Kolumbien 3:0.

LEICHTATHLETIK

16. New Yorker Marathon, Männer: 1. Pizzolato (Italien) 2:11,34 Std., 2. Saleh (Dschibuti) 2:12:29 – Frauen: 1. Waitz (Norwegen) 2:28:34, 2. Martin (USA) 2:29:48.

HANDBALL

WM der Juniorinnen in Seoul: UdSSR – Deutschland 23:9.

EISHOCKEY

Bundesliga: Schwenningen – Mannheim 4:4, Düsseldorf – Kaufbeuren 8:2, Iserlohn – Landshut 4:2, Rosenheim – Bayreuth 7:1, Rießersee – Köln 6:9. – Tabelle: 1. Köln 19:3, 2. Iserlohn 14:8, 3. Rosenheim 14:8, 4. Mannheim 13:9, 5. Düsseldorf 11:11, 6. Rießersee 9:13, 7. Schwenningen 9:13, 8. Kaufbeuren 9:13, 9. Landshut 8:14, 10. Bayreuth 4:18.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 0, 1, 1, 2, 1, 2, 0, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 3, 10, 12, 21, 26, 29, Zusatzspiel: 36. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 7, 10. – Rennen B: 21, 30, 27. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Beckenbauer und Vereinstrainer:

Enger zusammenarbeiten

B. W. Frankfurt

Am vergangenen Wochenende haben sich Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer und die Trainer der Fußball-Bundesliga in Frankfurt zu einer routinemäßigen Tagung getroffen. Bis auf den Frankfurter Dietrich Weise (siehe „Standpunkt") waren alle Trainer erschienen.

Die Zusammenkunft begann mit einer Aussprache über die Nationalmannschaft und danach haben Beckenbauer und seine Kollegen beschlossen, in Zukunft noch enger als bisher zusammenzuarbeiten. Die Bundesliga-Trainer untereinander haben sich auf eine Solidaraktion geeinigt: Der Fußball müsse unbedingt positiver dargestellt werden, und dazu gehöre auch, daß man sich bei Pressekonferenzen nach dem Spiel nicht gegenseitig angifte. Wie es beispielsweise in dieser Saison Weise mit seinem Bremer Kollegen Otto Rehhagel gemacht hatte und vorher auch schon mit dem Mannheimer Klaus Schlappner.

Schon vor der Tagung hatten sich am Samstagabend beim „Fest der Meister", das die Sportartikelfirma Puma in Herzogenaurach veranstaltete, Otto Rehhagel und sein Münchner Kollege Udo Lattek versöhnt. Monatelang hatten die beiden überhaupt nicht miteinander gesprochen, sondern sich lediglich über die Medien gegenseitig angegriffen. Puma-Chef Armin A. Dassler holte die beiden Streithähne auf die Bühne und besiegelte die neue Freundschaft. Borussia Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes trat als Zeuge auf und durchschlug den Händedruck der beiden.

STAND ● PUNKT / *Weise(?)*

Weise – dieser Name steht eigentlich sehr symbolhaft für das Programm, das er vertritt. Denn ganz ohne Frage: Eintracht Frankfurts Trainer Dietrich Weise gehört mit zu den Besten seines Fachs. Die Eintracht hatte er Anfang der 70er Jahre gleich zweimal hintereinander zum deutschen Pokalsieg geführt. Bei Fortuna Düsseldorf leistete er anschließend so gute Arbeit, daß die Fortunen noch heute in den höchsten Tönen von ihm schwärmen. Auch seine Bilanz als DFB-Jugendtrainer ist makellos, er wurde mit der U-18 Welt- und Europameister.

Solche Erfolge hätten ihn eigentlich ziemlich locker machen müssen – aber das ist wohl nicht der Fall. Gerne spielt er sich als großer Lehrmeister auf. Mit seinen Kollegen Otto Rehhagel von Werder Bremen und Klaus Schlappner von Waldhof Mannheim geriet Weise in jüngerer Zeit noch aneinander.

So weit, so gut, aber da hätte man es natürlich auch ganz gerne gesehen, wenn Weise seine Ansichten bei der Trainertagung erläuternd dargestellt hätte. Doch er glänzte durch Abwesenheit. Wegen eines Freundschaftsspiels seiner Mannschaft in Hof, das ihm offenbar wichtiger war. Die Begründung, seine beiden Assistenten Timo Zahnleiter und Klaus Gerster hätten ihn in Hof nicht vertreten können, weil sie anderweitig beschäftigt waren, klingt nicht besonders glaubwürdig. Nein, wo er hätte den Mund aufmachen können, hat Weise geschwiegen. Das sollte denn auch in Zukunft häufiger Symbol für sein Programm sein ...

B. WEBER

TENNIS / Für das Daviscup-Finale in München:

Karten nur im Losverfahren

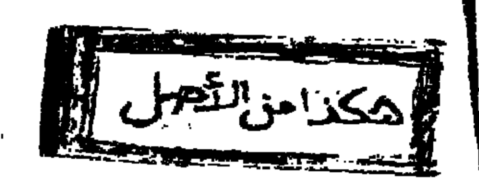
sid, München

Nicht nur 3000, sondern zwischen 4300 und 4500 sollen für das Daviscup-Finale vom 20. bis 22. Dezember in der Münchner Olympiahalle zwischen Deutchland und Schweden in den freien Verkauf gelangen. „Ich hoffe, daß wir noch nahe an die 5000 herankommen werden", sagte Olympiapark-Direktor Werner Göhner.

Die frei verfügbaren Karten sollen verlost werden. Göhner: „Das ist unsere Vorstellung und ungefähr zu 90 Prozent sicher. Im Moment sind für Interessierte noch keine Aktivitäten notwendig."

Der Plan der Münchner Olympiapark GmbH sieht vor, daß potentielle Besucher per Postkarte maximal zwei Tickets anfordern. Im Losverfahren sollen die Eintrittskarten dann verteilt werden und per Nachnahme den glücklichen Gewinnern zugestellt werden. Zur Verfügung stehen vier Preiskategorien, und zwar Sitzplätze für 125, 100 und 70 Mark pro Tag sowie 2300 Stehplätze für 30 Mark. Dauerkarten für alle drei Veranstaltungsabschnitte soll es laut Göhner nicht zu kaufen geben.

Neben den 3000 Tickets für Bekker-Manager Ion Tiriac, der im Auftrag des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) das Finale optimal vermarkten soll, erhalten die Landesverbände des DTB insgesamt 2500 Karten, der Landesverband Bayern zum Beispiel 600. 1000 Tickets gehen an den Weltverband ITF, 500 an den Schwedischen Tennis-Verband, 300 werden für die Vertreter der Medien und etwa 1000 für prominente Persönlichkeiten (VIP's) sowie lokale Sponsoren reserviert.


هكذا من الأصل

Gedenken an Axel Springer in Tel Aviv

E. LAHAV, Tel Aviv

Mit einem Gedenken an Axel Springer begann in Tel Aviv die 9. Deutsch-Israelische Konferenz. Ihr Präsident, Botschafter a.D. Asher Ben-Natan, rief die versammelten Delegierten zu einer Schweigeminute auf. Ben-Natan sagte, Springer sei konsequent fuer eine Versöhnung zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk eingetreten. Zu dieser Konferenz treffen sich alljährlich die Vorstände der Deutsch-Israelischen und der Israelisch-Deutschen Gesellschaften. Sie wird abwechselnd in Deutschland und in Israel veranstaltet.

Die Eröffnungsrede hielt der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Europa-Abgeordnete Erik Blumenfeld. Auch er würdigte Axel Springer: „Niemand hat als Deutscher mehr für die Menschen, den Staat Israel und die Aussöhnung des deutschen und des israelischen Volkes gewirkt als er; die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat mit Axel Springer einen ihrer treuesten und großzügigsten Weggefährten und Förderer verloren. Wir gedenken seiner in tiefer Trauer."

Blumenfeld beklagte in seiner Rede die noch steigende Welle des Terrors und der Gewalt. Wenn auch Deutsche und Europäer seit Jahren Zielscheibe des Terrorismus würden, sei doch die unmittelbare Bedrohung für Israel ungleich größer und grausamer.

Er kritisierte auch, daß „immer mehr modernste Waffenarsenale in den Nahen Osten" geliefert werden, denn „das heißt, den Frieden in weite Ferne rücken". Er empfahl dem Bundestag, hier die Initiative zu ergreifen, um diese Entwicklung zu stoppen. Auch der Vorsitzende des Knesset-Ausschusses für Äußeres und Verteidigung, Abba Eban, trat gegen Waffenlieferungen ein und hob hervor, daß man Israels besondere Empfindlichkeit auf diesem Gebiet verstehen müsse, weil es allein dastehe. „Der Terror kann nur angesichts internationaler Apathie bestehen."

Abba Eban lobte die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel in den vergangenen 20 Jahren als einen „großen Erfolg" und „einen der wichtigsten Grundpfeiler der Verbindungen Israels mit dem Ausland." (SAD)

Punktsieg für Chirac gegen Fabius

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Mehr als 20 Millionen Fernsehzuschauer, fast ein Rekord für eine politische Sendung, schalteten in Frankreich am Sonntag abend ihr Gerät ein, um das Rededuell des Jahres zwischen dem sozialistischen Ministerpräsidenten Laurent Fabius und dem Chef der neo-gaullistischen Partei RPR, Jacques Chirac, zu verfolgen.

Die Fernsehdebatte war inoffizieller Auftakt des Wahlkampfs für die Parlamentswahlen im kommenden März, von denen man allgemein einen Sieg der Opposition erwartet. Die Redeschlacht im Fernsehen endete, wie Blitzumfragen ergaben, mit einem Punktvorsprung für Chirac, doch ihr Inhalt erfüllte nicht die Erwartungen der TV-Zuschauer. Denn neue Ideen, neue Lösungen, Überraschendes brachte keine der beiden Debattierer vor.

Tagelang hatten die französischen Medien die Debatte als einen „Boxkampf" zwischen „Kid Fabius" und „Battling Chirac" hochgespielt. Doch einmal im „Ring", einem nüchternen Studio des ersten Programms TF-1, war sichtlich keiner der beiden Kombattanten auf einen „K.-o."-Sieg aus.

Die Rollen wirkten wie vertauscht: Fabius, 39, der sich sonst eiskalt, ruhig und aalglatt gibt, war am Sonntag abend unangenehm aggressiv. Chirac, 53, sonst eine „Stiernatur", gab sich gelassen und ruhig.

Was die beiden Redner in der eineinhalbstündigen Debatte vorbrachten war zum überwiegenden Teil die Bestätigung vom bereits Bekanntem. Weder das kategorische „Nein" von Chirac zu einer Beteiligung der ultrarechten „Nationalen Front" von Jean-Marie Le Pen an einer bürgerlichen Regierung, noch seine Bekräftigung, daß die Opposition nach einem Wahlsieg die massive Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe und Banken *beabsichtige*, waren neu. Auch überraschte nicht die gewundene Antwort von Fabius auf die insistierenden Fragen von Chirac, ob die Sozialistische Partei bereit sei, endgültig auf jegliches Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei zu verzichten: „Solange die KPF ihren derzeitigen Kurs beibehält, ist eine Partnerschaft ausgeschlossen" – ganz so als ob er nicht auch wüßte, daß die *Kommunisten Meister des politischen Zickzack-Kurses sind.*

Auf die Vorwürfe von Fabius, die Opposition beabsichtige die verstaatlichten Unternehmen an „das Ausland zu verschleudern", präzisierte Chirac, die Opposition werde einen eventuellen ausländischen Anteil auf „zehn bis 20 Prozent" begrenzen. Andererseits stellte er klar, daß eine bürgerliche Regierung auch so „geheiligte Kühe" wie den Automobilkonzern *Renault*, privatisieren werde, der bereits Ende der 40er Jahre von de Gaulle verstaatlicht wurde.

Die Taktik von Fabius, seinen Gegner ständig zu unterbrechen, führte beinahe zu einem Eklat: Nach einem erneuten Einwurf machte Chirac die scharfe Bemerkung: „Sie sind ein Kläffer." Fabius empört: „Ich bin Ministerpräsident, mit mir spricht man *nicht so." Chirac, selbst ehemaliger* Ministerpräsident, gelassen: „Sie sind heute abend hier als Vertreter der Sozialistischen Partei."

Dieser Zwischenfall inspirierte die oppositionelle Tageszeitung „Le Quotidien de Paris" gestern zu der Riesenschlagzeile: „Fabius bellt, Chirac zieht weiter", und die linke Tageszeitung „Liberation" zum Titel „Fabius: Reden wir böswillig", in Anspielung auf seine monatliche Fernsehsendung „Reden wir offen".

Wohl am besten faßten die zwei Kontrahenten selbst den Abend zusammen, als sie sich nach der Sendung kurz die Hand gaben, ehe sie zu Champagner und Appetithäppchen griffen. Fabius: „Ich hätte mir von Chirac präzisere Fragen und weniger Allgemeinheiten gewünscht." Chirac: „Fabius war unnötig aggressiv und wenig überzeugend. Er wich ständig aus und sagte den Franzosen nicht die Wahrheit." (SAD)

El Salvador – „Modell für Zentralamerika"

Christdemokrat Morales zur WELT: Größere Stabilität

GÜNTHER BADING, Bonn

Zentralamerika steht am Scheideweg zwischen dem demokratischen Modell El Salvadors und dem in Richtung auf eine marxistisch-leninistische Diktatur nach kubanischem *Vorbild tendierenden Experiment in* Nicaragua. „Einen dritten Weg gibt es nicht", erklärte der Generalsekretär der salvadorianischen Christdemokratischen Partei, José Antonio Morales Ehrlich, im Gespräch mit der WELT.

Morales, auch Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador und Vizepräsident der lateinamerikanischen Organisation Christlich-Demokratischer Parteien, hält sich auf Einladung der CDU in Bonn auf, um heute am „Nicaragua-Report" im Konrad-*Adenauer-Haus teilzunehmen*, bei dem die Situation des Landes unter der Diktatur der Sandinisten, aber auch die Auswirkung auf die zentralamerikanischen Nachbarstaaten dargelegt werden soll.

Falsche Solidarität

Die demokratische Zukunft Zentralamerikas kann nach Ansicht von Morales Ehrlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt eigentlich nur durch die christdemokratischen Parteien gewährleistet werden. Sozialisten und Linksparteien seien ebenso wie die Sozialistische Internationale durch eine „falsch verstandene Solidarität" mit der ursprünglichen Revolution in Nicaragua heute in einer Weise auf eine Unterstützung eines politischen Systems festgelegt, das sie im Grunde gar nicht für richtig hielten. Denn was sich in Nicaragua abspiele, sei nicht der Versuch eines eigenen nationalen Weges sozialistischer Prägung – über *den man demokratisch diskutieren* könnte –, sondern der eindeutige Versuch, das kubanische System zu kopieren und sich zum Instrument des sowjetischen Expansionismus in Mittelamerika zu machen. Erfreulicherweise sei seit geraumer Zeit ein Umdenken in der amerikanischen Regierung festzustellen. Während Washington früher darauf gesetzt habe, rechtsgerichtete Regierungen, auch *Militärregimes, zu unterstützen*, wenn sie denn nur antikommunistisch waren, so sehe man jetzt zunehmend in den Christdemokraten die Garanten für eine demokratische und damit prowestliche Entwicklung im „Hinterhof" der Vereinigten Staaten. Trotz der fortbestehenden Gefahren durch die Guerilla in El Salvador sei das Land dabei, sich politisch, gesellschaftlich und auch wirtschaftlich zu stabilisieren; sagte der Generalsekretär des „Partido Democrata Cristiano". Obwohl die Guerilla der FMLN den Gesprächsfaden mit der Regierung *habe abreißen lassen und* jetzt auch auf Terror gegenüber Einzelpersonen setze, wie die Entführung der Präsidententochter und von 23 Bürgermeistern gezeigt habe, könne man von relativer Stabilität sprechen. Die Guerilla, deren Stärke von 12 000 Mann vor zwei Jahren sich jetzt praktisch halbiert habe, spiele nur noch in einigen ländlichen Bereichen eine Rolle. Das Beispiel eines erfolgreichen demokratischen *Modells in El* Salvador strahle auch in andere Länder der Region aus. So hätten die Christdemokraten in Guatemala die Chance, stärkste Partei zu werden, und auch in Costa Rica werde es wohl demnächst eine christdemokratische Regierung geben.

Noch immer leide El Salvador unter der Kapitalflucht und unter einem chronischen Haushaltsdefizit. Dennoch verzeichne man in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent. Ganz anders in Nicaragua, wo die zunehmende Unterdrückung des Volkes mit einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einhergehe.

Wechselwirkung

Er sehe zwischen seinem Land, El Salvador, und Nicaragua eine Art Wechselwirkung mit Bedeutung für ganz Mittelamerika. „Wenn wir uns mit unserem demokratischen Weg durchsetzen, dann ist das eine Niederlage für Nicaragua. Siegt das Militärsystem der Sandinisten, verliert *die Demokratie Zentralamerikas."*

Beim „Nicaragua-Report" werden nach einem einführenden Vortrag von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler Politiker und Publizisten aus Nicaragua über die Verletzung der Grundrechte in diesem Land, die Ver*folgung der Kirche, die Unterdrük*kung freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung und die Unterdrückung der Pressefreiheit sprechen.

Libyer Tarhoni nennt Blutrache als Tatmotiv

WERNER KAHL, Bonn

Der libysche Attentäter *M. el* Tarhoni, der gestern aus dem Bonner Untersuchungsgefängnis in den Saal *36 des Schwurgerichts* geführt wurde, kannte vor Prozeßbeginn noch nicht die jüngste Rede seines Staatschefs Khadhafi, der am Wochenende neue Anschläge gegen *Regimegegner* in Westeuropa androhte.

Möglicherweise wegen einer früheren Direktive, den Auftrag zum politischen Mord in Deutschland zu leugnen, nannte der 29jährige Angeklagte plötzlich „Blutrache" als Motiv dafür, daß er am Ostersamstag *vor dem* Bonner Münster seinen Landsmann und Gegner des Revolutionsführers Gebriel Denali erschossen hatte. Dabei waren auch zwei deutsche Passanten verletzt worden. Er sei jedoch nicht im Auftrag der libyschen Regierung in die *Bundesrepublik* Deutschland gekommen, sagte Tarhoni.

Die Staatsanwaltschaft geht allerdings davon aus, daß der Libyer seinen oppositionellen Landsmann *in* Bonn auftragsgemäß erschossen hat und dabei Mittäter hatte. Libyens Staatschef, der sich in den vergangenen Monaten mit öffentlichen Äußerungen zu dem Kampf gegen die Opposition zurückgehalten hatte, *drohte dagegen* am Wochenende jenen europäischen Ländern, die seinen Gegnern Unterschlupf gewähren, mit „Verfolgungsjagden in den Straßen und Explosionen".

Zu einer solchen Verfolgungsjagd war nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft der Angeklagte Tarhoni am 22. Januar dieses Jahres in der Bundesrepublik eingetroffen. Die deutsche Botschaft in Tripolis hatte ein Visum ausgestellt; die Sicherheitsbehörden waren sich jedoch angeblich wegen unvollständiger Personalien nicht sicher, ob es sich bei Tarhoni um einen Auftragsmörder handelte. Mit der im Koffer verborgenen Pistole Kaliber 9 Millimeter erschoß der Libyer seinen Landsmann an einer Verkehrsampel. Statt der früher geäußerten politischen Version gab Tarhoni nun an, er habe den Mann aus Rache wegen eines Bombenanschlages in Tripolis, bei dem seine Schwester ums Leben gekommen sei, getötet. Auf die Frage des Richters, woher er *18 000* Mark für Reise und Aufenthalt in Bonn bekommen habe, antwortete der Libyer: „Geld spielt doch bei Blutrache keine Rolle."

Ein Bekenntnis zum Wehrdienst

AP, Bonn

Ein Bekenntnis zum Wehrdienst aus Gewissensgründen hat der evangelische Arbeitskreis „Sicherung des Friedens" abgelegt. Als Vorsitzende wandten sich der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel (CDU), und der Bochumer Theologe, *Günter Brakelmann (SPD)*, gestern gegen von der „Friedensbewegung" bestimmte Positionen in der Evangelischen Kirche, wonach die Verweigerung des Wehrdienstes das „einzig deutliche Zeichen des Glaubens" sei. In der Erklärung wird der öffentliche Aufruf zur Wehrdienstverweigerung als Mißbrauch eines Verfassungsrechts bezeichnet. Wer das Recht auf Wehrdienstverweigerung in An*spruch nehme, müsse sich fragen las*sen, ob er die „möglichen politischen Folgen seiner Entscheidung vor seinen Mitmenschen verantworten" könne.

Protest gegen Faßbinder-Stück

AP, Frankfurt

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt will durch Aktionen vor und im Theater versuchen, die für Donnerstag ge*plante Uraufführung von Rainer* Werner Faßbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" am Kammerspiel der Stadt zu verhindern. Die Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde, die nach eigenen Angaben allein zwölf Karten für die Faßbinder-Premiere erworben haben, wollen die Schauspieler während der Aufführung zu Diskussionen über das nach ihrer Ansicht antisemitische *Drama zwingen.*

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde forderte deren Mitglieder zu*gleich zur Teilnahme* an einer Demonstration vor dem Theater auf, zu der drei Kommunalpolitikerinnen von CDU, SPD und FDP für den Tag der Uraufführung aufgerufen haben.

Fall Mertensacker: Brief an Rau

idea, Stuttgart

Die Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands hat sich in einem Brief an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau für die ehemalige Dortmunder Musikprofessorin Adelgunde Mer*tensacker eingesetzt*. Die 45jährige Dozentin hatte vor ihren Studenten die Ansicht vertreten, eine Abtreibung sei die Tötung eines Menschen in der Entwicklung und das menschliche Leben beginne bereits mit der Zeugung. Daraufhin wurde ihr Lehrauftrag nicht erneuert. „Ist es in der Bundesrepublik Deutschland schon so weit, daß denen gegenüber harte Intoleranz besteht, die in ihrem Gewissen an Gott gebunden sind und mit gutem Grund für die Gültigkeit der Gebote Gottes auch in der Öffentlichkeit eintreten?", heißt es in dem Schreiben.



Dienstag, 29. Oktober 1985
Nr. 252

WELT DER WIRTSCHAFT

Worthülse Eureka

HH – Die euphorische Stimmung einiger Politiker steht in auffallendem Gegensatz zur Skepsis zahlreicher Industrieller, zu deren Nutzen doch Eureka gestartet wird. Es muß Gründe haben, wenn zwei prominente deutsche Unternehmer letzte Woche von der „Worthülse" sprachen.

Europa muß seine Kräfte bündeln, wenn es sich im Wettbewerb vor allem mit den USA und Japan behaupten will. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist vor fast 30 Jahren die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden. Die damaligen Gründe gelten unvermindert fort, haben eher an Bedeutung gewonnen.

Was aber in drei Jahrzehnten nicht gelang, etwa die Schaffung eines einheitlichen Markts für öffentliche Aufträge und der systematische Abbau der „nicht tarifären Handelshemmnisse", läßt sich in noch so beeindruckenden Ministerkonferenzen nicht im Hauruckverfahren nachholen. Dabei weiß jedermann, welche Ressourcen an Arbeitskräften und Kapital durch Doppelarbeit vergeudet werden.

Der offenkundige Mangel an politischem Einigungswillen ist nicht durch die simple Aufstockung öffentlicher Mittel zu ersetzen, auch wenn Genschers Leute den in Bonn beschlossenen Stopp beklagen. Der Forschungsetat der nächsten Jahre ist ohnehin für die Weltraumprogramme kräftig aufgestockt worden. Die langfristig notwendige Haushaltskonsolidierung kann nicht auf dem Schleichweg über immer neue Programme ausgehöhlt werden - die Konsolidierung also, für die Genscher, verbal zumindest, seit Jahrzehnten ficht.

Empfehlungen

Ha (Brüssel) – Mehr Selbstbestätigung als gute Ratschläge erwarten die meisten Regierungen von den Wirtschaftsgutachten der internationalen Organisationen. So werden in Bonn zwar die guten Noten der EG-Kommission für die deutsche Wirtschaftspolitik dankbar herumgereicht, deren Anregungen für eine bessere Nutzung des wiedergewonnenen Handlungsspielraums jedoch weitgehend unterschlagen. Wem liegt zum Beispiel daran, die Diskussion über eine vorgezogene Steuersenkung neu zu entfachen, nachdem es endlich gelungen ist, das Thema zu Haus zu den Akten zu legen. Da sollen sich die Eurokraten lieber zurückhalten. Auch die Griechen wollten sich nicht in die eigene Politik hineinreden lassen. Die Kommission mußte ihre Empfehlungen an die Athener Regierung bis zur Verkündung des neuen wirtschaftlichen Gesundungsprogramms unter Verschluß halten, da sonst der Eindruck entstanden wäre, man habe sich den Forderungen der EG-Partner gebeugt. Schöne Aussichten für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik!

KONJUNKTUR / Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigt Optimismus

Die stabile Aufwärtsentwicklung beschert 1986 neue Arbeitsplätze

ERWIN SCHNEIDER, Bonn

Eine Verbesserung der Beschäftigungslage erwarten die Unternehmen im nächsten Jahr. Das stellte der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) bei einer Umfrage in 69 Mitgliedskammern fest. Die rund 14 000 Unternehmensantworten signalisieren eine große konjunkturelle Zuversicht für 1986. Neben dem weiter wachsenden Export erwartet die Wirtschaft jetzt erheblich mehr Aufschwung durch die Inlandsnachfrage.

Spürbare Unsicherheiten, die noch zum Jahresanfang registriert wurden, sind von einem tieferen Vertrauen auf das sichere Fundament der Wirtschaft abgelöst worden, stellt der DIHT fest. Das zeigt sich auch in der Investitionsneigung der befragten Unternehmen. „Es ist sogar die Erwartung gerechtfertigt, daß von der Investitionstätigkeit des kommenden Jahres eine kraftvolle Dynamik auf den Konjunkturverlauf ausgehen wird", heißt es in der Untersuchung.

In diesem Investitionsboom – rund 30 Prozent (im Herbst letzten Jahres waren es nur 25 Prozent) wollen ihre investiven Ausgaben 1986 erhöhen, nur 22 (24) Prozent senken – soll auch der Personalbestand weiter aufgebaut werden. Erstmals seit langem, so die Studie, ist dabei das Verhältnis von Unternehmen, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellen wollen, zu solchen, die Personalabbau vorsehen, mit rund 18 Prozent ausgeglichen. Vor einem Jahr lag die Quote noch deutlich auf der Seite des Abbaus – zwischen 30 und 40 Prozent wollten die Beschäftigtenzahl reduzieren und nur zehn Prozent aufstocken.

Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt basiert auf der zuversichtlichen Einschätzung, daß das kommende Jahr von einer stabilen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung geprägt sein wird, heißt es in der Auswertung der Fragebogenaktion, die Ende August, Anfang September durchgeführt wurde, weiter. Die Hälfte der Unternehmen rechnet mit der Fortsetzung der „erfreulichen Konjunkturentwicklung". Etwa ein Drittel geht von der Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage aus und nur knapp 20 Prozent von einer Abschwächung.

Dabei ist die Risikoeinschätzung für die Geschäftsentwicklung sehr gering. Sie beziehen sich dann auch nur auf die Entwicklung im Ausland, obwohl die Unternehmen auch für das Ausfuhrgeschäft sehr zuversichtlich sind, auch wenn sie niedrigere Zuwachsraten als in den letzten beiden Jahren erwarten. „Schwerwiegende Gefahren", so der DIHT, sehen die Unternehmen selbst nach der Dollar-Schwäche der jüngsten Zeit für ihre Exporte nicht.

Die größten Sorgen auf den Inlandsmärkten sind verschärfter Wettbewerb durch subventionierte Importe oder durch Dumping-Praktiken, aber auch die Unsicherheiten beim Umweltschutz. Auf diesem Sektor beklagen die Unternehmer weiterhin „Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten des wirtschaftspolitischen Kurses". Besonders herausgehoben wird in der Studie die Furcht der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen vor außerordentlich kräftig steigenden Energiepreisen.

Nach Wirtschaftssektoren gewertet ist das Vertrauen auf eine anhaltend positive Entwicklung in der Industrie am größten, Handel und Bau dagegen sind nicht mehr so pessimistisch gestimmt wie noch vor Jahresfrist. 35 Prozent der Industrieunternehmen – zum Jahresbeginn waren es erst 30 Prozent – planen für 1986 mit einer noch günstigeren Geschäftslage als in diesem Jahr, nur knapp über 15 nach 20 Prozent erwarten eine Abschwächung. Der Rest rechnet mit einer gleichbleibenden „unverändert guten" Lage.

Bemerkenswert, so der DIHT, ist der „Rückgang der Schlecht-Meldungen im Handel", was mit der Hoffnung auf Belebung des privaten Konsums nach der 1986 in Kraft tretenden Steuerentlastung zurückgeführt wird. In der Bauwirtschaft dagegen wird der Trend der Firmenzusammenbrüche und Entlassungen weitergehen, aber auf niedrigerem Niveau als 1985. Der Anteil mit noch pessimistischeren Erwartungen ist von 80 auf knapp 50 Prozent zurückgegangen.

IATA-GENERALVERSAMMLUNG

Hohe staatliche Gebühren verhindern Tarifsenkungen

DIETHART GOOS, Hamburg

Der Weltluftverkehr ist mit überaus schwierigen Problemen konfrontiert, die in naher Zukunft gelöst werden müssen. In dieser Einschätzung der aktuellen Lage waren sich gestern in Hamburg Politiker und Fachleute der Luftverkehrsgesellschaften bei Eröffnung der 41. Generalversammlung der Internationalen Luftfahrtorganisation Iata einig.

Die Repräsentanten von 140 Mitgliedsgesellschaften, Beobachter zahlreicher Airlines, die der Iata nicht angehören sowie Vertreter von nahzu 30 internationalen Organisationen fanden Übereinstimmung bei diesen Themen: Die Schere zwischen reichen und armen Gesellschaften darf sich nicht weiter öffnen. Mit Sorge wird auch die Tendenz eines zunehmenden Protektionismus und zu bilateralen Vereinbarungen zwischen Regierungen unter Ausschluß internationaler Gremien beobachtet.

Doch es waren nicht nur wirtschaftliche Aspekte, die den ersten Tag der Iata-Versammlung bestimmten. Sowohl Bundesverkehrsminister Werner Dollinger wie auch der gegenwärtige Iata-Präsident und Lufthansa-Vorstandsvorsitzende Heinz Ruhnau sprachen die Flugsicherheit an. Unter dem Eindruck der schweren Katastrophen in den letzten Monaten mit mehr als 1500 Opfern müsse alles nur Erdenkliche für die Sicherheit der Passagiere, der Besatzungen und des Fluggeräts getan werden. Gleichzeitig forderten die Redner zusätzliche Anstrengungen, um dem internationalen Terrorismus, der immer häufiger den sensiblen und leicht verwundbaren Luftverkehr zum Ziel von Anschlägen auswähle, wirkungsvoll zu begegnen. Dies sei nicht nur die Aufgabe der Fluglinien. Hier hätten die Regierungen und die Flughafenverwaltungen Verantwortung.

Zur Situation im Weltluftverkehr sagte Lufhansa-Chef und Tagungspräsident Ruhnau, von allen Seiten würden die Gesellschaften aufgefordert, mehr Wettbewerb und niedrigere Flugpreise anzubieten. „Wir sind nicht gegen Wettbewerb. Wir stehen jeden Tag im Wettbewerb. Der Kunde kommt für uns immer zuerst, wir haben uns immer angestrengt, dem Kunden attraktive Preise zu bieten." Einer Politik weiterer Preissenkungen würden allerdings steigende Aufwendungen für Flughafengebühren und Versicherungsprämien entgegenstehen. Ruhnau kritisierte auch die Absicht der USA, Kosten für die Zollabfertigung auf die Gesellschaften abzuwälzen.

Nach Darstellung Ruhnaus stehen außerdem staatliche Restriktionen einem wirtschaftlichen Flugbetrieb im Wege. Dazu gehörten die „noch immer zu langen Luftstraßen" sowie Start- und Landeverbote zu bestimmten Zeiten. Mit Sorge registrierten Kongreßteilnehmer außerdem die jüngsten Verteuerungen für Flugbenzin von vier bis sechs Prozent.

Der Zins-Irrtum

Von CLAUS DERTINGER

Die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sind in den letzten Wochen um mehr als einen halben Prozentpunkt gestiegen. Die Besitzer siebenprozentiger Pfandbriefe mit zehnjähriger Laufzeit haben seit Ende August Verluste von drei bis vier Prozent erlitten.

Auch die Häuslebauer spüren den Zinsanstieg. Sie müssen heute für eine Hypothek mit zehnjähriger Zinsfestschreibung, die Ende August mit einer jährlichen Effektivbelastung von 7½ bis 7⅝ Prozent so billig war wie schon seit sieben Jahren nicht mehr, acht bis 8,3 Prozent zahlen. Der sechseinhalbprozentige Kupon, mit dem die letzten Bundesanleihen ausgestattet waren, ist tot.

Die Propheten, die noch vor wenigen Wochen eine weiteren Rückgang der Bundesanleihezinsen auf glatte sechs Prozent vorausgesagt hatten, ohne daß sie deswegen illusionären Wunschdenkens geziehen wurden, sind sehr schweigsam geworden. Zinssenkungshoffnungen sind von einer zunehmenden Furcht vor einem weiteren Zinsanstieg abgelöst worden.

Wie konnten sich die Experten so irren? Der Beginn des Umschwungs, der sich am Pfandbriefmarkt schon einen Monat eher als am Markt der Bundesanleihen abzeichnete, war mehr oder weniger technischer Natur. Es begann mit der Glattstellung spekulativer, in Erwartung eines weiteren Zinsrückgangs aufgebauter Engagements, als im Spätsommer immer deutlicher sichtbar wurde, daß Rentenpapiere mit Renditen von weniger als sieben Prozent im Inland keine Käufer mehr fanden. Deutsche Investoren betrachteten weitaus höherverzinsliche ausländische Währungsanleihen, vor allem australische, neuseeländische und US-amerikanische sowie den deutschen Aktienmarkt als attraktivere Anlagealternative.

Nur ausländische Anleger, die darauf setzten, daß D-Mark-Aufwertungsgewinne die bescheidene Verzinsung von D-Mark-Anleihen in nicht allzu ferner Zukunft aufbessern, hielten den Zinssenkungsprozeß noch in Gang. Aber der beschränkte sich nur noch auf Bundesanleihen, weil internationale Investoren ausschließlich diese Titel kaufen. Doch die Auslandsnachfrage versiegte Ende September schlagartig, als der Dollarsturz nach dem New Yorker Interventionsbeschluß der Spekulation auf eine baldige weitere D-Mark-Aufwertung ein abruptes Ende bereitete.

Damit fiel nicht nur der Hauptmotor der Zinssenkung aus; zugleich erhielt auch der bis dahin noch intakte Teil des Rentenmarktes dadurch einen Schlag, daß die Stimmung nun total umkippte. Hinzu kamen emissionspolitische Fehltritte. Obwohl ausländische Anleger mangels D-Mark-Aufwertungsphantasie in einen Käuferstreik getreten waren, wurden noch verschiedene in- und ausländische D-Mark-Anleihen aufgelegt, deren Konditionen auf internationale Investoren zugeschnitten waren.

Kein Wunder, daß der Markt mehr und mehr verstopft wurde und daß die Kurse unter Druck gerieten. Ebensowenig muß man sich darüber wundern, daß die Anleger bei einer solchen Situation nicht zugreifen, sondern darauf warten, ob sie bis zu einer Bereinigung des Marktes nicht noch günstiger zum Zuge kommen. Zugleich bewirkte die Furcht vor einem Zinsanstieg auch eine spürbare Zunahme der Kapitalnachfrage aus den Kreisen, die ihre endgültigen langfristigen Finanzierungen in der Hoffnung auf noch niedrigere Zinsen zurückgestellt hatten.

Man muß sich darauf einstellen, daß die Kapitalmarktzinsen auch in den nächsten Wochen noch steigen, weil der Bereinigungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist und der Markt noch einer Belastungsprobe durch Neuemissionen ausgesetzt wird. Dennoch muß der Wiederanstieg der Zinsen noch keine endgültige Zinswende markieren. Denn die binnenwirtschaftliche Entwicklung spricht bei Fortsetzung des finanzpolitischen Konsolidierungskurses und niedriger Inflationsrate trotz einer vielleicht wachsenden Kapitalnachfrage zur Finanzierung des rascheren Wirtschaftswachstums gegen einen Zinsanstieg. Die aktuellen Irritationen zeigen freilich, wie stark die Zinsentwicklung an einem Kapitalmarkt mit offenen Grenzen in das internationale Währungsgeschehen eingebettet ist. Das ist zwar unkalkulierbar, aber es läßt auch die Chance, daß die D-Mark wieder in Mode kommt.

AUF EIN WORT

„Die Erneuerung des industriellen Anlagenparks im Zuge wirtschaftlichen Wachstums bietet die Möglichkeit, umweltfreundliche Verfahren anzuwenden, die die Technik als Ergebnis der Innovationsanstrengungen der Industrie zur Verfügung stellt."

Dr. Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Köln
FOTO: JUPP DARCHINGER

Der Zinnhandel ruht weiterhin

fu, London

Der Zinnhandel an der Londoner Metallbörse wurde auch gestern ausgesetzt und wird voraussichtlich nicht vor diesem Donnerstag wieder aufgenommen, teilte ein Sprecher der größten Metallbörse mit. Heute und morgen findet in London ein Notstandstreffen der Mitglieder des Weltzinnabkommens statt. Der Zinnhandel war auf Wunsch des Internationalen Zinnrates (ITC) vergangenen Donnerstag ausgesetzt worden, da keine Gelder mehr für Preisstützungsaktionen verfügbar waren. Vor der Aussetzung galt ein Preis von 8140 Pfund je Tonne. Man befürchtet, daß er auf 6000 Pfund abrutscht.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Finanzminister gegen die Abkehr von Einstimmigkeit

WILHELM HADLER, Luxemburg

Wenig Hoffnungen auf eine schnelle Beseitigung der Steuergrenzen in Europa haben gestern die Beratungen der Finanzminister der EG eröffnet. Bei einem Meinungsaustausch in Luxemburg bestätigte sich, daß der EG-Ministerrat auch künftig nicht das Recht haben wird über Vorlagen zur Steuerharmonisierung mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden.

Wie zu erwarten war, ist nicht nur der deutsche Finanzminister entschieden gegen eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip. Auch einige seiner Kollegen haben deutlich erkennen lassen, daß sie Mehrheitsabstimmungen entweder ebenfalls ablehnen oder doch im gegenwärtigen Zeitpunkt politisch für unrealistisch halten. Damit schwindet allerdings auch die Hoffnung, daß in einer überschaubaren Zeitspanne die Kontrollen an den Binnengrenzen der EG abgeschafft werden können. Das Einstimmigkeitsgebot gibt nämlich allen Partnern pratisch ein Vetorecht.

Die Kommission war von der Erwägung ausgegangen, daß die Beseitigung von technischen Handelshemmnissen und Beschränkungen im Kapital- und Dienstleistungsverkehr nicht ausreiche, um Grenzkontrollen überflüssig zu machen. Auch die Staats- und Regierungschefs hatten sie in dem Ziel bestärkt, bis 1992 einen Wirtschaftsraum zu schaffen, in dem Güter, Arbeitskräfte und Kapital frei zirkulieren können.

Die EG-Behörde hält es zwar nicht für erforderlich, die Steuerharmonisierung „bis zur vollen Identität" der Steuersysteme voranzutreiben, doch gilt es nach ihrer Ansicht zumindest ein „Stillhalteabkommen" abzuschließen.

EUREKA

Riesenhuber plädiert für öffentliche Zurückhaltung

HEINZ HECK, Bonn

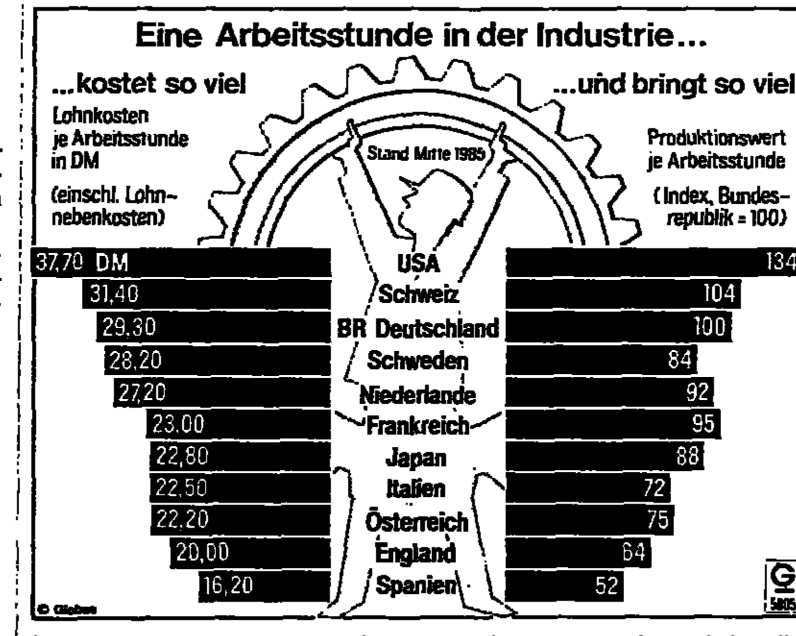
Forschungsminister Riesenhuber sieht zwar „aus dem Konzept" keine Überschneidung des europäischen Forschungsprogramms (Eureka) mit der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), schließt aber eine militärische Anwendung nicht aus. Das wissenschaftliche Ziel der Eureka-Projekte sei aber der zivile Nutzen.

Riesenhuber erläuterte auf einem Informationsseminar vor der Ministerkonferenz im November in Hannover: „Die Projekte sollen als Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf neue, zivilen Zwecken dienende Produkte, Systeme und Dienstleistungen mit einem möglichst weltweiten Marktpotential ausgerichtet sein. Vorschläge und Vorarbeiten für diese Projekte müssen daher in erster Linie von den Unternehmen selbst ausgehen, ebenso wie auch die Projektdurchführung von den Unternehmen zu verantworten ist."

Riesenhuber will keine neuen Bürokratien, plädiert für mehr Wettbewerb und staatliche Zurückhaltung. Getreu den Bonner forschungspolitischen Leitlinien soll sich der Staat nur subsidiär einschalten, wo Risiko und Dauer des Projekts die Kräfte der Privatwirtschaft überschreiten.

Der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Seitz, bestritt die Existenz eines amerikanischen technischen Embargos gegenüber Europa. Zwar habe es in Einzelfällen Schwierigkeiten gegeben. Doch wolle Washington Europa nichts „vorenthalten" – allerdings der Sowjetunion, und das berühre auch das Verhältnis Washingtons zu Europa. Auch seien amerikanische Firmen aufgrund einiger für sie nachteiliger Entwicklungen, etwa im Halbleiterbau, nicht immer zur Lizenzvergabe bereit.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die amerikanischen Industriearbeiter sind die teuersten der Welt, hat die Dresdner Bank errechnet. Eine Arbeitsstunde kostet in diesem Jahr – einschließlich Lohnnebenkosten – 37,70 Mark. In der Bundesrepublik werden 29,30 Mark bezahlt, in Japan 22,80 Mark, in Spanien nur 16,20 Mark. Aber die Lohnkosten allein bestimmen nicht die Konkurrenzfähigkeit; entscheidend ist auch die Leistung, die eine Arbeitsstunde hervorbringt. Und hier überragen die USA ebenfalls die anderen Industrieländer. Das Kosten-Leistungs-Verhältnis stimmt also. QUELLE: GLOBUS

KfW und Bonn haben die Zinsen erhöht

Frankfurt/Bonn (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Bonner Finanzministerium haben gestern Zinserhöhungen bekanntgegeben. Die KfW teilte mit, daß kleine und mittlere Unternehmen bei den Eigenmittel-Programmen M I und M II und bei den Programmen Umwelt und Gemeinden künftig 6,5 Prozent anstelle der bisherigen 6,0 Prozent bezahlen müssen. Alle sonstigen Bedingungen bleiben unverändert. Betroffen sind Anträge, die nach dem 25. Oktober eingegangen sind. Ebenfalls gestern hat das Bundesfinanzministerium die Zinsausstattung der Bundesobligationen verbessert. Für die Papiere mit fünfjähriger Laufzeit gibt es vom 29. Oktober an wieder eine Rendite von 6,49 (6,35) Prozent. Der Nominalzins beträgt unverändert 6,25 Prozent bei einem von 99,6 auf 99,0 ermäßigten Ausgbekurs.

Vorläufiger Sprecher

Düsseldorf (DW.) – Der Aufsichtsrat der Horten AG, Düsseldorf, hat in seiner gestrigen Sitzung Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor Heinz Garsoffky als vorläufigen Sprecher des Vorstandes bestellt. Er wird die Arbeit des Vorstands koordinieren und die Geschäftsbereiche des bisherigen Sprechers Bernd Hebbering, der mit Wirkung vom 28. Oktober aus seinem Vertrag entbunden wird und der dann in den Vorstand der Karstadt AG, Essen, als stellvertretender Vorstandsvorsitzender eintreten wird, übernehmen. Über weitere personelle Maßnahmen im Horten-Vorstand will der Aufsichtsrat am 15. November entscheiden.

Bußgeld für Salzgitter

Brüssel (AP) – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat über den Stahlkonzern Peine-Salzgitter AG ein Bußgeld von 11 000 Europäischen Währungseinheiten (etwa 24 000 DM) verhängt. Zur Begründung teilte die EG mit, der Stahlkonzern habe eine 1983 erlassene Anordnung nicht befolgt, der Kommission zur Überprüfung seiner Preispolitik Geschäftspapiere zu überlassen.

Treffen in Berlin

Berlin (tb.) – Der Europäische Rat der Amerikanischen Handelskammern tagt am 7. November in Berlin. Es ist das erstemal, daß diese Organisation, der 13 Kammern aus Europa und aus Israel angehören, an der Spree zusammentritt. Die Delegierten werden unter anderem über die US-Exportkontrollen, Fragen des Protektionismus und des gesetzlichen Schutzes von Software beraten.

Tarifvertrag ratifiziert

New York (dpa/VWD) – Die amerikanischen Belegschaften der Chrysler Corp., drittgrößter US-Autohersteller, haben am Wochenende mit großer Mehrheit einen neuen dreijährigen Tarifvertrag ratifiziert. Die meisten der 70 000 Chrysler-Arbeiter kehrten gestern in die Betriebe zurück.

Prämienunterschiede

Berlin (dpa/VWD) – Private Haftpflichtversicherer fordern bei gleicher Deckungssumme Prämien, die um mehr als 100 Prozent auseinanderliegen. Das ergab eine Untersuchung der Berliner Stiftung Warentest bei 102 Anbietern, die im Novemberheft „test" erschienen ist. Wie die Organisation mitteilte, koste eine private Haftpflichtversicherung bei gleicher Deckungssumme jährlich zwischen 45 und 113 DM.

Flugrechte eingeschränkt

Lima (dpa/VWD) – Die peruanische Regierung hat sieben ausländischen Fluggesellschaften die Erlaubnis entzogen, zwischen Peru und dritten Ländern Passagiere und Fracht zu befördern. Die Maßnahme betrifft auch die deutsche Lufthansa. Die Regierung in Lima verwies in einem Kommunique darauf, daß nach ihrer neuen Luftfahrtpolitik der Flugtransport zwischen Peru und anderen lateinamerikanischen Ländern künftig nur von den jeweiligen nationalen Gesellschaften abgewickelt werden solle.

FORSCHUNGSPOLITIK

Wird Transrapid bald auch europäisch gefördert?

HEINZ HECK, Bonn

Mit Blick auf die Anfang November in Hannover stattfindende 2. Eureka-Ministerkonferenz hat der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann vorgeschlagen, ein europäisches Transrapid-System im Rahmen dieses Programms zu fördern.

Zur Begründung erklärte der für den Forschungsetat zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuß, die Bundesrepublik sei bei der Entwicklung der elektromagnetischen Schwebetechnik für Verkehrsfahrzeuge führend. Hierzu habe die Transrapid-Versuchsanlage in Emsland beigetragen. Es handele sich um ein Großprojekt, das wegen seines Umfangs und Schwierigkeitsgrades nur mit staatlicher Förderung zu realisieren sei – dies nicht zuletzt deshalb, „weil der Staat für die Verkehrsinfrastruktur verantwortlich ist".

Die Entwicklung des Transrapid-Programms kostet nach Angaben Austermanns bis 1988 rund 900 Millionen Mark Forschungsgelder. Davon seien für die Nordschleife mit rund 20 km Länge 490 Millionen Mark investiert worden; der Bau der Südschleife mit etwa elf Kilometer erfordere bis 1987 weitere 150 Millionen. Ein Magnetbahnprojekt werde derzeit auch in Berlin erprobt.

„Es geht jetzt darum, die Zukunftsperspektiven für dieses umweltfreundliche und kostengünstige Verkehrssystem zusammen mit der Wirtschaft zu entwickeln", meint der Abgeordnete und verweist auf „erhebliches Interesse" des Auslands an der deutschen Technik. Für Norddeutschland sei vor allem die Ankoppelung eines Transrapid-Systems Berlin–Hannover–Köln–Paris im Gespräch.

GROSSBRITANNIEN / Industrie appelliert mit Nachdruck an die Regierung

„Den Wirtschaftskurs überdenken"

WILHELM FURLER, London

Der britische Industrieverband CBI hat die Regierung Thatcher mit großem Nachdruck aufgefordert, ihren Wirtschaftskurs „neu zu überdenken" und einer Abschwächung des Erholungsprozesses in Großbritannien vorzubeugen. Mit dieser Aufforderung kommen die wachsenden Bedenken in der britischen Industrie zum Ausdruck, daß eine „unflexible Wirtschaftspolitik" der Thatcher-Administration das Wirtschaftswachstum und die Konjunkturerholung der letzten Zeit gefährdet.

Die Aufforderungen des Unternehmerverbandes sind direkt an Schatzkanzler Lawson gerichtet, der im kommenden Monat sein „Herbst-Statement" vor dem Unterhaus abgeben wird; Ziel des CBI ist, den Schatzkanzler schon jetzt für ein „Budget für Arbeitsplätze" im kommenden Frühjahr umzustimmen. Im wesentlichen konzentrieren sich die Forderungen des Industrieverbandes darauf, die monetaristische Politik dahingehend zu lockern, daß es zu einem kontrollierten Rückgang des hohen Zinsniveaus und zu einer Abschwächung des Pfundes vor allem gegenüber den führenden europäischen Währungen kommt.

Darüber hinaus sollte die Schaffung von Arbeitsplätzen dadurch beschleunigt werden, daß der Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung um ein bis zwei Prozentpunkte gekürzt und eine gewisse Steuererleichterung zugestanden wird. Diese beiden Maßnahmen werden vom CBI auf rund 13,5 Mrd. DM beziffert. Weitere knapp vier Mrd. DM pro Jahr sollten in kostenwirksame Bauprogramme investiert werden.

Dieses Maßnahmenpaket würde dafür sorgen, daß das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr höher als bislang angepeilt ausfallen wird. Bloße Steuerkürzungen reichen nach Ansicht des Industrieverbandes nicht aus, die Wirtschaftsaktivität anzukurbeln, wenn hohe Zinsen und ein teurer Pfundkurs mögliche Fortschritte „wieder ausradieren".

Die Forderungen des CBI sind fast gleichlautend mit Teilen des Wirtschaftsprogramms, das von der sozialliberalen Koalition in Großbritannien auf den jüngsten Parteitagen von SDP und Liberalen vorgelegt wurde. Nicht ohne Absicht wurden sie vom Industrieverband nur einen Tag vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der CBI-Quartalsumfrage bei Mitgliedsunternehmen vorgelegt.

Dies nimmt der CBI, der für Mitte nächsten Jahres eine Inflationsrate von nur 3,5 Prozent auf Jahresbasis voraussagt, zum Anlaß für die Bemerkung, daß es für die Regierung jetzt an der Zeit sei, stärkeres Gewicht auf die Wachstumsentwicklung zu legen. Die Inflationsrisiken einer solchen Strategie seien minimal.

FRANKREICH

Vorrang hat Kampf gegen die Inflation

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das wichtigste Ergebnis der französischen Stabilisierungspolitik besteht in der starken Drosselung der Inflationsrate, die in erster Linie der Dämpfung des nicht mehr indexierten Lohnanstiegs zu verdanken ist, stellt die Konjunkturdirektion des Pariser Wirtschaftsministerium fest. In den letzten drei Jahren verminderte sich die Rate von 11,8 auf 9,6 und 7,4 Prozent. Im September erreichte sie auf Jahresbasis den EG-Durchschnitt von 5,3 Prozent bei einer Monatsteuerung von nur noch 0,1 Prozent.

Das von der Regierung für 1986 aufgestellte Stabilisierungsziel – durchschnittlich 3,4 Prozent bei 2,9 Prozent gegen Ende des Jahres – kann nach Angaben der Direktion unter drei Bedingungen erreicht werden:

1. Fortsetzung der rigorosen Einkommenspolitik,

2. Mäßigung der Unternehmen in der Preispolitik dank steigender Erträge und

3. anhaltend günstiges internationales Umfeld, insbesondere weiter nachgebende Rohstoffpreise.

Als wichtigster Grund für die Notwendigkeit einer weiteren starken Inflationsverminderung nennt die Direktion den von der deutschen Preisstabilisierung auf Frankreich ausgehenden „Zwang". Zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit müßte das Inflationsgefälle zwischen beiden Ländern praktisch beseitigt werden. Nur dann könnte das französische Handelsbilanzdefizit von voraussichtlich noch 2 Milliarden in diesem Jahr überwunden werden. Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner Frankreichs.

Aus der deutschen Konjunkturbelebung konnte Frankreich trotz seiner Preisentspannung bisher allerdings keinen größeren Nutzen ziehen. Nach der jüngsten Unternehmerbefragung des Nationalinstituts für Statistik (Insee) hat sich die Wirtschaftsexpansion in den letzten Monaten sogar wieder abgeschwächt. Auch die Wachstumsprognosen für die nächsten Monate sind eher gedämpft.

KREDITGEWÄHRUNG / Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: Das Bankengeschäft expandierte langsamer

Kapitalmärkte stärker in Anspruch genommen

dpa/VWD, Basel

Die Ausweitung des internationalen Bankengeschäfts hat sich nach dem ungewöhnlichen Anstieg im ersten Quartal während des zweiten Vierteljahres 1985 deutlich verlangsamt. Im gesamten ersten Halbjahr expandierten die Ausleihungen der Kreditinstitute schwächer als in den vorangegangenen sechs Monaten. Kreditwürdige Schuldner nahmen in zunehmendem Maß die Wertpapiermärkte in Anspruch, während die Banken gegenüber den hochverschuldeten Ländern Zurückhaltung zeigten. Dieses Fazit zieht die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in ihrem neuen Bericht.

Die Auslandsforderungen der Banken erhöhten sich im zweiten Quartal nur um 6,4 Mrd. Dollar, nachdem es im ersten Quartal noch 53,3 Mrd. Dollar waren. Die BIZ nennt drei Gründe für die Verlangsamung: Erstens lösten die Japaner einen Teil ihrer Geschäfte in Fremdwährungen auf. Zweitens schwächten sich die Ausleihungen europäischer Banken an amerikanische von 11,2 Mrd. auf zwei Milliarden Dollar ab. Drittens fiel das Geschäft der europäischen Banken untereinander von 11,5 Mrd. auf 1,2 Mrd. Dollar zurück.

Gleichzeitig hielt bei den europäischen Instituten die Verlagerung zu Nichtdollar-Währungen an. Per Saldo betrugen die Auslandsforderungen der Kreditinstitute Ende Juni 2234,0 Mrd. Dollar, darunter 410,3 Mrd. Dollar allein gegenüber den USA.

Die Forderungen an diejenigen Länder, die nicht zur BIZ gehören, nahmen im zweiten Quartal um 5,8 Mrd. Dollar zu, nachdem es im ersten Vierteljahr einen Rückgang um 2,2 Mrd. Dollar gegeben hatte. 60 Prozent dieses Zuwachses entfiel auf die osteuropäischen Länder. Dagegen blieben die Forderungen gegenüber Lateinamerika unverändert.

Der 1930 gegründeten BIZ gehören alle europäischen Notenbanken, mit Ausnahme der Zentralbank der „DDR", der UdSSR und Albaniens sowie die Notenbanken der USA, Japans, Kanadas, Australiens und Südafrikas an.

Derzeit ist die Situation nach Ansicht der Baseler Finanzexperten durch drei Merkmale gekennzeichnet. Der stetige Rückgang des Anteils der Bankkredite hält an, weil sich die Kreditinstitute zurückhalten und kreditwürdig gebliebene Länder selbst Mittel an den Wertpapiermärkten zu niedrigeren Kosten aufnehmen. Der Anteil der am Kapitalmarkt aufgenommenen Gelder erhöht sich weiter, nicht nur wegen der genannten Bankenvorsicht, sondern auch wegen neuer Finanzierungstechniken und -instrumente. Drittens wird die Abgrenzung zwischen Kredit- und Anleihemarkt unscharf, weil Kredite vielfach umgeschuldet werden und Banken ihre Geschäfte „außer Bilanz" ausweiten.

Die BIZ entdeckt dabei den Keim künftiger Probleme: Der Markt ist gespalten in einen Kapitalmarkt für erstklassige Schuldneradressen und einen Bankenmarkt für Schuldner mit hohem Risiko. Vielen Ländern ist der internationale Finanzmarkt derzeit praktisch versperrt. Die Geldbeschaffung der Banken „außer Bilanz", die ursprünglich der Ertragsverbesserung dienen sollte, kommt zunehmend bei sehr niedrigen Margen zustande. Bei einer generellen Verschärfung der Kreditkonditionen könnte der große Umfang der Wertpapiere in den Portefeuilles der Banken diese in Schwierigkeiten bringen. Schließlich sind die Risiken der neuen Finanzierungstechniken noch nicht einzuschätzen.

Das Geschäftsvolumen an den internationalen Finanzmärkten beziffert die BIZ für das erste Halbjahr 1985 auf 116 Mrd. Dollar nach 71 und 92 Mrd. Dollar im ersten und zweiten Halbjahr 1984. Allein für die USA wurden in den ersten sechs Monaten von 1985 Papiere in Höhe von 27,7 Mrd. Dollar arrangiert. Danach folgen Japan (10,8), Schweden (7,5) und Großbritannien (6,9).

TAIWAN / In diesem Jahr erstmals positiver Handelssaldo für die Bundesrepublik

Direkt-Investitionen erleichtert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Republik China, die über lange Jahre mit einem amtemberaubenden Wachstum in fast allen Bereichen der Wirtschaft gerade europäische Handelspartner das Fürchten lehrte, hat eine Atempause eingelegt. Die starke Abhängigkeit vom Außenhandel, die Einfuhr teurer Maschinen und Anlagen für die eigene Industrie und die Ausfuhr relativ billiger Eigenprodukte wird, zumindest was die Exporte angeht, auf höherwertige Produkte der Elektronik und Computerindustrie umgepolt.

Zu diesem Zweck hat die Inselrepublik Formosa (Taiwan) die Investitionsmöglichkeiten für auswärtige Kapital-Anleger aus den hochindustrialisierten Staaten erheblich erleichtert. Freilich auch nicht ganz ohne Eigennutz. Denn das hochqualifizierte Arbeitskräftepotential soll auf westeuropäischen und amerikanischen Maschinen und Anlagen Produkte für den eigenen Export herstellen. Mit dieser Liberalisierungstendenz gehen auch starke Bemühungen einher, die eigene Konjunkturflaute zu überwinden.

Die Planzahlen Taiwans für die Wirtschaftsentwicklung des Landes liegen einiges unter den Vorgaben des Zehnjahresplans (1980 bis 1989) von jährlich acht Prozent Waschtum. Während 1984 rund 4,2 Mrd. Dollar investiert wurden, sind es für 1985 noch einmal 10 Mrd. Dollar. Unter den 84 Investitionen des Jahres 1984 waren 42 Elektronikvorhaben. Allein aus Europa flossen 92 (21) Mill. Dollar ins Land.

Letztes Jahr exportierte Taiwan für 30,2 (25) Mrd. Dollar und importierte für 21,2, (19,1) Mrd. Dollar. Damit erzielte das Land bislang den höchsten Außenhandelsüberschuß von knapp neun (sechs) Mrd. Dollar. Diese Summe dürfte, so Projektmanager Ulrich Planken vom Taiwan Trade Center in Düsseldorf, 1985 kaum zu wiederholen sein; schon deshalb, weil der hohe Dollarkurs das Exportvolumen in einigen Bereichen um 30 bis 40 Prozent sinken ließ.

Das gilt nicht zuletzt für den deutschen Handel mit Taiwan. Die Bundesrepublik exportierte 1984 Waren für rund 868 (851) Mill. DM, vor allem noch Textilien (211), Eisenwaren (37) und Lebensmittel (23) Mill. Dollar. Dagegen wurden für 768 (692) Mill. Dollar vor allem Maschinen und Werkzeuge (276), Chemikalien und Pharmazeutika (250) und Fahrzeuge (67 Mill. Dollar) importiert. Der Überschuß Taiwans sank auf 100 (159) Mill. Dollar.

Die ersten neun Monate dieses Jahres haben, so Planken, das Exportvolumen Taiwans um 10 Prozent auf 644 Mill. Dollar schrumpfen lassen, während die Importe um fast 10 Prozent auf 561 Mill. Dollar wuchsen. Der Saldo (plus 40 gegenüber minus 83 Mill. Dollar) fiel erstmals zugunsten der Bundesrepublik aus, bei fast konstantem Handelsvolumen.

Israel: Sorge um Agrarexporte in EG

dpa/VWD, Tel Aviv

Auf die große Bedeutung des Agrarexports für die Wirtschaft Israels hat der israelische Landwirtschaftsminister Arieh Nechamkin in einem Gespräch mit deutschen Journalisten in Tel Aviv hingewiesen.

Rund 50 Prozent der Agrarerzeugung und Waren im Wert von 300 Mill. US-Dollar würden heute exportiert. Das seien rund 18 Prozent der Gesamtausfuhren. Der größte Teil dieser Agrarexporte geht in Länder der Europäischen Gemeinschaft, von der Israel nach dem Beitritt Spaniens und Portugals zum 1. Januar 1985 Sicherheiten für seine Zitrusexporte fordert.

Daneben erhofft sich das Land vor allem auch Erleichterungen beim Export von Blumen. Nach Angaben von Fachleuten der israelischen zentralen Agrarexportgesellschaft (Agrexco) möchte man aus der sehr starken Abhängigkeit von den Niederlanden wegkommen.

TOURISMUS / Mehr als eine Million Briten arbeiten in der Branche – Besucherzahl 1985 auf Rekordniveau

Ausländer gaben viel Geld im Königreich aus

WILHELM FURLER, London

15 Millionen ausländische Touristen, so viele wie nie zuvor, werden bis zum Ende dieses Jahres Großbritannien besucht haben. Davon ist die Tourismus-Behörde des Landes, die British Tourist Authority (BTA) überzeugt. Wie ihr Chairman, Duncan Bluck, jetzt in London betonte, war dieser neue Rekord Anfang des Jahres nicht erwartet worden, nachdem noch im Jahr zuvor die Zahl der ausländischen Besucher um immerhin zehn Prozent auf die Rekordzahl von 14 Millionen gestiegen war.

1984 gaben die Großbritannien-Besucher 5,3 Mrd. Pfund (20 Mrd. DM) aus, 13 Prozent mehr als 1983. In diesem Betrag sind die Ticketpreise für Flüge mit britischen Fluggesellschaften enthalten. Für dieses Jahr rechnet der BTA mit einem zumindest ebenso starken Anstieg. War der Gesamtumsatz in der britischen Tourismusindustrie, also Binnentourismus plus Ausländer, auf 11,5 Mrd. Pfund gestiegen, dürfte er nach Ansicht der Führung der Tourismus-Behörde in diesem Jahr 13 Mrd. Pfund (gut 49 Mrd. DM) übersteigen. Das wären rund fünf Prozent vom Bruttosozialprodukt.

Duncan Bluck zufolge ist Tourismus die größte Wachstumsindustrie in Großbritannien. Gegenwärtig beschäftigt dieser Industriezweig mehr als 1,3 Millionen Personen. Würden die bisherigen Anstrengungen aller Beteiligten beibehalten, dann könnten in dieser Branche jährlich echte 50 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Zahl basiert auf einem Ausgabenwachstum im Tourismus von vier Prozent pro Jahr. Sollte der Ausgabenanstieg der vergangenen zwei Jahre anhalten, was, so der BTA, mit Sicherheit in diesem Jahr der Fall sein wird, dann könnten sogar 70 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Den jüngsten offiziellen Statistiken zufolge sind die Tourismusausgaben ausländischer Besucher in Großbritannien in der ersten Hälfte dieses Jahres um immerhin 28 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gestiegen; ein Rekordergebnis.

Vorsichtige Hochrechnungen ergeben, daß 1988 mit 17 Millionen ausländischen Besuchern gerechnet werden kann, die 8 Mrd. Pfund (gut 30 Mrd. DM) ausgeben dürften. Bis 1992 soll die Besucherzahl auf 20 Millionen angestiegen sein. Dabei wird dem Fernen Osten das größte Potential zugeschrieben, mit weiteren erheblichen Wachstumsmöglichkeiten bei Touristen aus den USA (sie stellten in den letzten Jahren die mit Abstand größte Besuchergruppe; 1984: 3,33 Millionen Besucher aus den USA gegenüber sechs Millionen aus allen EG-Ländern) sowie aus Europa.

Zusätzliche Hilfen für die Tourismusentwicklung in seinem Land erwartet Bluck von einer gewissen Stabilisierung der Hotelpreise in London, die noch vor wenigen Jahren zu den höchsten in der Welt zählten, sowie von der Neugliederung der Aktivitäten der Tourismus-Behörde einschließlich der Eröffnung eines neuen, großen „British Travel Centre" Anfang kommenden Jahres.

Darüber hinaus werde es nicht mehr lange dauern, bis die restriktive Öffnungszeitenregelung bei Pubs und Gaststätten, von der sich sehr viele Touristen behindert fühlen, geändert wird.

ITALIEN / Regionales Wirtschaftsgefälle verstärkt sich

Süden bleibt das Armenhaus

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien fällt immer mehr auseinander. Statt sozial und wirtschaftlich zusammenzuwachsen, driften die süditalienischen Entwicklungsregionen gegenüber den dynamischeren Landesteilen im Norden des Stiefels seit Jahren mehr und mehr ab. Während im Jahre 1984 das Bruttosozialprodukt Italiens real um insgesamt 2,6 Prozent und die Anlageinvestitionen um 4,1 Prozent zunahmen, betrugen die Steigerungsraten im Süden nur 1,7 bzw. 3,2 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich die Inanspruchnahme der staatlichen Lohnausgleichskasse, aus der den Kurzarbeitern und kurzfristig Arbeitslosen Löhne und Gehälter fortgezahlt werden, in Süditalien um 22 Prozent, in den nord- und mittelitalienischen Regionen dagegen nur um sieben Prozent. Während in Nord- und Mittelitalien die Arbeitslosenquote 10,8 Prozent beträgt, beläuft sie sich im Süden auf 15,7 Prozent.

Süditalien, das an der Gesamtbevölkerung von 56,5 Millionen mit 20,4 Millionen (36 Prozent) beteiligt ist, stellt gegenwärtig 1,15 der 2,4 Millionen Arbeitslosen. Das sind 48 Prozent. Noch höher, rund zwei Drittel, ist der Anteil im Falle der Jugendarbeitslosigkeit. Nach Berechnungen des italienischen Arbeitsministeriums müßten in den kommenden neun Jahren im Süden mindestens 1,85 Millionen neue Arbeitsstellen geschaffen werden, um die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen.

Schon seit Jahren fällt das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Einkommen hinter den anderen Regionen zurück. Wie eine kürzlich veröffentlichte Regierungsuntersuchung ergeben hat, entfallen 60 Prozent der italienischen Haushalte, deren Einkommen gleich hoch oder niedriger ist als das Durchschnittseinkommen und die daher als „arm" definiert sind, auf Süditalien. Nach dieser Begriffsbestimmung sind im Süden 18 Prozent der Einwohner „arm" gegenüber nur 6,8 Prozent in Nord- und Mittelitalien. Insgesamt sind beinahe 3,8 der 20,4 Millionen Süditaliener arme Leute, dagegen nur 2,5 der 36,1 Millionen Nord- und Mittelitaliener.

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung lag in Süditalien zwischen Anfang der 50er Jahre und Juli 1984 in den Händen der sogenannten Südkasse (Cassa per il Mezzogiorno), die mit Staatsmitteln dotiert den Bau von Infrastrukturen und Industrien finanzierte. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden große, aber noch nicht ausreichende Anstrengungen unternommen, um die Startbasis für einen selbsttragenden Wachstumsprozeß zu schaffen. Zusätzlich zu der Südkasse investierten auch die Staatsunternehmen hohe Summen in Süditalien, insbesondere in der Chemie und in der Stahlindustrie.

Ursprünglich war vorgesehen, die im Juli 1984 geschlossene Südkasse durch ein langfristiges Entwicklungsprogramm zu ersetzen. Im Unterschied zu der früheren Praxis sollten dabei die nach dem Gießkannenprinzip verteilten Fördermittel nur noch im Rahmen großer Raum- und Entwicklungsprojekte vergeben werden. Dieser Anschluß wurde jedoch verpaßt. Das entsprechende Regierungsgesetz liegt seit Oktober 1984 ungelesen vor dem Parlament. Die Fördermittel sind zwar im Haushalt eingestellt, können aber nicht ausgegeben werden.

Ähnlich im argen liegt die Planung und Realisierung im Falle der von der Europäischen Gemeinschaft vorgesehenen mediterranen Entwicklungsprojekte, die Griechenland, Italien und Frankreich zugestanden wurden, um ihre Strukturen auf die neue Konkurrenz Spaniens und Portugals umzustellen. Während Griechenland seinen Anteil von 48 Prozent des auf 4,1 Mrd. Ecu bemessenen Kuchens sicher in Händen hält, besteht die Gefahr, daß den Italienern von den schnelleren und effizienteren Franzosen nur ein geringer Teil der den beiden lateinischen „Vettern" zugestandenen restlichen 52 Prozent gelassen wird. Dadurch vergrößert sich das Risiko, daß Süditalien wirtschaftlich weiter zurückfällt.

INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR

Öl-Importe werden überwacht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

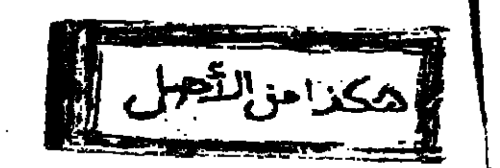
Die internationale Energieagentur (IEA) in Paris hat ein neues Kontrollverfahren für die Ölprodukteneinfuhr eingeführt. Es soll erlauben, einen besseren Lastenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten im Raffineriesektor herbeizuführen. Denn die Krise hat sich durch das steigende Angebot von Ölprodukten aus den Nahostländern verschärft.

Das Verfahren erfaßt die Entwicklung der Importe nach Umfang und Herkunftsländern sowie der Raffinagenkapazitäten und des Produktenverbrauchs. Die Regierung der Mitgliedstaaten sind überdies gehalten, der IEA Auskünfte über jede signifikante Veränderung ihrer Ölmarktstrukturen zu geben.

Andererseits wird die IEA den Regierungen vierteljährlich Bericht erstatten über die Ölproduktenströme und Verbrauchertrends jedes einzelnen Mitgliedstaates und die dort in bezug auf das Ölangebot und die Raffineriekapazitäten ergriffenen Maßnahmen. Zur Einführung des Kontrollsystems war die IEA von ihrem Ministerrat Anfang Juli ermächtigt worden.

Das steigende Ölproduktenangebot aus den Nahostländern, so hatte der Ministerrat festgestellt, könne ohne größere Zerreißprobe von den IEA-Ländern verkraftet werden, falls es sich nicht künftig auf eine oder mehrere Regionen konzentriert. Deshalb müßten die importierten Produkte ungestört auf die Märkte der verschiedenen IEA-Länder gelangen, und zwar entsprechend dem Angebot und der Nachfrage, wie sie durch die Marktkräfte bestimmt werden.

Diese Ermahunung war vor allem an die Adresse Japans und der USA gerichtet, die zum Schutze ihrer Raffinerien eine restriktive Einfuhrpolitik verfolgen. Die Regierungen beider Länder, so stellt die IEA jetzt fest, hätten diese Politik weiter fortgesetzt. Jedoch habe Japan inzwischen angekündigt, ab Anfang 1986 den Benzin-Import zuzulassen.



HANOMAG / Ehrgeiziges Investitionsprogramm

Positive Absatzentwicklung

KLAUS WÄGE, Hannover

Die Hanomag-Baumaschinenproduktion und Vertrieb GmbH, die Nachfolgegesellschaft der in Konkurs gegangenen IBH-Tochter Hanomag GmbH, berichtet über einen positiven Geschäftsverlauf im laufenden Geschäftsjahr. So sei der Gruppenumsatz in den ersten neun Monaten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf 181 (143) Mill. DM angestiegen.

Für das Gesamtjahr 1985 liege die Umsatzerwartung bei über 260 Mill. DM, in den acht Monaten des Rumpfgeschäftsjahres 1984 waren es 165 Mill. DM. Das bisherige Ergebnis verdient nach Darstellung der Geschäftsführung das Prädikat „voll zufriedenstellend". Die Umsatzrendite wird mit über fünf Prozent angegeben. 1984 resultierte der Gewinn in Höhe von 47 Mill. DM überwiegend aus Übernahmeeffekten.

Für das kommende Jahr hat Hanomag bei einem Absatz von 1500 Baumaschinen einen Umsatz von 310 Mill. DM eingeplant. Diese Absatzerhöhung beruhe im wesentlichen auf dem Erschließen neuer Märkte, dem Ausbau vorhandener Marktpositionen sowie Neuentwicklungen und Produktverbesserungen. Die derzeitige Auftragslage (Auftragsbestand rund 50 Mill. DM) mache es erforderlich, daß in einigen Bereichen Sonderschichten gefahren werden müßten.

Mittlerweile beschäftigt Hanomag 1050 Mitarbeiter, 300 mehr als noch zu Anfang des Jahres. Anlaufen soll in diesen Wochen ein Investitionsprogramm in Höhe von 25 Mill. DM, das der weiteren Konzentration und Modernisierung der Produktionsanlagen dienen soll. Gesprochen wird in diesem Zusammenhang in Hannover von einer Landesbürgschaft in Höhe von 14 bis 16 Mill. DM.

XAVER FENDT / Harte Zeiten für Schlepper-Branche – Kein Grund zur Resignation

Im schrumpfenden Markt behauptet

D. SEITZ, Marktoberdorf

Auf den ersten Blick scheint der Optimismus, mit dem Heinz Ahrens, Vorsitzender der Geschäftsführung der Xaver Fendt & Co. Maschinenbau- und Schlepperfabrik, Marktoberdorf, den nächsten Jahren entgegensieht, nicht angebracht. Weltweit leiden die Traktoren-Hersteller unter rückläufigen oder zumindest stagnierenden Märkten. Überkapazitäten von etwa 50 Prozent – bei manchem amerikanischen Hersteller steht die Produktion von 1½ Jahren auf Lager – drücken auf die Preise und führen zu einem äußerst harten, ja fast ruinösen Wettbewerb. Und erhebliche Marktveränderungen werden die jüngsten Fusionen (u. a. Case/International Harvester oder KHD/Allis-Chalmers) verursachen.

Doch gerade daraus leitet Ahrens seine Zuversicht ab, daß Fendt als reines Familienunternehmen auch in Zukunft seine Position wird halten und sogar noch „gewisse" Marktanteile gewinnen können. Denn zum einen wird jede Fusion in der Branche nur dazu führen, so Ahrens, daß endlich die Überkapazitäten zu einem gewissen Teil abgebaut werden. Und wenn zum anderen die sinkenden Einkommen in der Landwirtschaft – dies gelte nicht nur für die Bundesrepublik und Europa, sondern weltweit – sicherlich die Investitionskraft der Bauern schwächten, sei dies kein Anlaß zur Resignation. Denn gerade diese schwierige Situation zwinge die Bauern, ihre Produktionskosten durch leistungsstarke und arbeitssparende Maschinen zu senken.

So hat sich in der Bundesrepublik beispielsweise, wie Ahrens ausführte, trotz der „völlig unbefriedigenden" Einkommensentwicklung bei den Landwirten aufgrund der EG-Agrarbeschlüsse die Nachfrage nach Ackerschleppern wieder belebt, nachdem 1984 ein Rückgang der Zulassungen von 23,7 Prozent auf 34 773 Traktoren zu verzeichnen war. Die ersten neun Monate 1985 brachten der Branche wieder ein Plus von 6,7 Prozent auf 27 760 Einheiten; insgesamt ist für 1985 mit etwa 36 000 Zulassungen zu rechnen. Gegenüber 1983 mit 45 567 Schleppern bedeutet dies aber immer noch ein Minus von über 20 Prozent.

Dieser Entwicklung des Inlandsmarktes und der weltweit schwierigen Lage 1984 konnte sich auch Fendt als einer der Marktführer in der Bundesrepublik nicht entziehen. Dennoch zeigte sich Ahrens mit der Geschäftsentwicklung noch recht zufrieden. Insgesamt sank 1984 bei Fendt die Produktion um 20,4 Prozent auf 12 100 Schlepper. Im Inland konnten davon 6011 (8072) Einheiten abgesetzt werden, was einem Marktanteil von 17,3 (17,7) Prozent entspricht. Ins Ausland wurden 6089 (7128) Schlepper geliefert. Wichtigste Abnehmerländer waren hier mit gut 20 Prozent Frankreich und mit rund 15 Prozent die Niederlande.

Entsprechend mußte, so Ahrens, ein Umsatzrückgang um 16,6 Prozent auf 650 Mill. DM hingenommen werden. Rund 30 Mill. DM trugen dazu unverändert die Wohnwagen sowie 25 Mill. DM Gabelstapler und Kettelmaschinen bei. Dabei sei noch immer ein positives Betriebsergebnis erzielt worden; ein Verlustvortrag aus früheren Jahren sei bereits 1982 gedeckt gewesen. Die „echte" Eigenkapitalquote bezifferte er auf „über" 30 Prozent bei einer konsolidierten Bilanzsumme von um 350 Mill. DM.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet Ahrens bei einer Jahresproduktion von 12 800 Traktoren (etwa plus sechs Prozent) ein Umsatzwachstum von rund zwölf Prozent auf 730 Mill. DM. Die positive Entwicklung am Inlandsmarkt habe bereits dazu geführt, daß Fendt gegenüber der Vorjahreszeit seine Marktposition von 18,7 Prozent (4875 Einheiten) auf 20,2 Prozent (5596) habe verbessern können und damit der meistgekaufte Ackerschlepper in der Bundesrepublik ist. Parallel dazu habe man auch die Zahl der Mitarbeiter wieder auf 3715 Beschäftigte aufstokken können; Ende 1984 waren es 3640 (3800) Personen.

Zu weiteren Erfolgen hätten auch die verstärkten Auslandsaktivitäten geführt. Die Exportquote haben sich bei 50 Prozent der Produktion eingependelt. Trotz des starken Einbruchs der Nachfrage nach Traktoren in Saudi-Arabien 1984 um rund 70 Prozent – hier ist Fendt seit Jahren mit mehr als 40 Prozent Marktführer – habe man dies durch Lieferungen in andere Länder mehr als verkraften können.

Als „aussichtsreich" bezeichnete Ahrens Australien, wo man Anfang September 1985 eine eigene Tochtergesellschaft gegründet hat. Mittelfristig wird hier ein Absatz von rund 500 Schleppern angestrebt. Vorsichtige erste Kontakte werden derzeit auch nach Nordamerika geknüpft. Wenn auch für Fendt in diesen und anderen Ländern die Marktvolumina nicht sonderlich hoch sind, so sieht Ahrens im Auslandsgeschäft noch gute Chancen trotz des stagnierenden Weltmarktes. „Es ist leichter hier seinen Marktanteil von beispielsweise ein auf 1,5 Prozent zu steigern als in der Bundesrepublik von 19 auf 20 Prozent."

Neben einer weiteren Senkung des Break-even-points seien aber erfolgreiche Neuentwicklungen und -konstruktionen für die Zukunft „kriegsentscheidend". Unter diesem Aspekt sollen auch weiterhin für Forschung und Entwicklung rund drei Prozent des Umsatzes aufgewendet werden und die Investitionen 1986 deutlich über den 20 Mill. DM von 1985 liegen.

U. S. STEEL / Gespräche mit Texas Oil and Gas

Rückzug aus dem Stahlsektor

dpa/VWD, New York

Die U. S. Steel Corporation, Amerikas größter Stahlhersteller, verdient nach langen mageren Jahren mit dem Stahlgeschäft wieder Geld; doch Konzernchef David M. Roderick hat die Weichen längst auf Diversifizierung gestellt. Stahl, so wetten Branchenanalysten, wird in ein paar Jahren bei U. S. Steel nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Und einige Fachleute schließen nicht aus, daß U. S. Steel sich eines Tages ganz von seinem traditionellen Geschäft trennen wird.

Mit der Übernahme der Marathon Oil Company im Jahr 1981, die sich Roderick 6,5 Mrd. Dollar kosten ließ, hat sich U. S. Steel von dem verlustgeplagten Stahlbereich bereits weit entfernt. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres trug der Öl- und Gassektor schon 5,2 Mrd. Dollar, oder 54,2 Prozent, zum Konzernumsatz von 9,6 Mrd. Dollar bei. Die Stahlverkäufe dagegen führten der Kasse nur 3,4 Mrd. Dollar oder 35,4 Prozent zu. Die übrigen Bereiche wie Chemikalien trugen eine Milliarde Dollar (10,4 Prozent) zum Halbjahresumsatz bei.

Das Pendel könnte sehr bald weiter zugunsten des Energiesektors ausschlagen. Am Wochenende wurde gemeldet, daß U. S. Steel und die Gas- und Pipelinegesellschaft Texas Oil and Gas Corp. Gespräche führten, die mit dem Zusammenschluß der beiden Unternehmen enden könnten. Über die Form einer Zusammenarbeit – ob Fusion oder Joint Venture – war am Wochenende offiziell nichts Näheres bekannt. Schätzungen aus der Branche zufolge würde U. S. Steel im Falle einer Übernahme für die größte unabhängige Erdgasgesellschaft fünf bis sechs Milliarden Dollar hinblättern müssen.

Die Einverleibung der in Dallas beheimateten texanischen Gesellschaft wäre eine Zweckehe, die U. S. Steel weitere Türen der Zukunft öffnen könnte. Wall-Street-Analysten mahnen allerdings zur Vorsicht, denn die Öl- und Gasindustrie ist als Folge der gegenwärtigen Marktflaute nicht in bester Verfassung.

Texas Oil and Gas gehört zu den profitabelsten Unternehmen der Branche. Eine Übernahme durch U. S. Steel dürfte dementsprechend teuer sein. Seit 27 Jahren hat das Unternehmen Jahr für Jahr höhere Gewinne vorlegen können. Diese Kette wurde zum ersten Mal mit dem am 31. 8. beendeten Geschäftsjahr gebrochen, als Texas Oil and Gas im Vergleich zum Vorjahr zum ersten Mal einen Gewinneinbruch ausweisen mußte. Die Erdgasbranche leidet unter niedrigen Preisen und Überkapazität. Beides wurde zum Teil durch die von der Bundesregierung vor mehreren Jahren erzwungene Abschaffung der Preiskontrollen ausgelöst.

Bei Texas Oil and Gas verminderte sich das Nettoergebnis für das Geschäftsjahr 1985 um schätzungsweise 20 Prozent auf 277 Mill. Dollar von 346,2 Mill. Dollar im Jahr zuvor. Der Umsatz betrug zwei Mrd. Dollar. U. S. Steel wies für das Kalenderjahr 1984 einen Gewinn von 493 Mill. Dollar aus gegenüber 1,16 Mrd. Dollar Defizit im Jahr zuvor.

Das letzte Wort haben jedoch Aktionäre beider Unternehmen. Wer U. S.-Steel-Aktien hält, könnte einwenden, meinen Wertpapieranalysten, daß der Preis für Texas Oil zu hoch sei, vor allem im Hinblick auf die Überkapazitäten und Preiseinbrüche im Öl- und Gassektor. Außerdem müßte U. S. Steel für die Übernahme Kredite aufnehmen und Aktien emittieren. Eine Aktienemission erscheint im Augenblick jedoch gar nicht so günstig, da der Kurs des Unternehmens in der letzten Woche leicht abgerutscht ist.

HEIMTEXTIL / Mit Qualität im Export behauptet

Dem Wohntrend auf der Spur

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit teilweise beachtlichen Exporterfolgen konnten sich die meisten der deutschen Hersteller aus dem Bereich der Heim- und Haustextlien einer deutlichen Abwärtsentwicklung in diesem Jahr bisher entziehen. Denn der heimische Markt lahmt nach wie vor. Der Optimismus, den Handel und Hersteller am Ende der letzten Frankfurter „Heimtextil" zur Schau trugen, ist durch die weitere Entwicklung nicht bestätigt worden. Gleichwohl stehen die Hersteller nicht an der Klagemauer, das wurde bei einem Gespräch mit Branchenvertretern deutlich.

Als positiv wird neben den Exporterfolgen vor allem eine erkennbare Hinwendung zur Qualität (und damit zu höheren Preisen) auch beim deutschen Verbraucher gewertet. Das hat neue Aktivitäten ausgelöst: So planen die deutschen Bettwäsche-Produzenten, endlich „einmal gemeinsam" etwas für ihr Produkt zu tun. Denn, so hat eine Verbraucherbefragung herausgefunden, die Kunden seien durchaus bereit, mehr für ihre Bettwäsche-Garnitur auszugeben, als die derzeit durchschnittlich gezahlten 43 Mark, das Angebot muß nur verlockend genug präsentiert sein. Unter dem Motto „Bett-Show" wollen die Hersteller dem Handel dabei auf die Sprünge helfen.

Im vergangenen Jahr sank die Produktion der deutschen Haus- und Heimtextilienhersteller um 9 Prozent, der Produktionswert fiel dabei aber nur um 4 Prozent zurück. Für dieses Jahr wird eine bisher stagnierende Produktion bei steigenden Werten angegeben, bis zum Jahresende soll aber ein kleines Plus erreicht sein.

Auch die Teppichbodenhersteller behaupten sich mit Qualität. Die Kunden befassen sich mit exqusiten und höheren Preislagen, betonte ein Vertreter der Tufting-Industrie, während die Produktionsmenge in den ersten neun Monaten leicht fiel, ist der Wert weiter gestiegen. Die Importquote liegt freilich weiter bei rund 50 Prozent, vor allem Billigware. Dem daraus resultierenden teilweise ruinösen Preiskampf versuchen sich die deutschen Hersteller durch Ideen und Qualität zu entziehen. Dies gelinge vor allem bei Renovierungen, auf die bereits 90 Prozent des Geschäfts entfallen.

Der Ausfall durch die Bauflaute im Wohnbereich wurde somit ausgeglichen. Dazu kommen erfolgreiche Exportbemühungen (plus 26 Prozent in den ersten neun Monaten), so daß inzwischen knapp ein Fünftel des Umsatzes der Tuftingproduzenten im Ausland erzielt wird. Beim Neubau zeigen sich die Bauherren nach Beobachtungen der Branche übrigens sparsam, die Erstausstattung mit Teppichboden komme meist aus dem Billigbereich, heißt es. Dagegen sei im Objektgeschäft (das aber geschrumpft ist) höherpreisige Ware gefragt.

Über steigende Exporte, die jedoch den Rückgang im Inland nicht ganz auffangen konnten, berichten auch die Möbelstoff-Hersteller, die sich auf der kommenden „Heimtextil" erstmals mit einem „Möbelstoff-Salon" präsentieren. In der Deckenindustrie sank der Umsatz in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 5 Prozent, der Export wuchs dagegen fast um ein Drittel; die Branche setzt jedoch im heimischen Markt auf die Wintermonate, die das eigentliche Geschäft bringen. Wenig bewegt hat sich in diesem Jahr bisher bei den Gardinen- und Dekorationsstoff-Herstellern, die von stagnierendem Geschäft berichten, zufrieden zeigen sich dagegen die Deko-Drucker mit steigendem Produktionsvolumen.

Zur nächsten Heimtextil in Frankfurt vom 8. bis 11. Januar haben sich 1776 (1703) Aussteller aus 46 Ländern angemeldet; sie können mit rund 60 000 Einkäufern rechnen, von denen jeder dritte aus dem Ausland kommt, um in Frankfurt dem textilen Wohntrend nachzuspüren.

Kali + Salz mit höherem Gewinn

VWD, Kassel

Trotz eines deutlichen Absatzrückgangs liegt das Ergebnis der mehrheitlich zum BASF-Konzern gehörenden Kali + Salz AG, Kassel, in den ersten neun Monaten 1985 noch über dem Vorjahreswert. Nach einem Zwischenbericht stieg der Umsatz infolge von Erlösverbesserungen bei noch festen Dollarkursen und einem mit 53 Prozent nahezu unveränderten Exportanteil um 3 Prozent auf 1,31 Mrd. DM. Wenn allerdings der in den letzten Monaten verstärkte Rückgang des Kali-Absatzes und der Erlöse weiter anhält, kann nach Vorstandsaussagen für 1985 allenfalls ein gleich hoher Jahresüberschuß wie 1984 erwartet werden, als das Unternehmen mit 8 DM pro 50-DM-Aktie die Dividende verdoppeln konnte.

Der Kali-Absatz des Unternehmens ist nach dem Zwischenbericht in den ersten neun Monaten 1985 um sechs Prozent auf 1,86 Mill. t zurückgegangen. Während die Verkäufe im 1. Halbjahr noch relativ hoch waren, habe sich im 3. Quartal eine zunehmende Nachfrageabschwächung bemerkbar gemacht. Nach Vorstandsangaben hat sich der Absatz im Inland vor allem witterungsbedingt verringert – im Export erhöhten sich die Lieferungen in die EG-Länder nochmals, während bei der Ausfuhr nach Übersee erhebliche Einbußen eintraten.

Die Sachanlage-Investitionen bei K + S werden im Gesamtjahr 1985 mit 152 Mill. DM nach Vorstandsangaben das Vorjahresniveau annähernd wieder erreichen. Die Belegschaft hat sich in den ersten neun Monaten um 115 auf 9247 Mitarbeiter erhöht, allein bei den Auszubildenden um 79 auf 827 Mitarbeiter. Bei der Tochter Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln, stieg der Umsatz in der Berichtszeit um elf Prozent auf 407 Mill. DM. Hier habe sich die Ertragslage gegenüber dem schwachen Vorjahr deutlich verbessert.

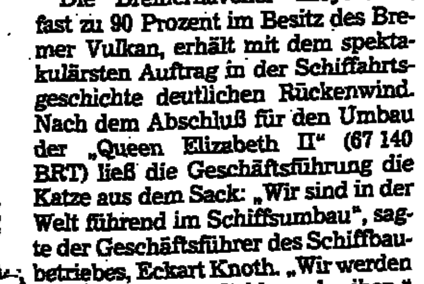


LLOYDWERFT / Neben dem Umbau der Queen Elizabeth winken weitere Aufträge

Gute Umsätze mit der Sowjetunion

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Die Bremerhavener Lloydwerft, fast zu 90 Prozent im Besitz des Bremer Vulkan, erhält mit dem spektakulärsten Auftrag in der Schiffahrtsgeschichte deutlichen Rückenwind. Nach dem Abschluß für den Umbau der „Queen Elizabeth II" (67 140 BRT) ließ die Geschäftsführung die Katze aus dem Sack: „Wir sind in der Welt führend im Schiffsumbau", sagte der Geschäftsführer des Schiffbaubetriebes, Eckart Knoth. „Wir werden bis 1987 schwarze Zahlen schreiben."



Auf die Lloydwerft kommen zwei Drittel des Gesamtvolumens des „QEII"-Umbaus von über 300 Mill. DM (WELT v. 26. 10.). Der Umfang der engbefristeten Arbeiten, die nur 179 Tage dauern, führe zu einer sehr guten Auslastung der Belegschaft (1150 Mitarbeiter). 52 neue Beschäftigte sind nach den Worten von Knoth in den letzten zwei Monaten neu eingestellt worden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Lloydwerft, Norbert Henke: „Wir sind knüppeldick mit Aufträgen versehen." So wird zum ersten Mal auf der Welt ein Ro/Ro-Schiff in ein Passagierschiff umgewandelt. Es wird bis auf seinen Stahlrumpf ausgeschlachtet. „Damit wird der Neuaufbau wesentlich billiger." „Denn", so meint der Managing Director der Lloydwerft, Jürgen Peters, „die Hülle kann ja wieder verwendet werden." 75 Mill. DM an Volumen schreibt der Bremerhavener Schiffbaubetrieb dafür in seine Bücher. Neu, meinen die Experten, hätte das Schiff mindestens 100 Millionen gekostet.

„Bemerkenswert ist auch", meinte Henke, „daß die Russen ihre Schiffe in Bremerhaven wieder auf Vordermann bringen lassen." Die „Maxim Gorki", ehemals „Hamburg", die schon zweimal im Dock gewesen sei, komme im November wieder zur Lloydwerft. „Immerhin haben wir schon 80 Mill. DM Umsatz mit den Russen gemacht", meinte der andere Geschäftsführer der Lloydwerft, Dietrich Haake. Und die Bremerhavener erwarten noch mehr. Henke meinte dazu: „Wir sind bis in 1987 ausgelastet. Das ist bemerkenswert für Werften dieser Struktur." Die Werft habe gegenwärtig Umbauaufträge im Wert von 400 Mill. DM gebucht.

Aber auch die Muttergesellschaft der Lloydwerft, die Bremer Vulkan AG, sieht wieder Land. Sie ist ebenfalls bis 1987 ausgelastet. Der Vorstandsvorsitzende Henke stellte in Aussicht: „1987 haben wir große Chancen, weitere drei Neubauten in Auftrag nehmen zu können." Der Auftragsbestand für Schiffsneubauten bei der Bremer Vulkan AG, Schiffbau und Maschinenfabrik, beläuft sich zur Zeit auf zehn Einheiten im Wert von etwa 600 Mill. DM.

In Bonn wurde das Geld für zwei weitere Fregatten F-122 freigegeben. Der Bremer Vulkan rechnet nun damit, den Auftrag für diese beiden Marineschiffe noch in diesem Jahr zu erhalten. Das Volumen beläuft sich über 1,1 Mrd. DM.

Außerdem zeigte Henke die Übernahme der Schichau Unterweser (SUAG) in Bremerhaven in den Werftenverbund an. Die SUAG arbeitet zur Zeit einen 112-Millionen-DM-Auftrag für den Umbau von vier Hochseefährschiffen der Townsend Thoresen ab.

DECKEL

Dividende liegt in Sichtweite

sz. München

Zu einer weiteren Ertragsverbesserung hat der „erfreuliche" Geschäftsverlauf in den ersten neun Monaten 1985 bei der Münchner Werkzeugmaschinenfabrik Friedrich Deckel AG geführt. „Aus heutiger Sicht kann", wie der Vorstand in einem Aktionärsbrief mitteilt, „mit einem Ergebnis gerechnet werden, das ausreichen wird, für 1985 eine Dividende zu zahlen." Andeutungen über deren mögliche Höhe werden zwar noch nicht gemacht, doch hatte Vorstandsvorsitzender Leif G. Lundkvist bereits im Juli vor der Hauptversammlung angekündigt, daß es mehr als eine „Anlaufdividende" sein wird, nachdem der Jahresüberschuß aus 1984 von 16 Mill. DM zur Tilgung des Verlustvortrags (15,5 Mill. DM) verwendet worden war. Zuletzt hatte Deckel für 1981 das 60-Mill.-DM-Aktienkapital mit zehn Prozent bedient.

Per Ende September erzielte Deckel den Angaben zufolge bei einem Auftragseingang von 359 Mill. DM, das sind plus 23 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit, ein Umsatzwachstum von 29 Prozent auf 268 Mill. DM. Der im Vergleich zur Branche (plus 45 Prozent) unterdurchschnittliche Ordereingang wird damit begründet, daß bei Deckel im Gegensatz zum deutschen Werkzeugmaschinenbau bereits in den ersten neun Monaten 1984 mit plus 42 Prozent eine kräftige Auftragsbelebung eingesetzt hatte. Das gute Inlandsgeschäft führte dazu, daß der Auslandsanteil beim Auftragseingang relativ stark auf 43 (51) Prozent zurückging. Für das Gesamtjahr 1985 erwartet der Vorstand, das Umsatzziel von 450 Mill. DM (nahezu plus 20 Prozent) erreichen zu können.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch-Gladbach: Helmut Pantel; **Braunschweig:** BS-Verlagsgesellschaft mbH + Co. KK; BS-Verlagsverwaltungsges. mbH; Karl Mrozek, Inh. d. Maschinenfabrik Kamro, Vechelde; **Essen:** IVG Immobilienverwertung GmbH; **Krefeld:** Schneider Allelectra Fachmärkte GmbH & Co. KG.

Konkurs beantragt: Offenburg: Business Consulting Services GmbH, Gesellschaft f. Unternehmensberatung u. Existenzgründungsberatung.

QUAKER-LATZ / Umsatzplus von 15 Prozent erreicht – Kooperation mit Henkel läuft zum Jahresende aus

„Wir halten mit dem Marktwachstum Schritt"

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir sind dabei, unser gesamtes Sortiment qualitativ aufzuforsten". Ernst Meissner, Geschäftsführer für Marketing und Verkauf der Latz GmbH, Euskirchen, versteht die Produkte seines Hauses gleichwohl „als Ergänzung, nicht Alternative" zur Tierfertignahrung des Marktführers Effem. „Bei der Entwicklung von Neuheiten konzentrieren wir uns auf das, was es bisher nicht gibt", sagte Meissner bei der Vorlage des Geschäftsberichts.

Die Latz GmbH – „wir haben 1905 den industriell gefertigten Hundekuchen erfunden" – konnte ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) um 15 Prozent auf 197,4 Mill. DM steigern; der Inlandsumsatz sei gar um 21 Prozent auf 156 Mill. DM gewachsen. Das neue Geschäftsjahr habe sich wiederum so gut angelassen, „daß wir glauben, mit zweistelligen Zuwachsraten mit dem Marktwachstum Schritt halten zu können."

Inzwischen haben die Euskirchener einen Anteil am Markt für Tierfertignahrung von 19,6 Prozent erreicht, „und es ist nicht unser Ehrgeiz, die Nummer eins zu werden". Was freilich auch schwer fiele angesichts eines Effem-Marktanteils, den das Verdener Unternehmen selbst auf rund 80 Prozent veranschlagt. Dieser hohe Marktanteil komme, so Meissner, unter anderem dadurch zustande, daß Tierfertignahrung in Dosen hierzulande besonders gefragt sei – in USA vor allem Trockenfutter – und da sei die „Nummer eins" eben führend.

Latz, seit knapp drei Jahren eine Tochter des US-Nahrungsmittelkonzerns Quaker Oats, Chicago, sucht seinen Markt in der Bundesrepublik Deutschland „eher beim Trockenfutter als bei Dosen, eher bei Zwischenmahlzeiten und Snacks" für Hund und Katze. Dabei gehe man verstärkt in die großflächigen Einzelhandelsbetriebe, erläutert Meissner, in Zukunft im Alleingang, denn die Vertriebs-Kooperation mit dem Düsseldorfer Henkel-Konzern wird am Ende dieses Jahres auslaufen. Sie war entstanden, als Quaker für seine Tiernahrung einen deutschen Vertriebs-Partner suchte. Mit der Übernahme des europäischen Heimtiernahrungsgeschäfts vom US-Konzern Ralston Purina Ende 1982 hatte sich das Problem erledigt, denn zu dem Übernahmepaket gehörte Latz mit einer eigenen Vertriebsorganisation.

Latz ist außerdem Lieferant bestimmter Produkte im Aldi-Bereich, „aber das ist auch der einzige Kunde, an den wir ohne Marke liefern", versichert Meissner. Dieser Markt sei jedoch sehr interessant, „warum sollen wir den nicht bedienen?"

Eine weitere Vertriebsschiene ist der Landhandel, „wo viele professionelle Züchter und auch Tierheime einkaufen", vor allem Trockenfutter. Man wolle die Dinge eben anders tun als die Mitbewerber, und dazu gehöre auch, „daß wir es nicht für sinnvoll halten, den ganzen Werbeetat in die Fernsehwerbung zu stecken". Immerhin läßt Latz sich Werbung und Verkaufsförderung „weit über 20 Prozent" ihrer Verkaufserlöse kosten.

Als Quaker Oats Latz übernahm, schrieben die Euskirchener rote Zahlen. „Jetzt schreiben wir schwarz", versichert Meissner. Im abgelaufenen Geschäftsjahr habe man eine drastische Ergebnisverbesserung erzielt und die Schwelle zur Rentabilität „weit" übersprungen. Auch im laufenden Geschäftsjahr halte die günstige Entwicklung an, „und wir sind zuversichtlich, bald den Anschluß an die Schwesterunternehmen gefunden zu haben, die zu den guten Resultaten des Konzerns beitragen."

Von „bemerkenswerten Umsatz- und Ergebnisrekorden" berichtet Quaker Oats Senior Vice President, Luther C. McKinney. Die Gesellschaft habe im vergangenen Jahr einen Umsatzzuwachs von fünf Prozent auf 3,52 Mrd. Dollar (umgerechnet rund neun Mrd. DM) erreicht; das Betriebsergebnis verbesserte sich um 15 Prozent auf 375,9 Mill. Dollar. Die Kapitalrendite sei um 20,3 Prozent auf einen „neuen Rekord" gestiegen. Alle vier Geschäftszweige hätten zum Wachstum der Gewinne beigetragen, sagte McKinney weiter: US Grocery Products (Lebensmittel und Tiernahrung), International Grocery Products, Fisher-Price (Spielsachen für Kinder im Vorschulalter) und der Spezial-Einzelhandel (Oberbekleidung, Hausrat und Werkzeuge und Augenoptik). Quaker Oats beschäftigt weltweit rund 28 700 Mitarbeiter.

PABST & RICHARZ / Exportaktivitäten laufen an

Chancen für Eigenmarken

H. HILDEBRANDT, Elsfleth

Die erst 1969 aus der Fusion von zwei renommierten rheinländischen Weinbrennereien entstandene und 1974 nach Elsfleth an der Unterweser umgesiedelte Pabst & Richarz GmbH hat ihre Position trotz der allgemeinen Schwierigkeiten auf dem Spirituosenmarkt weiter ausbauen können. Das Unternehmen ist zwar nach wie vor vor allem Hersteller von „loser Ware" und von Handelsmarken, jede fünfte in der Bundesrepublik konsumierte Flasche Weinbrand kommt jedoch bereits aus dem Hause Pabst & Richarz.

Insgesamt verfügt man über eine Lagerkapazität von 12,2 Mill. Liter Roh- und Fertigware, davon allein 4,2 Mill. Liter in 14 000 Fässern aus Limousin-Eiche für die Lagerung von Weinbränden. Von dieser Lagermenge verdunsten übrigens jährlich Mengen, die dem Inhalt von einer halben Million Flaschen entsprechen, ein natürlicher Vorgang zwar, aber eine Größenordnung, die allein dem Umsatz mancher Unternehmen entspricht.

235 Mill. DM setzten Pabst & Richarz 1984 um und zwar zu 75 Prozent mit Produkten eigener Herstellung, der Rest entfiel auf Importe wie Cognac, Whisky, Bourbon, Liköre und auch Weine. Als einer der Schlüssel zum Erfolg wird dabei die Fähigkeit gesehen, sofort reagieren zu können, wenn sich durch wandelnde Kundenwünsche neue Marktentwicklungen abzeichnen.

Dies ist offensichtlich gegenwärtig der Fall und zwar bei den Fruchtlikören, die sich steigender Nachfrage erfreuen. Marketingleiter H. D. Kley erklärt dies mit der zunehmenden Tendenz zu Longdrinks, also zu Mixgetränken, vor allem in der Generation der 20- bis 30jährigen. Pabst & Richarz baut daher sein Angebot an Fruchtlikören auf der Grundlage vorwiegend exotischer Früchte weiter aus. Die Übernahme von Marken wie Stock, Tisserand und Noris, letztere ursprünglich zum Oetker-Bereich gehörend, hat sich also bewährt. Das wird auch durch die inzwischen angelaufenen Exportaktivitäten unterstrichen, mit denen das Unternehmen in Neuland vorstößt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bayer mit Rekordergebnis

Leverkusen (dpa/VWD) – Für den Chemiekonzern Bayer AG, Leverkusen, wird das Geschäftsjahr 1985 ein Rekordergebnis bringen. Wie Bayer-Chef Hermann-Josef Strenger vor Jubilaren erklärte, wird der Weltumsatz des Konzerns um rund 8 Prozent auf 46,5 Mrd. DM steigen. In den ersten neun Monaten habe man einen Zuwachs um 9,6 Prozent auf 35,5 Mrd. DM verbuchen können. Für das Geschäftsjahr 1984 hatte Bayer seinen 320 000 Aktionären eine Dividende von 9 DM gezahlt. Diesmal, so meinen Branchenkenner, dürfte es eine „zweistellige" Dividende werden.

Hypotheken rege gefragt

München (sz.) – Eine unverändert lebhafte Nachfrage nach Festzinsdarlehen verzeichnete die Münchner Hypothekenbank eG im dritten Quartal. Bedingt dadurch nahmen die Darlehenszusagen in den ersten neun Monaten gegenüber der Vorjahreszeit um insgesamt 59,5 Prozent auf 1,49 Mrd. DM zu. Auf Hypotheken entfielen davon 716,4 Mill. DM (plus 96,4 Prozent), womit bereits jetzt das gesamte Zusagevolumen in diesem Bereich von 1984 (481,7 Mill. DM) weit übertroffen ist. An Kommunaldarlehen wurden 778,2 (572,0) Mill. DM bewilligt. Ausgezahlt wurden insgesamt fast 1,27 (0,87) Mrd. DM, darunter 496,6 (304,5) Mill. DM an Hypotheken. Der erweiterte Zinsüberschuß nahm um 7,6 Prozent auf 48,5 Mill. DM zu. Der Vorstand rechnet für 1985 mit einem „zufriedenstellenden" Ertrag.

Berliner Kupfer schließt

Berlin (tb.) – Die Berliner Kupfer-Raffinerie GmbH, Berlin, schließt zum Jahresende. Die 175 Mitarbeiter haben nach Angaben der Geschäftsleitung bereits ihre Kündigung erhalten. Als Grund für die Schließung des Werkes wurde die Halbierung der Berlin-Präferenz angegeben. Das Unternehmen beschäftigt sich mit Kupfer-Recycling und macht zwischen 300 und 500 Mill. DM Umsatz. An der Berliner Kupfer-Raffinerie sind zu zwei Dritteln die Norddeutsche Raffinerie AG in Hamburg und zu einem Drittel die Hüttenwerke Kaiser in Lünen beteiligt.

BASF will kaufen

Ludwigshafen (dpa/VWD) – Der Chemiekonzern BASF AG, Ludwigshafen, will die Mobil-Chemie B. V., Tiel/Niederlande, übernehmen. Wie ein BASF-Sprecher in Ludwigshafen bestätigte, verhandelt der Konzern gegenwärtig mit der niederländischen Tochter des amerikanischen Ölkonzerns Mobil, um dessen Emballage-Lackaktivitäten zu übernehmen. Dem Vernehmen nach befinden sich die Verhandlungen bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. In der Lackfabrik in Tiel sind 127 Mitarbeiter beschäftigt. Der Umsatz wird mit 35 Mill. DM angegeben.

Strenge Abgasregeln für Nutzfahrzeuge

HARALD POSNY, Düsseldorf

In der Diskussion um das „saubere" abgasarme Auto spielt das Nutzfahrzeug im Gegensatz zum Pkw eine untergeordnete Rolle. Doch längst bevor der „gordische Knoten" der technischen und steuerlichen Probleme um (bedingt) abgasarme Pkw durchschlagen wurde, haben die deutschen Nutzfahrzeughersteller, sozusagen in aller Stille, die Signale zur weiteren Verringerung der Emissionen gestellt. Vorschläge an die Bundesregierung sehen vor, freiwillig und im Vorgriff auf eine verbindliche Einführung einer EG-Richtlinie Emissionswerte einzuhalten, die 20 Prozent unter den Werten liegen, die in der ECE-Regelung 49 vorgesehen sind.

Diese Zusage gilt nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) für Kohlenwasserstoff (HC), ebenso wie für Kohlenmonoxid (CO) und Stickoxide (NOx) in der Serie ab 1. Januar 1986, und zwar für alle neuen Motortypen und für bestehende Serienmotoren dann, wenn sie im Rahmen einer Serienänderung einer Neuabnahme bedürfen. Mit dieser 20prozentigen Verringerung wird das Niveau der US-Abgasgesetzgebung für Stickoxid-Emissionen erreicht. Dennoch wird über Umweltbelastungen durch Nutzfahrzeuge in der Bundesrepublik weiter kontrovers diskutiert, so geht der VDA davon aus daß die amtlichen Zahlen für die Emissionsfaktoren überhöht sind.

REINERT / Wächst durch Innovationen bei Wurstwaren

Salami im Parmesanmantel

H. HILDEBRANDT, Versmold

Wurst in dreieckiger Form mag auf den ersten Blick nur wie ein besonderer Gag aussehen, aber sie hat zweifellos auch ihre Vorteile. Sie läßt sich besser stapeln, und, da ohne Darm vakuumverpackt, ist sie auch sofort aufschneidefähig. Ihr Anbieter, der Fleisch- und Wurstwarenhersteller H. & E. Reinert KG, Versmold, verspricht sich von dieser Innovation zumindest wieder einige Bewegung in einem sonst weitgehend stagnierenden Markt, auf dem vermehrt ausländische Anbieter für eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs sorgen.

Reinert ist hier auch in der Vergangenheit mit Innovationen nicht schlecht gefahren. Seine vor 15 Jahren eingeführte Sommerwurst hat sich ebenso zu einem eigenständigen Markenartikel entwickelt wie neue Produkte aus letzter Zeit, beispielsweise Salami im Parmesan- oder im Röstzwiebelmantel. Stolz ist man auch auf die nur geringe Zahl der mißlungenen Inn vationen. Vertriebschef Dieter Poggenklas spricht hier von einer Floprate von nur etwa 20 Prozent.

Insgesamt erzielte das vor 65 Jahren gegründete Familienunternehmen 1984 einen Umsatz von 166 Mill. DM, das Absatzplus lag im Vorjahr bei 4 Prozent. Das für das laufende Jahr angepeilte Umsatzvolumen soll mehr als 170 Mill. DM betragen. Mit mehr als 500 Mitarbeitern wird eine Produktpalette von etwa 150 verschiedenen Wurst- und Schinken-Spezialitäten hergestellt. Abnehmer sind jeweils zur Hälfte der Fach- und der allgemeine Lebensmittel-Großhandel.

Rohstoffbasis ist laut Hans Reinert, geschäftsführender Gesellschafter, neben dem niederländischen vor allem das deutsche Fleischangebot, letzteres bei Rindfleisch sogar ausschließlich. Der zur Zeit noch geringe Exportanteil von 2,5 Prozent wächst überproportional, zumal inzwischen auch erste Kontakte zum arabischen Raum angeknüpft wurden. Die optimistische Beurteilung der Zukunftschancen spiegelt sich auch in einer erheblichen Investitionsbereitschaft wider, gegenwärtig werden die Produktionskapazitäten in Versmold-Loxten mit einem Kostenaufwand von rund 10 Mill. DM ausgebaut.

Die Ertragslage wird allgemein als stabil bezeichnet. Kostensteigerungen, die infolge der Wettbewerbslage in der Vergangenheit zumeist weitgehend durch Rationalisierungen aufgefangen wurden, zwingen derzeit jedoch zu einer Überprüfung der Preispolitik. „Wir stehen unter dem Zwang, etwas zu tun", sagt Vertriebschef Poggenklas, nach seiner Meinung sind Preiserhöhungen im Mittel von zwei bis drei Prozent unvermeidbar.

EINWEG-VERPACKUNG / Aluminium-Recycling in den USA wird zum Vorbild

Jede zweite Getränke-Dose verwertet

HEINZ STÜWE, Chicago

Die Gegner der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im neuen Abfallbeseitigungs-Gesetz geplanten Regelungen für Einweg-Verpackungen erhalten argumentative Schützenhilfe aus den USA: Das Pfand auf Einweg-Getränkeverpackungen, wie es in neun Bundesstaaten der USA vorgeschrieben ist, hat sich nach Ansicht der amerikanischen Getränkeabfüller, des Handels und der Verpackungsindustrie nicht bewährt. Höhere Getränkepreise durch die mit Sammlung und Verarbeitung der leeren Dosen verbundenen Kosten werden übereinstimmend als Hauptnachteil genannt. Außerdem würden erfolgreiche Recycling-Aktivitäten auf freiwilliger Basis durch die gesetzliche Regelung abgewürgt.

Von der amerikanischen Getränkeindustrie wird jedoch nicht bestritten, daß die Pfand-Gesetze auch positive Folgen hatten. So ging im Staat New York, wo erst Ende 1983 das Dosenpfand eingeführt wurde, der Getränkedosen-Müll um fast siebzig Prozent zurück. Der gesamte Müllberg wurde jedoch nur um drei bis fünf Prozent kleiner. Aber auch hohe Rücklaufquoten – in New York zuletzt 72 Prozent – lassen die Kritiker nicht als Argument gelten. „Das ganze Pfand-System ist ein Desaster", heißt es bei der Adolph Coors Comp. in Denver, einer der größten Brauereien des Landes. Die einzelnen Vertriebsstufen könnten gar kein Interesse daran haben, die Rücklaufquote zu erhöhen. Denn der Getränkegroßhandel, der beim Bier das Pfand erhebt, profitiere von nicht zurückgebrachten Dosen, da für diese dem Einzelhandel kein Pfand gutgeschrieben werden müsse.

Kostenintensive Regelung

Für die Einzelhändler, gerade die kleinen, sei die Regelung sehr kostenintensiv. Die Geschäfte sind verpflichtet, alle Dosen der von ihnen geführten Marken zurückzunehmen und den Kunden – falls gefordert – das Pfandgeld bar auszuzahlen. Sie müssen deshalb nicht nur Lagerraum freimachen, sondern die Dosen auch noch getrennt nach Marken zur Abholung bereithalten. Zum Ausgleich dieser Mehrkosten werden dem Einzelhändler bei der Leergut-Rückgabe neben dem Pfand von 5 Cents zusätzlich 1,5 Cents je Dose erstattet. Dennoch haben gerade kleinere Geschäfte – zum Leidwesen der Getränkeindustrie – ihr Sortiment an Bier und Alkoholfreiem in Einwegpackungen zusammengestrichen.

Für den Verbraucher ist dies mehr als nur ein Randerscheinung. Denn in den USA hat die Getränkedose eine weitaus größere Bedeutung als in den westeuropäischen Ländern. Die rund 230 Millionen Einwohner der USA haben im vergangenen Jahr über 61 Milliarden Getränkedosen verbraucht, in Westeuropa (350 Millionen Einwohner) war es nur ein Sechstel. Beim Bier hält die Dose in den USA einen Marktanteil von 70 Prozent, bei den Erfrischungsgetränken sind es 40 Prozent.

Aber nicht nur Verbrauch und Trinkgewohnheiten unterscheiden sich von europäischen Verhältnissen, auch die Dose selbst: Während in der Bundesrepublik Getränkedosen überwiegend aus Weißblech hergestellt werden, sind es in den USA nur acht Prozent. Dort dominiert Aluminium. „Noch in den frühen siebziger Jahren war dieses Verhältnis umgekehrt", erzählt Clifford R. Klotz, Manager beim Dosenhersteller National Can Corp. in Chicago. Daß der Aluminium-Industrie das Kunststück gelang, den Konkurrenten weitgehend aus dem Markt zu drängen, führt Klotz auf die aggressive und kluge Marktstrategie zurück.

Im Vergleich zum Weißblech hat die Alu-Dose ein entscheidendes Plus: den höheren Schrottwert, der privaten und gewerbsmäßigen Sammlern einen höheren Erlös sichert. Heute werden in den USA nach Angaben der Aluminium-Industrie 55 Prozent der Getränkedosen wiederverwertet. 1984 waren das 570 000 Tonnen Schrott. Bis 1990 soll diese Menge auf 900 000 Tonnen gesteigert werden, um eine Recycling-Quote von 75 Prozent zu erreichen.

Hohe Rückgaberaten gibt es keineswegs nur in den Staaten mit einer Pfand-Gesetzgebung. So liegt in Kalifornien die Quote bei 60 Prozent. Dies ist möglich durch unzählige, von der Industrie finanziell und personell unterstützte Sammelaktionen, Rückgabe-Automaten in den Supermärkten, die für jede Dose ein paar Cents ausspucken sowie ein dichtes Netz von 8000 bis 10 000 privaten und kommunalen Recycling-Zentren. Beim Recycling wird im Vergleich zur Dosenherstellung aus Primäraluminium 95 Prozent weniger Energie verbraucht.

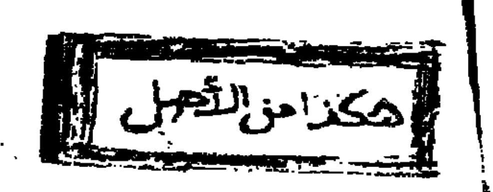
Die Getränke-Industrie, Aluminium-Industrie, Abfüller und Handel forcieren so gemeinsam die Recycling-Welle. Daß sich dabei einiges für das eigene Image tun läßt, ist mehr als nur eine positive Nebenwirkung. Von einer öffentlichen Wertschätzung wie in den USAkann die deutsche Industrie nur träumen. Sie ist es eher gewohnt, daß ihre Produkte als umweltfeindlich abgestempelt werden.

Deutsche Pilotprojekte

Um sich von diesem Ruf zu befreien, haben die drei Aluminium-Produzenten Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Bonn, Alcan Aluminiumwerke GmbH, Eschborn und Pechiney, Paris, die für den deutschen Markt Dosenband herstellen, eine Kooperation vereinbart. In Pilotprojekten soll nachgewiesen werden, daß dirigistische Eingriffe überflüssig sind und auch in Deutschland ein kostendeckendes Recycling von Aluminum-Dosen nach amerikanischem Vorbild möglich ist.

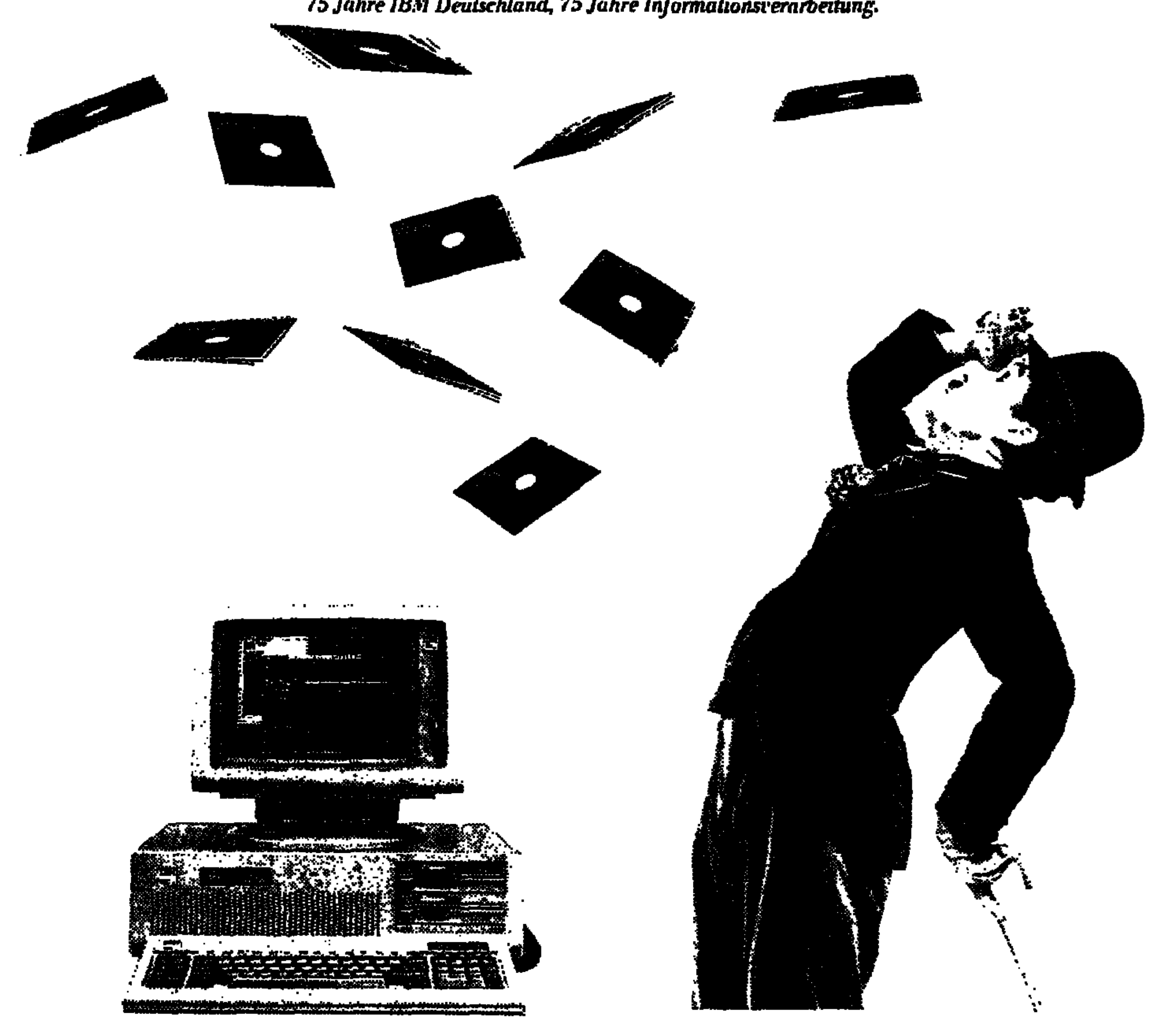
In einer ersten Phase sollte in diesem Jahr zunächst das Rückgabeverhalten der Konsumenten getestet werden. Deshalb wurden – um den Nachteil des geringen Marktanteil der Alu-Dose von 15 Prozent auszuschalten – auch Weißblechdosen zurückgenommen. Nach einem dreiviertel Jahr ziehen die Initiatoren ein positives Fazit: Die Verbraucher zeigten eine hohe Bereitschaft, gebrauchte Dosen freiwillig zurückzugeben.

Derzeit bemüht sich die Aluminium-Industrie, in Absprache mit Abfüllern und Handel flächendeckende Pilot-Projekte zu vereinbaren. Dann sollen ausschließlich Alu-Dosen einbezogen werden. „Wir sind überzeugt, daß eine Recycling-Quote von 50 Prozent erzielbar ist," erklärt VAW-Manager Arved von Lewinski. Technisch sei die Verwertung von gebrauchten Dosen in einem geschlossenen Materialkreislauf auch in der europäischen Industrie bereits heute möglich. Wirtschaftlich werde die Verwertung, wenn die Hälfte aller Getränkedosen aus Aluminium seien.



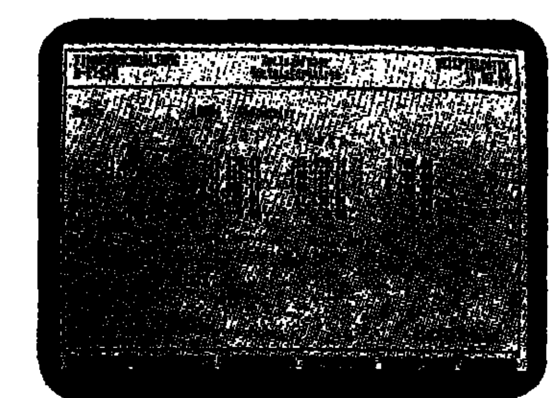
75 Jahre IBM Deutschland, 75 Jahre Informationsverarbeitung.

Auf der Systems '85 zeigen wir Ihnen unseren starken PC: den AT.

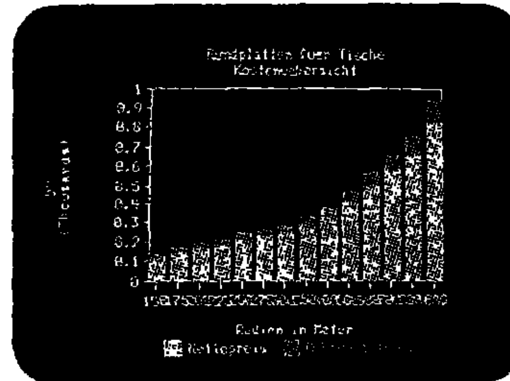


10 von über 1000.

Der starke IBM Personal Computer, der AT, ist so leistungsfähig und so schnell, daß Sie ohne Schwierigkeiten alle IBM PC Programme auf ihm laufen lassen können. Insgesamt gibt es schon über 1000 PC Programme, die der AT verarbeiten kann. 10 von diesen 1000 PC Programmen stellen wir Ihnen hier vor.



TopView: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT fallen bei der Arbeit lange Wartezeiten weg. Sie haben also mehr Zeit, weil Sie mehrere Dinge gleichzeitig erledigen können. Wenn Sie zum Beispiel mitten in einer Monatsabrechnung feststellen, daß Ihnen wichtige Umsatzinformationen fehlen, drücken Sie einfach ein paar Tasten auf der PC Tastatur. Sofort haben Sie eine Verbindung mit Ihrer internen Datenbank. Genauso einfach erstellen Sie dann mit Hilfe einer Kalkulationstabelle die notwendigen Berechnungen. Das Ergebnis fügen Sie dann dort ein, wo es hingehört, auch wenn die Daten aus verschiedenen Programmen stammen.

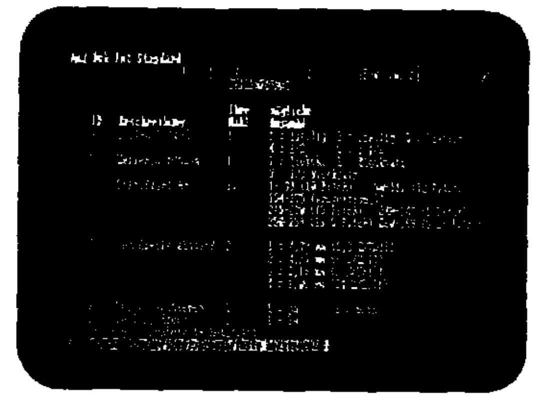


Assistant Serie: Mit dieser IBM PC Programmserie und dem AT können Sie Texte bearbeiten, Daten verwalten, Berichte verfassen, Graphiken erstellen und Dokumente schreiben. Alle vier Programme arbeiten zusammen und auch unabhängig voneinander. Am meisten haben Sie aber davon, wenn Sie sie mit dem Programm IBM PC TopView kombinieren. Mit Daten aus dem Filing Assistant, Tabellen aus dem Reporting Assistant, Schaubildern aus dem Graphing Assistant und Texten aus dem Writing Assistant können Sie Ihren Kunden im Nu ein Angebot machen oder für die Geschäftsleitung einen Bericht vorbereiten.

Fakturierung und Bestandsführung: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Sie zum Beispiel leicht aus Angeboten Lieferscheine, aus Lieferscheinen Rechnungen, aus Rechnungen neue Bestandslisten und andere Unterlagen machen.

Finanzbuchhaltung: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Sie Ihre Buchhaltung vollständig abwickeln. So können Sie zum Beispiel Ihre Bilanz, Ihre Gewinn- und Verlustrechnung erstellen und Kontenstände abfragen.

Lohn und Gehalt: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Sie die komplette betriebliche Lohn- und Gehaltsabrechnung erledigen und auch den Auszug fürs Finanzamt erstellen.



Text 2: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Sie schnell Briefe oder Berichte schreiben, überarbeiten und ausdrucken.

Schreinerei: Mit diesem PC Programm und dem AT können Schreinereien und Innenausbaubetriebe zum Beispiel schnell das benötigte Material für einen Auftrag ermitteln und ein Angebot erstellen.

Elektro: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Elektroinstallateure und Rundfunk- und Fernsehfachhändler zum Beispiel ihren Lagerbestand an brauner und weißer Ware überwachen.

Immobilien: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Immobilienmakler zum Beispiel schnell ihre Objektangebote überblicken und den Interessenten das richtige Objekt anbieten.

Hausverwaltung: Mit diesem IBM PC Programm und dem AT können Hausverwalter zum Beispiel schnell die Abrechnung für eine Wohnanlage erstellen.

Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT, und die passenden Programme, zum Beispiel die neuen Branchenlösungen, bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67. Sie können uns aber auch auf der Systems '85 in München besuchen.

IBM

Aktien stark schwankend

AEG erreichten neuen Kursgipfel

DW. – Mangel an Kaufaufträgen und ein verstärktes Bedürfnis Kursgewinne zu realisieren, führten am Wochenbeginn bei zahlreichen Standardaktien im Verlaufe zu rückläufigen Notierungen. Wegen des nahen Monatsultimos war die Glattstellungsneigung besonders ausgeprägt. Auf der anderen Seite gab es wieder zahlreiche Sonderbewegungen, sie sorgten dafür, daß die freundliche Grundstimmung erhalten blieb. Unverkennbar ist allerdings, daß der Wiederanstieg der Zinsen zunehmend Nervosität verbreitet.

Im Mittelpunkt des spekulativen Handels blieben die AEG-Aktien. Mit einem Tagesgewinn von mehr als 10 DM erreichten sie einen neuen Spitzenstand. Hinter den Käufen steckt die Vermutung auf eine lukrative Abfindung der AEG-Aktionäre durch Daimler. Übernahmespekulationen sind es auch, die den Schering-Kurs auf neue Höhen getrieben haben. Angeblich soll ein US-Konzern beabsichtigen, den Schering-Aktionären ein lukratives Abfindungsangebot zu machen. Bei der Degussa gab es nach mehreren Tagen steilen Kursanstiegs einen deutlichen Rückschlag. Bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen sich die meisten Maschinenbauaktien, dafür werden konjunkturelle Gründe verantwortlich gemacht. Autoaktien waren nur wenig verändert. Schwankungen gab es wieder bei den Aktien der Aachen-Münchener Beteiligung, die vorübergehend deutlich über 2000 DM notierten.

Frankfurt: Altana erhöhten um 13 DM und Buderus und Hartmann + Braun je 10 DM. Die Trinkaus-Aktien gaben um 10 DM nach. Chemieverwaltung verloren 18,90 DM und Degussa 27 DM.

Düsseldorf: Aseag und AEG-Kabel verminderten um 10 DM. Leffers verloren 2 DM. Mauser stockten um 2 DM, Rheag um 15 DM und Rheinwestkalk um 4 DM auf. DAT verbsserten sich um 20 DM und Achener Rück um 40 DM.

Hamburg: Hapag Lloyd erhöhten um 12 und Beiersdorf um 10 DM. HEW verminderten wenig um 0,10 DM und Phoenix Gummi verbesserten sich um 0,80 DM. Schwächer bewertet wurden NWK-Vz. mit minus 4 DM und Reichelt mit minus 3 DM.

Berlin: Schering zogen um 17 DM an. Rheinmetall Vz. befestigten sich um 5 DM, Kempinski und Orenstein um je 2 DM. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 20 DM und Bergmann um 7 DM ab. Dt. Hypobank Berlin verloren 5 DM.

München: Aigner stockten um 2 DM und Agrob St. um 5,50 DM. Leonische Draht verbesserten sich um 13 DM. Nachgegeben haben Zahnräder Renk um 1 DM, Süd Chemie um 14 DM und Esterer um 10 DM.

Stuttgart: Mercedes legten 19 DM auf 975 DM zu. Ara „D" wurden 190 DM billiger zu 5310 DM gehandelt. Allianz Leben zogen um 150 DM auf 6950 DM an.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 241,11 (242,17)
WELT-Umsatzindex: 7082 (6928)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		28.10.	25.10.
H	Aach M Berl. 10	2020	1999
H	Aach. M. Vers. 7	1300B	1200
D	Aach. Rück. 9	3000	3100
D	Aseag *4	450T	460B
M	Ack-Gögg. 6	144bG	142
H	Adca 5	152	153
D	Adler 9	303	300G

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

[illegible]

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

[illegible]

New Yorker Finanzmärkte

[illegible]

Kurseinbruch bei den Renten

Die Situation am Rentenmarkt hat sich am Wochenbeginn dramatisch verschlechtert. Bei den öffentlichen Anleihen – hauptsächlich bei den Langläufern – wurden die Kurse bis zu 1,5 Prozentpunkten zurückgenommen, ein Rückschlag, wie er lange Zeit nicht mehr vorgekommen ist. Aus dem Ausland hat sich der Angebotsdruck verstärkt. Aber auch Kreditinstitute lagen auf der Abgeberseite. Dahinter steckt offenbar die Furcht vor einem Wiederanstieg der Zinsen in den USA. Ihm müßte der deutsche Kapitalmarkt folgen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert schloß Silber. Knapp behauptet notierte Kupfer. Uneinheitlich ging Kakao aus dem Markt. Schwächer präsentierte sich Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	25.10.	24.10.
Dez.	319,75	318,00
März	326,00	323,75
Mai	313,00	312,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	266,55	266,30
Am. Durum	263,49	263,24

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	112,70	112,70
Dez.	115,00	115,00
März	119,40	119,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	98,50	97,50
Dez.	98,80	98,00
März	100,90	100,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	119,50	118,75
März	128,00	127,50
Mai	133,50	133,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	220,50	221,50
März	233,25	233,75
Mai	239,25	239,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	103,90	104,10
Dez.	106,40	106,20
März	112,00	112,10

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	25.10.	24.10.
Dez.	152,74	153,50
März	152,20	152,52
Mai	151,93	152,40

KAKAO New York ($/t)	25.10.	24.10.
Dez.	2153	2151
März	2244	2242
Mai	2290	2290
Umsatz	1967	2123

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,11	5,05
März	5,49	5,51
Mai	5,65	5,68
Juli	5,82	5,83
Sept.	5,98	5,97
Umsatz	2292	3037

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,96	4,97

KAFFEE London (£/t) Robusta	25.10.	24.10.
Nov.	1748-1750	1760-1765
Jan.	1790-1790	1805-1806
März	1807-1812	1833-1835
Umsatz	10517	9746

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1702-1704	1705-1706
März	1743-1744	1746-1748
Mai	1760-1761	1767-1768
Umsatz	1766	2500

ZUCKER London (£/t) Nr.6	25.10.	24.10.
Dez.	136,00-136,80	136,00-137,00
März	145,80-146,00	146,60-147,00
Mai	149,00-149,60	150,20-150,60
Umsatz	443	1157

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	28.10.	25.10.
schw.		
Sarow.spez.	822,50	
weiß.Sarow.	990,00	unerh.
weiß.Munt.	1000,00	

ORANGENSAFT New York (c/lb)	25.10.	24.10.
Nov.	113,70	114,00
Jan.	114,60	114,00
März	115,00	114,50
Mai	114,70	114,30
Juli	113,90	113,90
Umsatz	1040	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	25.10.	24.10.
	40,00	40,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,75	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	19,47	19,50
Jan.	19,62	19,63
März	19,96	19,98
Mai	20,38	20,35
Juli	20,65	20,65
Aug.	20,75	20,70
Sept.	20,65	20,60

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	15,50
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	46,22	46,90
Feb.	45,50	45,90
April	40,80	41,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	63,20	64,30
März	63,25	64,70
Mai	64,45	65,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	25.10.	24.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	499,75	502,25
Jan.	512,75	515,75
März	526,00	529,25
Mai	537,50	540,00
Juli	545,25	548,00
Aug.	544,50	546,50
Sept.	531,00	531,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	140,20	141,90
Jan.	142,00	143,60
März	144,60	145,80
Mai	146,10	147,50
Juli	148,00	149,50
Aug.	148,50	148,50
Sept.	146,50	148,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	25.10.	24.10.
Okt.	317,00	318,00
Dez.	307,00	306,00
März	314,60	313,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	25.10.	24.10.
	18,75	18,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	28.10.	25.10.
jegl. Herk. cif	–	–

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	750,00	750,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	352,50	352,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	131,00	128,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	435,00	435,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	240,00	unerh.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	25.10.	24.10.
Dez.	60,35	60,55
März	60,65	60,65
Mai	61,00	61,08
Juli	58,75	58,50
Okt.	52,65	–
Dez.	51,25	51,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,00	43,25

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	28.10.	25.10.
Okt.		471-485
Jan.	geschl.	487-492
Mai		502-504
Umsatz		63

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	25.10.	24.10.
Dez.	51,50	51,50
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,80	51,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	25.10.	24.10.
Okt.	613,00-615,00	610,00-627,00
Dez.	625,00-626,00	596,00-597,00
März	631,00-632,00	611,00-615,00
Umsatz	8	13

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28.10.	25.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	25.10.	24.10.
Okt.	12335	12110
Nov.	12381	12246

KAUTSCHUK London (p/kg)	25.10.	24.10.
Nr.1 loco	57,00-60,00	57,00-60,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	25.10.	24.10.
Nov.	181,00-182,00	182,50-183,50
Dez.	182,00-183,00	183,50-184,50
Nr. 2 Nov.	173,50-174,50	175,00-176,00
Nr. 3 Nov.	171,00-172,00	172,50-173,50
Nr. 4 Nov.	166,00-167,00	167,50-168,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	28.10.	25.10.
BWC	430	430
BWD	395	395
BTC	430	395
BTD	395	395

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28.10.	25.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	253,92-254,11	255,19-255,57
drittl. M.	262,60-262,79	263,50-263,68
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	103,00-103,19	104,38-104,76
dritt. M.	104,42-104,51	105,32-105,70
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1124,35-1128,13	1113,63-1115,51
drittl. M.	1114,92-1116,81	1106,08-1107,96
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	152,43-152,62	152,89-153,64
Prod.-Pr.	193,44	193,41
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	28.10.	25.10.
	ausg.	29,50

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28.10.	25.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	372,59-375,79	381,09-384,30
BLEI in Kabeln	110,75-111,75	112,25-113,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	28.10.	25.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	335-336	340-341
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	367	372
MS 63	355-357	361-364

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	28.10.	25.10.
Leg. 225	315-320	315-320
Leg. 226	317-322	317-322
Leg. 231	350-357	350-357
Leg. 233	360-367	360-367

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	28.10.	25.10.
PLATIN (DM/g)	30,65	30,35
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28290	28140
Rückn.-Pr.	27540	27390
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28370	28310
Rückn.-Pr.	27640	27580
verarbeitet	29760	29700
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27780	27750
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	537,50	538,00
Rückn.-Pr.	521,50	522,00
verarbeitet	561,10	561,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)		
London	28.10.	25.10.
10.30	326,50	325,65
15.00	326,50	325,40
Zürich mit.	326,40-326,90	325,40-325,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85000	85000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	432,25	432,40
3 Mon.	444,15	443,85
6 Mon.	456,10	455,60
12 Mon.	480,05	478,70
PLATIN (£/Feinunze)		
London	25.10.	24.10.
fr. Markt	233,65	232,15
PALLADIUM (£/Feinunze)		
London	25.10.	24.10.
1. Händl.-Pr.	72,00	71,80

New Yorker Metallbörse

	25.10.	24.10.
GOLD H & H Ankauf	325,65	326,45
SILBER H & H Ankauf	615,50	618,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	327,50-329,00	322,00-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	103,00-104,00	102,50-103,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	619,00	618,80
Dez.	620,00	620,00
Jan.	623,50	623,50
März	628,40	628,40
Mai	637,00	636,00
Juli	647,00	645,50
Sept.	654,70	654,70
Umsatz	9000	8500

KUPFER (c/lb)	25.10.	24.10.
Okt.	61,40	61,85
Dez.	62,10	62,40
Jan.	62,40	62,65
März	62,80	63,00
Mai	63,15	63,25
Juli	63,35	63,40
Sept.	63,60	63,65
Umsatz	7500	9300

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	28.10.	25.10.
mitt. Kasse	675,00-675,50	679,00-680,00
3 Mon.	696,00-696,50	701,00-701,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	273,00-273,50	277,00-278,00
3 Mon.	276,75-277,00	281,00-281,50
KUPFER Highgrade (£/t)		
mitt. Kasse	966,50-967,50	988,50-989,50
3 Monate	984,00-985,00	1005,00-1005,50
ab. Kasse	–	988,50-989,50
3 Monate	–	1004,00-1005,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	947,00-950,00	968,00-970,00
3 Monate	972,50-973,50	989,50-991,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	404,00-404,50	406,00-408,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	25.10.	24.10.
Nov.	85,65-85,70	85,10-85,30
Dez.	86,15-86,25	85,30-85,45
Jan.	86,00-86,10	85,20-85,35
Febr.	84,65	83,80-83,90

GASÖL – London ($/t)	25.10.	24.10.
Nov.	262,25-262,50	261,00-262,00
Dez.	261,80-261,25	259,00-259,25
Jan.	259,00-259,25	257,25-257,50
Febr.	254,25-254,50	253,00-253,75
März	246,25-246,50	244,25-244,50
April	239,25-239,50	237,50-238,00
Mai	232,75-233,50	232,00-233,50
Juni	229,00-229,75	288,00-229,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	25.10.	24.10.
Nov.	79,90-80,00	79,70-79,85
Dez.	77,20-77,40	76,80-77,00
Jan.	74,70-74,90	74,55-74,60
Febr.	73,40-73,50	73,25-73,40
März	73,30-73,45	73,00-73,25

ROHÖL – New York ($/Barrel)	25.10.	24.10.
Dez.	29,62-29,68	29,50-29,60
Jan.	28,74-28,80	28,61-28,69
Febr.	28,06-28,12	27,90-27,01
März	27,45-27,50	27,35-27,40
April	26,95-27,00	26,90

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	25.10.	24.10.
Arabian Lg.	27,65	27,65
Arabian Hv.	25,50	25,50
Iran Li.	26,30N	26,30N
Forties	28,70	28,65
N.Sea Brent	28,75	28,60
Bonny Light	28,75N	28,85N

Kartoffeln

London (£/t)	25.10.	24.10.
Nov.	64,20	64,00
Febr.	67,20	68,00
April	77,40	77,80
Mai	83,40	84,00

New York (c/lb)	25.10.	24.10.
Nov.	1,95	1,95
März	2,08	2,11-2,12
April	2,08-2,11	2,09-2,15
Mai	2,28	2,33-2,34

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	25.10.	24.10.
Nov.	141,00-141,20	141,20-141,00
Jan.	145,30-145,40	145,90-145,70
März	151,40-151,60	151,90
Mai	154,70-155,20	155,40-155,20

Devisenmärkte

An den Devisenmärkten entwickelten sich am 28. 10. keine nennenswerten Aktivitäten. Der Dollar wurde überwiegend zwischen 2,64 und 2,6470 gehandelt. Ohne Einwirken der Bundesbank stellte sich die amtliche Notiz auf 2,6458. Der Japanische Yen festigte sich um 6 Promille auf 1,2390, nachdem die japanischen Geldmarktzinsen weiter anzogen. Die IWS-Währungen konnten gegen DM minimale Kursgewinne verbuchen. Mit 1,633 verzeichnete die Spanische Peseta einen neuen historischen Tiefstkurs. US-Dollar in Amsterdam 2,9855; Brüssel 53,61; Paris 8,065; Mailand 1785,60; Wien 18,5890; Zürich 2,1669; Ir. Pfund/DM 3,095; Pfund/Dollar 1,4234; Pfund/DM 3,766.

Devisen und Sorten

28.10.85	Frankf. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	2,6418	2,6498	2,6244	2,59	2,68
London[2]	3,757	3,775	3,709	3,71	3,86
Dublin[2]	3,088	3,102	3,056	3,03	3,18
Montreal[1]	1,9540	1,9420	1,9187	1,80	1,90
Amsterd.	88,535	88,755	88,35	87,75	89,50
Zürich	122,80	122,70	122,02	120,25	123,00
Brüssel	4,928	4,948	4,888	4,80	5,00
Paris	32,73	32,89	32,415	31,75	33,50
Kopenh.	27,515	27,635	27,295	26,50	28,25
Oslo	33,335	33,455	32,725	32,25	34,00
Stockh.**	33,25	33,41	32,52	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,477	1,487	1,4505	5,43	1,53
Wien	14,21	14,25	14,196	14,15	14,35
Madrid**	1,628	1,638	1,595	1,57	1,69
Lissabon**	1,603	1,623	1,531	1,20	2,00
Tokio	1,2375	1,2405	–	1,18	1,25
Helsinki	46,46	46,66	45,685	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,676	1,674	–	1,20	2,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8445	1,8635	–	1,80	1,90
Johannbg.*	1,003	1,037	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 25.10.: in D-Mark 2,21021 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83577 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 28.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Euro-Zinssätze befestigen sich am 28. Oktober im Tagesverlauf um 0,1875 Prozent, die Terminabschläge verringerten sich deutlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77-0,67	2,14-2,04	4,15-3,95
Pfund/Dollar	0,47-0,40	1,20-1,17	2,17-2,12
Pfund/DM	2,80-1,40	6,70-5,30	11,9-10,5
FF/DM	20-4	45-29	90-74

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8-8¼	4½-4¾	4-4¼
3 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-5⅛	4¼-4⅝
6 Monate	8⅛-8⅜	4⅞-5⅛	4⅜-4⅝
12 Monate	8⅛-8⅜	5-5⅜	4½-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1260,00	1607,40
5 US-Dollar (Indiana)**	810,00	973,70
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	207,00	258,78
1 £ Sovereign Elizabeth II.	201,00	251,94
20 belgische Franken	153,25	203,21
10 Rubel Tscherwonez	205,50	261,63
2 südafrikanische Rand	192,75	241,40
Krüger Rand, neu	859,75	1020,02
Maple Leaf	877,00	1039,68
Platin Noble Man	907,00	1075,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,00	273,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	168,75	238,88
100 österr. Kronen (Neuprägung)	809,50	986,67
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	374,50	461,13
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,75	121,70

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28.10.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,95 Prozent, 6 Mon. 5,00 Prozent.
Privatdiskontsätze am 28.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,30) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,33) – 6,50 (5,58) – 8,00 (5,92) – 8,00 (6,14). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,85, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,00, Rendite 6,49 . .

Junge Aktien

Berlin: Hermes 550,00 T, Kaiser 850,00 G, VAB 2700,00 T
Düsseldorf: BASF 254,00, IWK –, Linde –, Metallges. –, Nixdorf 557,00, Schering 630,00, Schumag –, P & E 171,00, VEW 138,00
Frankfurt: Allweiler St. 270,00 G, Allweiler Vz. 210,00 bG, BASF 254,00, Frankona 340,00, IWK 300,00, Linde 575,00, Magdeburger Feuer 460,00 G, Magdeburger Feuer NA 980,00, Metallges. 315,00, Moto Meter 208,50, Nixdorf 556,00, Schering 628,00, VEW 137,00, Wibau 8,00
Hamburg: Schering 630,00
München: BASF 254,00, Bremer Wolle 175,00 G, Isar Amper 548,00 bG, IWK 314,00, Linde 580,00, Metallges. 330,00 B, Nixdorf 556,00, Schering 628,00, Stumpf 108,10 G, VAB 2800,00 bG, VEW 137,50, Wanderer 430,00 TG
Bezugsrecht: Contigas – Verhältnis 7:1 100 DM – Altaktie 370 DM – Bezugsrecht 36 DM
Commerzbank Rentenindex 107,458 (107,435)
Performance-Index 228,405 (228,524)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 153,88 (156,13); Elektrowerte 289,10 (290,19); Autowerte 534,08 (533,64); Maschinenbau 167,30 (165,70); Versorgungsaktien 152,31 (154,73); Banken 326,11 (337,27); Warenhäuser 119,21 (119,52); Bauwirtschaft 402,21 (400,20); Konsumgüterindustrie 127,57 (129,72); Versicherung 1245,30 (1252,47); Stahlpapiere, 162,75 (163,80)

Kursgewinner:

Löwenbräu	1980,00	+110,0	+13,9%
Wibau	8,00	+0,80	+10,0%
Aach. M. Vers.	1330,00	+60,00	+4,7%
Lahmeyer	535,00	+24,00	+4,7%
Sudz.	299,50	+19,00	+6,7%
Alte Leipz. A	800,00	+50,00	+6,6%
MAN-Rol.	495,00	+28,00	+5,9%
Binding St.	242,00	+12,00	+5,2%
Bremer Vulkan	113,50	+5,50	+5,0%
Dt. Conti Rück	1040,00	+50,00	+5,0%

Kursverlierer:

Ost Kalkwerk	280,00	-20,00	-6,6%
Degussa	477,00	27,00	-5,3%
Papier Weiss	97,00	-5,00	-5,1%
DAB	97,00	-5,00	-4,9%
Westdtr. Vict.	83,00	-4,00	-4,5%
Metallges.	320,00	-15,00	-4,4%
Kochs Adler	285,50	-13,00	-4,3%
Katz Werke	117,00	-5,10	-4,1%
Hussel	361,00	-14,00	3,7%
Fortu. Liqu.	8,00	-0,30	-3,6%

Dollar-Anleihen

	25.10.	24.10.
11⅛ EEC 90	103,75	103,375
10⅜ EIB 95	101	101,125
11 dgl. 91	102,375	102,5
11½ dgl. 90	105	105,125
11⅝ dgl. 93	106,5	106,625
12 dgl. 95	107,25	107,375
12½ dgl. 90	108,5	108,625
12⅞ dgl. 94	111,5	111,625
13 dgl. 96	110,5	110,625
10⅜ Wld Bk 95	97,75	97,875
10⅜ dgl. 88	102	102,125
10⅞ dgl. 90	102,75	102,875
10⅞ dgl. 93	102,75	102,875
11 dgl. 92	102,875	103
11¼ dgl. 98	103,375	104
11⅜ dgl. 88	104	104,125
11⅜ dgl. 90	104,375	104,5
11⅝ dgl. 89	104,125	104,25
11⅝ dgl. 90	105,125	105,25
12 dgl. 93	107,875	108
12⅜ dgl. 94	109	109,125
12⅝ dgl. 94	111,875	112
7⅞ N.Zeald.89		102,25
7 Pac.Gas 94		100,625
6⅞ Penney 92		99
6⅞ Procter 92		100,75
6⅞ Sallie 92		98,875
6⅞ Sears 91		102,375
6⅞ Swed.Ex.91		100
7 TRW 94		100,75
6⅞ Un.Tech.92		99,5
6⅞ World Bk90		99,875

Euro-Yen

	25.10.	24.10.
6⅞ Al.Corp 91		100
5⅞ ADB 88		97,75
7⅝ dgl. 94		102
8⅛ Austral.91		–
8⅛ dgl. 92	lagen	–
7 Austria 95	bei	101,375
6⅞ Avon 91	Redak-	99
7 BP 92	tions-	102,5
6⅞ Denmark 92	schluß	99,5
7 Deut.Bk. 92	noch	108,25
7 Dow Chem.94	nicht	100
6⅞ EDF 95	vor	101,375
6⅞ Eurofima86		99,5
6⅞ dgl. 95		98,625
6⅞ dgl. 92		99,5
7⅞ dgl. 94		102,125
6⅞ Finl.Rep90		99,75
8⅛ dgl. 89		–
6⅞ GMAC 90		99,625
7⅞ Goodyear95		99,625
6⅞ dgl. 94		98,875
7⅞ IADB 94		–
7⅞ dgl. 93		–
6⅞ ITT 92		99
6⅞ McDonal.92		99,5
7⅞ N.Bruns.95		107,625
7⅞ N.Zeald.90		101,5

Lux. Franc Bonds

	25.10.	24.10.
9⅛ Akzo 87	99,75	99,75
9⅞ Asea 89	102,5	102,5
6⅞ Asian Dv87	96,75	96,75
10⅛ BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101	101
10⅛ Paribas89	102,75	102,75
10⅞ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12⅞ Comalt92	105	105
8 Copital 88	98,25	98,25
8⅛ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7⅞ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10⅛ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅞ dgl. 88	102	102
12⅞ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103,25	103,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
10⅛ dgl. 87	100,5	100,5
11⅞ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9⅞ dgl. 95	102,75	102,75
9⅞ dgl. 88	101,25	101,25
7⅞ dgl. 93	102,875	102,875
10⅞ dgl. 94	106	106
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅛ dgl. 90	102,5	102,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅛ Ind.B.F.95	101,5	101,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅞ dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8⅛ dgl. 87	99	99
10⅛ Lux Bk.91	102,25	102,25
12⅛ dgl. 89	105	105
9 Met.Chim 95	99	99
12⅞ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 88	96,5	96,5
9⅞ Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	99,5	99,5
10⅛ dgl. 87	102	102
10⅛ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9⅞ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9⅞ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅛ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	25.10.	24.10.
8⅛ Cap City91	97	97
8⅛ CCA 91	97,5	97,5
9⅞ Gas d Fr86	99	99
11⅛ Ned. G.88	102,5	102,5
9⅞ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅛ SDR 94	98,25	99,25

RE 9 DM 2,65627

	25.10.	24.10.
7 Boss 91	90	90
8⅛ Cp City 84	98,5	98,5
8⅛ Iceland 88	98	98
9⅞ dgl. 84	99,5	99,5
9⅞ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	25.10.	24.10.
7 Acoba 93	90	90
7 Cap.City 93	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7⅞ KLI 93	92	92
7⅞ dgl. 93	92	92
8⅛ Panama 93	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

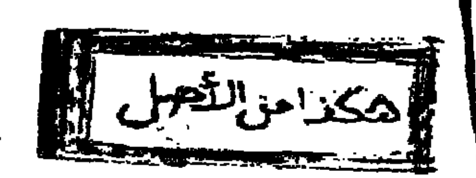
	25.10.	24.10.
11⅞ Aerop.93	105	106
9⅞ ABN 92	103,25	103,25
9⅞ ANZ 92	103,625	103,75
10⅛ Austria93	107,5	107,5

	25.10.	24.10.
9⅞ Bac.Fin 95	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	101,25	101,375
10⅞ Bk.Tok.91	103,125	103,125
10⅞ dgl. 91	103	103,125
8⅞ Bay Vbk.88	99,5	99,875
10⅞ CEPME 87	101	101
11⅞ dgl. 95	107	107
12⅛ dgl. 98	107	107
9⅞ CNT 92	103,75	103,625
9⅞ dgl. 95	104	104
12 dgl. 86	99,5	99,5
12⅛ dgl 89	105	105
12⅞ dgl. 92	108	108
11⅞ CNE 95	108	108
10⅞ CECA 89	100	100
10 Chrysl.91	102,5	102,625
10⅛ dgl. 95	102,875	103
11⅞ Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14⅛ Comalt90	109	109
9⅞ dgl. 92	102,75	102,875
9⅞ dgl. 95	102,75	102,75
11⅛ Cp City94	105	105
10⅛ Cop Tel95	105,125	105,125
13⅞ Cd.Fonc89	106,75	106,75
11⅞ dgl. 96	108,875	109
11⅞ Cred N.91	107	107
12⅞ dgl. 93	107	107
10⅞ Denmark91	107,125	107,125
9⅞ Dresd.Bk93	102	102
12⅛ EDF 93	107	107
11⅞ EEC 95	106	106
11⅛ EEC 93	107	107
11⅞ ELF Ng.88	104	104
10 Euratom 97	104,875	104,75
12⅛ dgl. 90	104	104
9⅞ Eurofima95	102,875	102,875
11 dgl. 92	108,75	108,75
10⅞ EIB 94	105,25	105,25
11⅞ dgl. 94	110,375	110,375
11⅞ dgl. 91	105	105
13⅛ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8⅞ Fiat 90	99,125	99,125
11⅛ Forsm. 98	103,75	103,75
13 G.d.Fr. 89	108	108
10⅛ Giroz. 93	107,75	107,5
8⅞ IBM 90	99,5	99,5
11⅛ IRD 95	105	103
12⅛ Ireland91	103,5	103,5
14⅞ ISPool088	102	102
14 IMI 89	102	102
11⅛ Italie 90	108,75	108,75
14 dgl. 89	107	107
11⅛ LTCB 90	102,375	108,125
10⅞ Magal 95	104,375	104,125
13⅞ Nesta 90	105	105
8⅞ Oliv. 92	99,375	99,75
10⅞ Peugeot90	103,875	103,875
9 Philips 93	101	101
11⅛ P Bk. 91	107	107
11⅛ Queb.P.89	106,75	106,75
13⅞ Queb.H.89	107	107
9⅞ Robobk. 95	103,5	103,5
11⅞ R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,875	99,875
11⅞ SDR 90	104,5	104,5
14 dgl. 92	105	105
11⅛ SNCF 94	109,125	109
13 Solte 87	103	103
11⅞ S.Afr. 89	98	98
10⅞ SATS 2000	95,5	95,5
10⅞ Sperl. 91	104,25	104,25
9 Sumitomo 95	100,75	100,25
9⅞ dgl. 93	99,5	99,5
11 Swed.Ex.89	102	102
11⅛ dgl. 95	99,5	99,5
12⅞ Brandt 87	105	105
9 U B Norw.95	99,5	99,5
11⅛ dgl 90	104	104
9⅛ WestLB 90	104,5	104,5
10⅞ dgl. 91	104	104
9⅞ World Bk95	102,875	103
9⅞ dgl. 92	103,375	103,75
10⅞ dgl. 89	105,5	105,5
10⅞ dgl. 88	106	106
10⅞ dgl. 94	107,875	107,875
11 dgl. 93	107,875	107,875

ECU-Tageswerte

	25.10.	24.10.
Dollar	0,835775	0,835195
Bfr	44,7893	44,8353
DM	2,21021	2,21201
Hfl	2,49395	2,49573
£	0,587540	0,586464
Dkr	8,01801	8,01912
FF	6,73885	6,74645
Lira	1491,44	1492,91
Ir.£	0,714538	0,714741
Sfr	1,81112	1,81429
ÖS	15,5371	15,5439
Peseta	135,396	135,302
Skr	6,64377	6,64105
Nkr	6,63062	6,62802
Kan-$	1,14284	1,14088
Esc	137,485	136,554
Fmk	4,75065	4,74975
Yen	179,416	181,029
Drachme	129,545	129,956





Das Gute zuerst?

reich – Unter den Frage-und-Antwort-Spielen, die mehr oder minder ernsthaft der Prüfung eines Charakters dienen, ist dieses vielleicht am aufschlußreichsten: Zwei Menschen gehen für einen Monat an einen einsamen Ort. Sie sind Raucher, jeder der beiden raucht zwanzig Zigaretten am Tag.

Zwar hat jeder der beiden dreißig Päckchen mit, also eines pro Tag, aber nicht die bevorzugte Marke, sondern ein Sortiment von dreißig verschiedenen: starke und schwache, schwarze und blonde, von der schlechtesten bis zur besten. Der eine nun fängt mit der schlechtesten Sorte an, um am dreißigsten Tage endlich die beste zu rauchen; der andere hingegen beginnt mit der besten, raucht dann die zweitbeste und so weiter und raucht dann am letzten Tag die schlechteste. Frage: Wer von den beiden hat klüger, nämlich mehr nach den Prinzipien der Weisheit und der Nützlichkeit, gehandelt?

Fast alle sagen, der erste, der, der gewissermaßen den fettesten Happen für ganz zuletzt sich aufgespart hat. Realiter aber hat dieser an jedem der dreißig Tage die schlechtesten aller ihm greifbaren Zigaretten geraucht, der andere hingegen die jeweils besten. Der zweite hat jeden Tag von dem, was zu seiner Verfügung stand, das Beste genossen, der erste indes hat tagtäglich nicht bloß aufs Beste, sondern sogar auf das jeweils relativ Bessere verzichten müssen.

Bedenkt man dazu noch, daß jeder Tag der letzte des Lebens sein könnte, dann wird man wohl zugeben müssen, daß der, der die beste Sorte sich aufgespart hat, höchst töricht, der andere hingegen ungemein weise gehandelt hat.

Der Test muß übrigens nicht unbedingt mit Rauchern gemacht werden, es können beliebige Personen mit beliebigen, immer aber rationierbaren und variierbaren Vorlieben sein. Die Moral, die man am Ende ziehen kann, bleibt die gleiche. Sie lehrt, daß der Pessimismus die einzig realistische Ansicht des Lebens ist – und damit wohl auch die nützlichere.

Um Moderne und Post-Moderne – Ein Symposion der CIVITAS in Hannover

In der großen Beliebigkeit

Stehen wir an einer Epochenschwelle? Ist die Moderne tot? Ist die Ablösung der Moderne durch eine „Post-Moderne" wünschenswert, wenn sie nicht schon geschehen ist? Was ist das überhaupt, Moderne und Post-Moderne? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt des 8. CIVITAS-Symposions, das, da die Stiftung Volkswagenwerk einen großen Teil der Kosten übernommen hatte, diesmal nicht in München, sondern in Hannover stattfand.

Neben so namhaften Gelehrten wie R. Spaemann (München), O. Marquard (Gießen), K. Hübner (Kiel), E. W. Böckenförde (Freiburg/Karlsruhe) und H. Krings (München) nahmen unter anderem auch der Hildesheimer Bischof J. Homeyer und (zeitweise) der niedersächsische Ministerpräsident E. Albrecht an der Veranstaltung teil, die unter dem Generalthema „Moderne oder Post-Moderne? Zur Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" stand.

In der Themenstellung steckte eine Crux, die besonders durch den Beitrag von Spaemann deutlich wurde: „Philosophie kann vielleicht sagen, was ist, zu verstehen suchen, wie es geworden ist. Das Kommende zu denken darf sie sich nicht anmaßen. Seine Antizipation ist eher Sache der Kunst." Daß es in der Kunst freilich längst eine, wenn auch unterschiedlich definierte, *Post-Moderne* tatsächlich gibt, zeigten Ch. Jencks (London) und W. Welsch (Würzburg).

Das Sprechen von der Post-Moderne, so Welsch, habe in erster Linie im Bereich der Architektur Sinn. *Ihr* Kennzeichen sei „das konfliktvolle Zusammentreffen verschiedener Sprachen, die einander kommentieren, bestreiten und umdeuten, ohne daß eine einzige den Sieg davontrüge". Post-moderne Architektur sei mehr als ein eklektisches Nebeneinander von Stilen; sie stelle eine „agonale Komplexität" dar. Übersetzt heißt dies, daß sie Auseinandersetzungen in *einer* Form zusammenfaßt.

Wie aber sieht es mit einer umfassenden Theorie der Post-Moderne, die ja wohl vor allem die Philosophie zu leisten hätte, aus? Noch ist ja nicht einmal hinreichend geklärt, ob eine solche Post-Moderne bereits faktisch oder vielleicht nur wünschenswert ist. Kann aber, wenn man Spaemanns Aussage über die Philosophie ernst nimmt, heute, da noch nicht einmal klar ist, ob die Post-Moderne begonnen hat, bereits über ihre Theorie gesprochen werden?

Dies ist wohl nicht möglich. Und so wurde denn in den einzelnen Beiträgen auch weniger eine Theorie der Post-Moderne entwickelt, als vielmehr die *Krise* der Moderne, des Programms der Moderne, aufgedeckt. Vor allem der Totalitätsanspruch der wissenschaftlichen Vernunft, der eines der tragenden Kennzeichen der Moderne ist, wurde immer wieder als fragwürdig, als an seine Grenzen gestoßen, erwähnt. Die Grundlage der Moderne, die progressive Naturbeherrschung in wissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Hinsicht, so führte etwa R. Maurer (Berlin) aus, sei nicht nur an ihre Grenzen gelangt, sie sei in vielfacher Hinsicht bereits in ihr Gegenteil umgeschlagen. Das Ideal der Naturbeherrschung habe in die Naturzerstörung geführt.

Bis zu diesem Punkt bestand Einigkeit unter den Teilnehmern des Symposions, die Geister schieden sich jedoch an der Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien. Maurer meinte, daß tiefgreifende Änderungen von Grundeinstellungen, etwa in Religion, Philosophie und Kunst, vor der Tür stünden. Die Probleme müßten auf einem anderen denn auf „bloß technischem Wege" gelöst werden. H. Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG, sah hingegen den gangbaren Weg in einer veränderten Technologie. Habe bislang weitgehend *Materie* an erster Stelle der Naturbeherrschung gestanden, so käme künftig dem *Geist* der erste Platz zu. Energiesparende und umweltfreundliche Technologien gelte es von *hier* zu entwickeln.

K. Hübner plädierte für einen mittleren Weg. „Die Post-Moderne, die ich heraufkommen sehe", so der Kieler Ordinarius, „könnte darin bestehen, daß jenseits von trotziger Ablehnung, blindem Aktionismus und irrationalem Aussteigertum eine neue Weltdeutung entsteht, die in ihren Grundlagen ebenso umfassend und rational einleuchtend ist wie diejenige der bisherigen Wissenschaft, gleichzeitig aber dem Gefühl des Mangels abhilft, das wissenschaftliche Vernunft erzeugt. Darüber, wie eine solche Weltdeutung aussehen sollte, wissen wir freilich noch nichts." In der Krise des Programms der Moderne, die sich zum guten Teil in irrationaler Technikfeindlichkeit ausdrücke, äußere sich die Sehnsucht nach etwas Verlorenem. Dieses Verlorene sah Hübner vor allem in der Religion und im Mythos. Neben der Wissenschaft auch die völlig andersgeartete Rationalität des Mythos gelten zu lassen sei einer der möglichen Wege aus der Krise, lautete seine nicht unwidersprochene These.

P. Koslowski (München), der Organisator der Veranstaltung und einer der Befürworter des Sprechens von der post-modernen Epoche, unterschied drei Hauptströmungen der Post-Moderne: „1. die Spät-Moderne oder Transavantgarde, 2. die Post-Moderne als Anarchismus der Stile und Denkrichtungen, 3. die Post-Moderne als post-moderner Klassizismus in der Architektur und post-moderner Essentialismus oder ‚Neoaristotelismus' in der *Philosophie*".

Aber es kamen in Hannover auch Skeptiker zu Wort. Die Diskussion um das Ende der Moderne, so stellte H. Krings nachdrücklich heraus, sei keine Diskussion über Fakten, sondern eine über Interpretationsweisen. Wenn, so knüpfte M. Sommer (Münster) daran an, nur eine genügend große Anzahl wolle, daß die Interpretationsweise „Fortdauer der Moderne" gelte, so bestehe die Moderne eben fort. Es sei durchaus fragwürdig, ob die gegenwärtig wahrnehmbaren krisenhaften Erscheinungen das Sprechen vom Kommen einer ganz neuen Epoche notwendig machten.

Sind also die post-modern genannten Strömungen nicht letztlich doch nur integraler Bestandteil der Moderne selbst, so daß, wie es O. Marquard provokant *formulierte*, nach der Post-Moderne die Moderne (wieder-) kommt? Wünschenswert sei dies allemal, meinte der Gießener, da die Moderne mit ihren Errungenschaften, vor allem der „Anerkennung der Subjektivität des Rechts der Person" (Bockenförde), die beste Epoche gewesen sei, die es bisher gegeben habe.

REINHARD FINSTER



Ehemals ein Hort der Historia Judaica: das im Krieg zerstörte Jüdische Museum in Berlin FOTO: HERBERT SONNENFELD

Braucht das jüdische Kulturgut Berlins ein Museum?

Palais auf dem Prüfstein

Wer immer heute nach Zeugnissen jüdischer Kultur in Berlin sucht, wird über kurz oder lang den Weg zu den Friedhöfen finden. Sie sind Überbleibsel jüdischer Vergangenheit auf Berliner Boden und in ihrer relativ intakten Einzigartigkeit gleichzeitig Denkmäler der mit Gewalt von den Nazi-Herrschern beendeten deutsch-jüdischen Kulturgemeinschaft. Daß sie zu Denkmälern wurden und nicht schlicht jüdische Friedhöfe blieben – dies ist das eigentlich Unerhörte.

Andere Immobilien der Berliner Jüdischen Gemeinde der Vorkriegszeit, wie Synagogen, soziale Einrichtungen, Lehranstalten, sind aus dem Bild der Stadt weitgehend verschwunden und, wo noch vorhanden, meist nur einem kleinen Kreis von eingeweihten Kennern als „jüdische Denkmäler" geläufig. So mußte erst eine Austellung über die Synagogen Berlins (1983 im Berlin Museum) zeigen, daß Berlin ehedem mehr als 100 Synagogen besaß.

Wie steht es nun um ein speziell Jüdisches Museum in Berlin? Museen, besonders die stadtgeschichtlichen, sind nach Aufgabe und Zielsetzung Orte, an denen Sammlung, Bewahrung und Pflege von Gegenständen und solchen Kunstwerken betrieben werden, die das Leben und die kulturellen Errungenschaften aller Stadtbewohner dokumentieren. Darüber hinaus sind sie gehalten, ihre Bestände zu präsentieren, um damit die kulturelle Zusammengehörigkeit und das kulturelle Abhängigkeitsgefüge, das alle Teile der Bevölkerung einschließt, anschaulich zu machen. Wird ein Teil aus dem Gesamtzusammenhang herausgebrochen, so entsteht ein nie wiedergutzumachender Schaden.

Dies wird bei der Betrachtung der Geschichte der Berliner Juden besonders augenfällig. Nirgendwo mehr als in Berlin vor 1933 hing man dem Bild von der gelungenen deutsch-jüdischen Symbiose mit mehr Überzeugung an, und doch war Berlin dann der Ort, von dem die Schrecken der Jahre 1933 bis 1945 weitgehend ausgingen. Die Geschichte Berlins ist auf immer mit der Geschichte der Berliner Juden verknüpft.

Der Aufbau eines Jüdischen Museums in Berlin ist heute freilich weder sinnvoll noch notwendig. Rekonstruktion macht die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht ungeschehen, Restaurierung kann kulturelle *Verluste* nicht entschädigen, museale Geschichtsschau hat keine geistige Wiedergutmachung.

Jüdisches *im* Museum hingegen, und zwar das dem atavistischen Kulturkampf der Nazis entgangene jüdische Kulturgut, soll im stadtgeschichtlichen Museum Berlins gesammelt, bewahrt, gepflegt und präsentiert werden in seinem kulturellen Gesamtzusammenhang und in seinen Abhängigkeiten. Anders ausgedrückt: Nach dem Konzept des Berlin Museums werden Juden in den Mittelpunkt ihres jeweiligen Wirkungsfeldes – so z. B. Max Liebermann als Maler unter Malern – und nicht an die Randzonen illustrer Porträtgalerien gestellt.

Berlin tut sich schwer, den richtigen, den guten Ort für seine Historia Judaica Berolinensis zu finden. Der Plan, das Palais Ephraim zu rekonstruieren und dort in der Belle Etage Räume für ein „Jüdisches Museum" verfügbar zu machen, scheiterte nicht zuletzt an den negativen Assoziationen, die den Erbauer Veitel Heine Ephraim bis in unsere Tage umgeben. „Soll ausgerechnet sein Palais das Symbol der Berliner Judenheit werden?" war die oft gehörte Frage, gerade so, als habe der von ihm praktizierte Kapitalismus den Nazi-Völkermord förmlich programmiert.

Die Ungeduld, mit der vor allem die Mitglieder des Fördervereins „Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e. V." auf angemessene Schauräume hoffen und warten, führte bei einigen wenigen dieser Mitglieder zu Gedankengespinsten voller Merkwürdigkeiten. So wurde geäußert, die Villa der Wannsee-Konferenz könne eine ebenso „richtige" Lösung des (Raum-)Problems „Jüdisches Museum" sein wie das Prinz-Albrecht-Palais, das man zu diesem Zweck wiederaufbauen müsse; richtig, weil damit bewiesen sei, daß jüdische Kultur letztlich über die Nazis triumphiert hätte. Von jüdischen Mitgliedern der Gesellschaft wurde dagegen gefragt: „Soll ausgerechnet dieses Palais zum Symbol der Berliner Judenheit werden? Die Kultur der Ermordeten im Haus des Mörders?"

Welches Palais und welcher Bau der richtige Ort für die Darstellung des spezifisch jüdischen Teils in der Entwicklungsgeschichte Berlins ist, ist weniger eine Frage der historischen Zuordnung als eine Frage nach der moralischen Qualität der Entscheidung.

VERA BENDT

JOURNAL

Berliner Jazzfest '85 mit europäischer Musik

AFP, Berlin

Im Europäischen Jahr der Musik soll beim Berliner Jazzfest vom 30. Oktober bis zum 3. November vorrangig der europäische Jazz vorgestellt werden. Zwölf von 20 auf dem fünftägigen Festival auftretenden Gruppen stammen aus Europa. Das Eröffnungskonzert in der Berliner Philharmonie bestreiten das Deutsch-Französische Jazz-Ensemble unter Albert Mangelsdorff und Jean-François Jenny-Clark und die Junge Deutsch-Französische Philharmonie, dirigiert von Justus von Websky.

Wilsons „Knee Plays" zum Abschluß in Köln

DW. Köln

Robert Wilsons „Knee Plays", die verbindenden Zwischenstücke seines großangelegten Theaterwerkes „The Civil warS", sind letztmalig in Europa zu sehen, und zwar in Köln (vom 30. 10. bis 1. 11.). „The Knee Plays" wurden bereits als Gastspiel beim Frankfurter Festival „Theater der Welt" gezeigt (WELT v. 23. 9.) sowie auf der Theater-Biennale von Venedig.

Plastik der Bremer Stadtmusikanten in Japan

dpa, Bremen

An einer plastischen Fassung der Bremer Stadtmusikanten, die die Märchengestalten der Brüder Grimm zeitbezogen interpretieren soll, arbeitet gegenwärtig der Bremer Bildhauer Bernd Altenstein in der japanischen Stadt Osaka. Statt Esel, Hund, Katze und Hahn schlägt der Künstler freilich Menschengestalten mit Tiermasken und Musikinstrumenten in den Händen in Stein.

Mikroskopie gestern und heute

D. B. Bad Dürkheim

Das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) zeigt bis zum 28. Februar 1986 die Sonderausstellung „Mikroskopie gestern und heute". Begleitend zur Ausstellung findet ein Kurs „Mikroskopie für jedermann" statt. Die Ausstellung ist täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, mittwochs von 10 bis 20 Uhr.

Ein Säugetier, das auf zwei Beinen rannte

D. B. Frankfurt

In Südhessen lebten vor etwa 50 Millionen Jahren archaische Säugetiere, die schnell auf zwei Beinen rennen konnten. Zu diesem Schluß gelangten der Frankfurter Paläontologe Gerhard Storch und der englische Zoologe Adrian M. Lister nach der Untersuchung von vier in der Grube Messel bei Darmstadt ausgegrabenen Skelettresten. Die Funde erhielten den Artnamen Leptictidium nasutum. Erwachsene Exemplare erreichten eine Körpergröße von 75 Zentimetern.

Paul Edwin Roth†

warn. Hamburg

Der Schauspieler Paul Edwin Roth, der durch zahlreiche Filme und Fernsehspiele sowie als Synchronsprecher für amerikanische Stars wie Rod Steiger bekannt geworden ist, starb gestern im Alter von 67 Jahren in Hamburg. Der vielseitige Charakterdarsteller, der auf der Bühne zwiespältige und schwierige Rollen wie Dostojewskis „Raskolnikow" und Ibsens „Baumeister Solness" verkörperte, fand seine Wahlheimat von 1947 bis 1970 in Berlin am Hebbel- und Schillertheater, bis er in seine Geburtsstadt Hamburg zurückkehrte, wo er vor dem Krieg seine Bühnenkarriere begonnen hatte.

Ein Erfolgsmusical in Berlin: „Le cage aux folles"

Die Möbel tanzen mit

Am Schluß des fidelen Abends kommt schier die Decke des schönen, alten Theaterschuppens in der Berliner Kantstraße herunter. Die Kronleuchter wackeln. Das Publikum ist außer Rand und Band. Frenetischer Beifall, Johlen und Trampeln. Es ist, als hätte die leichte Muse des pfiffigen Musicals das pompöse Haus endlich wieder laut geküßt. Das „Theater des Westens" wackelt schier selig in seinen Grundfesten.

Ähnliches hatte man, auch seit Professor Götz Friederich zusammen mit Helmut Baumann den venerablen Freudenschuppen übernommen hatten, vorher nie vernommen. Um was ging es? Um die deutsche Erstaufführung des Musicals „Le cage aux folles", um den „Narrenkäfig".

Das ist – schon in mehreren Medien – eigentlich ein alter Hut. Erst war es, Jahrgang 1973, mit dem gleichen Titel ein herrlich albernes Bühnenstück von Jean Poiret gewesen. Es ging schon in dieser Form um die ganze Welt. Dann wurde es ein ebenso albern perfekter und erfolgreicher französischer Film. Jetzt haben sich die amerikanischen Musicalschneider (Harvey Fierstein, Buch, und Jerry Herman, Musik) der schon mehrfach ausgewalzten Sache angenommen. Das Musical ist am Broadway ein Langspieler und glitzernder Erfolg.

In Berlin, nach dieser jubelnden Premiere, offenbar nicht *minder*. Die sogenannte Handlung ist, wie so oft, eher läppisch und doch auf raffinierte Weise originell. Zwei angetraute Herren sind ein „Ehepaar" schon seit mehreren treuen Jahrzehnten. Sie unterhalten an der Küste Frankreichs ein gutgehendes Transvestitenlokal.

Der eine der beiden treuen „Eheleute" hat in seiner offenbar noch „normalen" Jugend einen veritablen Sohn gezeugt. Der Jüngling taucht jetzt wieder auf. Er ist stinknormal. Er will heiraten – und gleich in die Familie eines hochkonservativen Politikers. Darob steht das fragwürdiglustige Barunternehmen in hellen Flammen. Den etepeteten Schwiegereltern soll fleißig Sand in die erschrockenen Augen geschüttet werden. Das geschieht. Mehr ist nicht.

Aber das freimütige Musical mit seiner doch eher fragwürdigen Thematik wird *nun* so flott, so selbstbewußt, so frei weg unheikel und schier tobend lustig aufgeboten, daß man, auch als durchaus normaler Zuschauer, aus dem Vergnügen und der satten Schaulust *nicht* herauskommt.

Helmut Baumann (selbst eine der zwei Hauptrollen irrsinnig komisch und gekonnt darbietend) führt Regie. Es öffnet sich immer wieder beglükkend der Himmel der schweren leichten Muse. Es wird getanzt aus dem Effeff. Es wird zügig und stürmend mit immer neuer Treibkraft aufregend musiziert. Die Ballette sind auf intelligente Weise stupend. Sogar die Möbel tanzen plötzlich mit.

Seit „My Fair Lady" hat Berlin eine ähnlich perfekte Musicalproduktion nicht erlebt. Dies ist wahrhaft großstädtisch. Kein Wunder, daß das „Theater des Westens" vor Wohlgefallen in seinen Grundfesten allabendlich beben wird. Die Stadt hat, ausgerechnet im Bezirk des Leichtfüßigsten der leichtfüßigen Unterhaltung, eine greifbare Sehenswürdigkeit plötzlich mehr. Darob also, sehr zu Recht, ein Beifall, der schier an die Grenzen dankbarer Tobsucht gehen wollte.

FRIEDRICH LUFT



Getanzt wird aus dem Effeff: Szene aus dem Musical „Le cage aux folles" im Berliner Theater des Westens FOTO: BINDER/THIELE

Das Museum Morsbroich wurde wiedereröffnet

Zauber der Spiegelsäle

Es war des Volkes wahrer Himmel. So hätte es gewiß der Zeitgenosse Dr. Faust kommentiert; denn man spielte Mittelalter. Drei Tage lang feierte Leverkusen mit einem bunten Volksfest, mit Musikanten und Minnesängern, Feuerschluckern und Feuerwerk die Wiedereröffnung des Städtischen Museums im Schloß Morsbroich und um das Schloß herum. Dabei verstellten die Verkaufsbuden und Planwagen des mittelalterlichen Marktes wohltuend den Blick auf den ziemlich ruinösen Zustand der Remisen ringsum, deren Renovierung nunmehr im zweiten Bauabschnitt beginnen soll.

Zugleich erinnerte das Fest an die Geschichte des Schlosses, das im 14. Jahrhundert Sitz bergischer Ministerialen, seit dem 17. Jahrhundert Kommende des Deutschen Ordens war. Napoleons Schwager Murat, Herr des neugebildeten Großherzogtums Berg, schenkte es seinem Finanzminister Agar de Mercuez und machte ihn zugleich zum Grafen von Morsbroich. Von diesem erwarb es der Kölner Bankier Schaffhausen, um die Mitte des 19. Jahrhunderts kam es in den Besitz des Viersener Fabrikanten Diergardt und wurde zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt der wilhelminischen Zeit.

Leverkusen, eine vergleichsweise junge Stadt „aus der Retorte" und arm an historisch bemerkenswerten Bauten, pachtete nach dem Zweiten Weltkrieg das spätbarocke Schloß, um es „ausschließlich kulturellen Zwecken dienstbar zu machen" und darin „Ausstellungen lebender Künstler zu veranstalten". Von der Gründung eines Museums war also nicht eindeutig die Rede damals. Immerhin wurde Schloß Morsbroich im Jahre 1951 das erste stadteigene Kulturinstitut in Leverkusen und entwickelte alsbald eine ungehemmte Eigendynamik.

Curt Schweicher, der erste „Schloßherr" und städtische Kulturamtsleiter, verschaffte ihm auf Anhieb internationalen Ruf und ein verpflichtendes Renommee durch eine Reihe bedeutender Ausstellungen und Anschaffungen. Daran konnten seine Nachfolger Udo Kultermann und Rolf Wedewer anknüpfen und eine Sammlung zeitgenössischer Kunst aufbauen, die dem Museum einen bleibenden Inhalt gab.

Nun besaß die Stadt eine Kunstsammlung, aber kein Museum. Also kaufte sie 1974 das Schloß für knapp drei Millionen Mark, von vornherein mit der Gewißheit, daß es von Grund auf zu sanieren und umzugestalten war. Von den jahrelangen kommunal- und parteipolitischen Querelen und Konflikten um das Museum und Schloß Morsbroich soll hier nicht mehr die Rede sein. Das Schloß war baufällig geworden, die Versicherungen machten Schwierigkeiten; spät genug kam 1981 ein Kompromiß zustande. Aber dann ging alles überraschend schnell und zügig vonstatten. Rund 15 Millionen Mark wurden bis jetzt für den Umbau aufgewendet. Wenn in zwei oder drei Jahren der umgebende Remisen-Kranz saniert und für weitere Galerie- und Verwaltungsräume nutzbar sein wird, wenn vollends der herrliche Park geöffnet und mit Großplastiken bestückt ist, dann besitzt Leverkusen ohne Zeifel eines der schönsten Kunstmuseen weit und breit im Lande.

Das wiedereröffnete Museum im Schloß gibt davon den besten Vorgeschmack. Der Kölner Architekt O. M. Ungers sprach von zahllosen, oft unvermuteten Schwierigkeiten, mit denen Restauratoren und Techniker sich immer wieder konfrontiert sahen. Er hat sie beispielhaft bewältigt, ob es sich um die formal- und farbgetreue Restaurierung der zwei Spiegelsäle oder um die funktionale Dienstbarmachung der einzelnen Geschosse handelt. Dem Museum wurde damit etwa dreimal soviel Ausstellungs- (und Depot-)raum samt Hängefläche wie bisher gewonnen. Wedewer nutzt diesen Gewinn dankenswerterweise nicht aus, um den Reichtum seiner Sammlung zu demonstrieren, sondern geht großzügig, fast verschwenderisch damit um durch lockere Hängung und Konzentration auf Schwerpunkte, die dem Besucher die hell ausgeleuchteten Säle und Kabinette noch heller und geräumiger erscheinen lassen. Wesentlichen Gewinn für das Museum bedeutet die großartige Schausammlung mit dem langgestreckten Galerieraum des Grafischen Kabinetts im Dachgeschoß.

Ungers' entscheidender Kunstgriff bei dieser gelungenen Renovierung bestand wohl in dem Neueingang des zentralen Treppenhauses, das dem Grundprinzip der spätbarocken Architektur ebenso gerecht wird wie der aufgegebenen Funktion des modernen Museums. Es erschließt das Gesamtgebäude und öffnet Rundgänge in den verschiedenen Geschossen. Zur Wiedereröffnung führen diese Rundgänge den Besucher über „Haupt- und Nebenwege der Kunst seit 1945". Unter diesem Titel zeigt das Museum die Hälfte seines Besitzes als ständige Schausammlung; sie wäre mühelos, anders bestückt, in gleicher Qualität wiederholbar.

In ihr dokumentieren sich alle wichtigen Kunstströmungen der letzten vier Jahrzehnte in Europa (das amerikanische Element ist weithin ausgeklammert). Ein vollständiger Katalog mit ausführlichen Kommentaren zu jedem Werk und Künstler lag pünktlich zur Eröffnung bereit. Er beschränkt sich allerdings auf Malerei, Plastik und Objekte; die grafischen Bestände (rund 2300 Arbeiten auf Papier) sollen im Zusammenhang mit wechselnden Ausstellungen in begleitenden Katalogen fortlaufend vorgestellt werden.

EO PLUNIEN

Kurt Horres inszeniert Verdis Oper „Macht des Schicksals" in Mannheim

Truppenbetreuung im Militärlazarett

Die Absurdität der „Macht des Schicksals", die fatale Macht der Irrwege und Verzweiflung, bannt Kurt Horres als Stationen menschlicher Rücksichtslosigkeit, Brutalität und Selbstentfremdung in einer durch Krieg denaturierten Welt auf die Bühne. Blutrote Uniformröcke fallen schon in der zweiten Szene vom Schnürboden *herab* und werden begierig aufgegriffen. Alvaro und Carlos schließen nicht im Feldlager Freundschaft, sondern in einem Krankenhaus für verwundete Soldaten, und dort zwingt auch Carlos den Rekonvaleszenten Alvaro zum Duell.

Höhepunkt der Antikriegsdemonstration ist die zynische Truppenbetreuung im Militärlazarett: Zur Geräuschhaftigkeit des Rataplan-Chores animieren Preziosilla, die Marketenderin im Marlene-Dietrich-Look (Liljanna Nejceva), und ihre Genossinnen Verwundete, Krüppel und Krankenwärter zum vaterländischen Krieg. Der Mönch Fra Melitone – Karlheinz Herr –, der in seiner schüchtern angesetzten Kapuzinerpredigt über die unwürdigen Zustände (leider fehlt der szenische Beleg) räsoniert, wird kurzum mundtot gemacht. Und am Ende ersticht Carlos die Schwester Leonora auf offener Bühne, während Alvaro und Guardian verzückt über das Jenseits reflektieren.

Letztlich wird bei dem mit Spannung erwarteten Zugriff doch die Dimension des Stückes verkürzt, und seine Kontrastwirkungen werden eingeebnet. Kurt Horres und Bühnenbildner Andreas Reinhardt, die das Geschehen an die Entstehungszeit heranholen, greifen nicht hinein ins volle Menschenleben, leugnen auch die Volksnähe Verdis, die Dallapiccola so wichtig war, weil es ihnen primär darauf anzukommen scheint, die Schattenseiten des Krieges von ihren individuellen Folgen her auszuleuchten, zu zeigen, wie sehr in chaotischen Zeiten privates Schicksal an das allgemeine gekettet ist.

Peter Schneider, Mannheims neuer Generalmusikdirektor, führt das in allen Gruppen ausgewogen musizierende Nationaltheater-Orchester und die von Frank Meiswinkel motivierten Chöre an straffen Zügeln. Der approbierte „Ring"-Dirigent durchmißt Verdis Partitur unsentimental und mit nerviger Kraft, fast ein wenig melancholisch beim „Verweile doch" der Klosterszenen, aber durchgehend ohne Scheu vor Affekt und mediterraner Leidenschaft. Ein Einstand nach Maß.

Das Andenken an die unglückliche Leonora in der attraktiven Gestalt der allerdings bedenkenlos auf stämmige Spitzentöne setzenden Maria Abajan war für den Mestizen Alvaro eine Messe wert. Der vor allem in der Höhe heldisch tönende John Tudoroiu sang ihn in Italiener-Manier. In der Partie des unversöhnlichen Rassisten Carlos di Vargas gibt der mit schönem lyrischen Material beeindrukkende Niall Murray spätestens im großen Monolog zu erkennen, daß er, mehr auf Kraft als auf Nuancen setzend, doch über sein eigentliches Fach hinaus singt. Dank der sängerischen und darstellerischen Gestaltungskraft eines Franz Mazura reckte sich die Figur des Guardian zu einem Bruder des Großinquisitors, zum Sinnbild der Unfreiheit und des starren Rituals.

HEINZ LUDWIG

Hecheln auf Hawaii – die heile Welt der Eisenmänner

Von HELMUT VOSS

Die Luft war schwül und duftete nach tropischen Blüten. Im fahlen Licht des anbrechenden Tages versammelten sich auf der Mole des verschlafenen Küstenstädtchens Kailua-Kona auf der Pazifikinsel Hawaii sehnige, ölglänzende, gebräunte Typen in bunten Spandex-Badehosen und -Badetrikots, die aussahen wie hochbezahlte Werbemodelle für Fitneß-Produkte. Sie checkten lässig die Temperatur des grau-grünen Wassers, blickten nicht ganz so lässig hinüber zur Ufermauer am Alii Drive, wo furchteinflößende Brecher – Vorboten eines Wirbelsturmes – die Gischt bis in die Palmenwipfel schleuderten.

Da hinein ging's. Ein Böllerschuß krachte und schickte 1018 Athleten beiderlei Geschlechts – die Männer mit gelben, die Frauen mit roten Badekappen – in das größte Sportabenteuer der Gegenwart. Wie die Lemminge stürzten sich die Leiber in die Kailua Bay und kraulten auf ein mehr als eine Meile vor der Küste verankertes polynesisches Ausflugsboot drauflos. Das Wasser schäumte wie ein Karpfenteich bei der Fütterung.

In Kailua hatte die alljährliche Triathlon-Weltmeisterschaft begonnen, die neunte mittlerweile. Ein Test für Männer und Frauen, die, wie es einer der 28 deutschen Teilnehmer, Horst Kodweiss aus Stuttgart ausdrückte, ihre persönlichen Grenzen kennenlernen wollen. Er selber habe nur einen Wunsch, zu finishen, anzukommen.

Der Dauerstreß beginnt morgens um 7 Uhr mit dem Langstreckenschwimmen im offenen Meer in einer Bucht, in der die alten Hawaiianer ihre Kanu-Rennen veranstaltet hatten. Distanz: 3,9 Kilometer.

Ohne Pause geht's weiter: Umziehen, ein Schluck Wasser, eine Banane im Laufschritt, 'rauf auf das Rennrad. 180,2 Kilometer lang ist die zweite Etappe. Sie verläuft über die heißen Lavafelder an der Westflanke des 4000 Meter hohen Vulkans Mauna Kea. Kaum auch an diesem Ziel fünf bis sechs Stunden später, beginnt die dritte, letzte und härteste Etappe. Der Marathonlauf unter der glühenden Sonne des Pazifikarchipels.

Der von der US-Sportzeitschrift „Sport Illustrated" zu Anfang als „völlig bekloppt" abgetane „Macho"-Sport nahm seinen Anfang gewissermaßen am Stammtisch. Als 1977 beim Jahresbankett des Schwimmklubs von Waikiki auf der Faulenzer-Trauminsel Oahu die Frage aufgeworfen wurde, wer die besseren Sportler seien, Schwimmer, Radfahrer oder Marathon-Läufer, schlug jemand, um der Entscheidung zu entgehen, vor, einfach alles zu kombinieren. Die Idee vom Eisenmann war geboren.

Bereits im Februar '78 fand daraufhin in Honolulu der erste „Ironman"-Triathlon statt. Von 15 gestarteten Männern beendeten 12 das Rennen – der Beste in 11 Stunden und 46 Minuten. Der anfängliche Spott wich schnell einer allgemeinen Verblüffung.

Keine Sportart hat in den letzten Jahren eine so explosive Entwicklung genommen wie der Test der „eisenharten Männer". Allein in den USA finden in diesem Jahr 2100 Triathlon-Wettkämpfe über verschiedene Distanzen mit 1,2 Millionen Teilnehmern – unter ihnen auch längst „eisenharte Frauen" – statt. Es gibt inzwischen eine ganze Triathlon-Industrie, eine Zeitung mit einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren. Spätestens 1992 soll der Sport nach dem Willen seiner Förderer auch olympisch werden.

Die Weltmeisterschaft in dem zu Füßen von Kaffeeplantagen gelegenen Kailua Kona ist der alljährliche Höhepunkt für die Spitzenathleten. Ein gut gesponsertes sportliches Happening zwischen Tulpenbäumen und Hibiscus-Sträuchern: Teilnehmer aus 36 Nationen im Alter von 18 bis 70 Jahren werden optimal versorgt.

„Der hawaiianische Iron-man-Triathlon ist unvergleichlich, ist das Größte", erklärte der 37jährige Nürnberger Manuel Debus, der 1982 in Deutschland den ersten deutschen organisiert hatte. Debus: „Einmalig die klimatischen Verhältnisse: Die Schwüle, der Wind und die heißen Lavafelder machen dich fertig." Der blonde Muskelmann landete in diesem Jahr nach 11 Stunden und 11 Minuten auf Platz 197.

Die Gastfreundschaft der Hawaiianer hat auch den besten deutschen Teilnehmer beeindruckt, den 25jährigen Studenten Hannes Blaschke aus Kempten, der mit 9 Stunden und 32 Minuten – 42 Minuten hinter dem Sieger Scott Tinley (USA) – auf Platz 4 landete und hinter der Ziellinie von Freunden gefeiert wurde wie ein heimgekehrter Sohn. Am stolzesten war seine Wirtin auf ihn: sie hatte ihm gedroht, nicht mehr für ihn zu kochen, sollte ihm kein Platz unter den ersten fünf gelingen.

Spät nach Einbruch der Dunkelheit keuchten im Hafen von Kailua noch immer Nachzügler über die mit roten Anthurien-Blüten geschmückte Ziellinie – unter ihnen auch, auf Platz 680, der Beisitzer des deutschen Triathlon-Verbandes, Horst Kodweiss. Er hatte, wie gehofft, „gefinisht". (SAD)







Die drei Etappen der „Eisenmänner" und „-frauen" zu Wasser, zu Fahrrad und zu Fuß: Oben links die 1018 Jünger beim Kraulsprint in das offene Meer. Links: Radler auf der 180,2 Kilometer langen Etappe und der einsame Marathonmann beim Kampf gegen sich selbst. Jeder, der ankommt, ein Sieger, jeder dieser Sieger ein Herz-, Kreislaufwunder. FOTOS: ULLA HOLTHOFF

Bhagwan: Aus dem Jet ins Gefängnis

US-Einwanderungsbehörde wirft ihm Falschaussagen und bewußte Irreführung vor

SAD, Charlotte

Der von seinen Anhängern Bhagwan genannte indische Sektenführer Shree Rajneesh und zehn seiner Gefolgsleute sind bei dem Versuch, aus den USA in Richtung Bermuda zu fliehen, von den US-Behörden verhaftet worden. Auf dem Flugplatz von Charlotte im US-Bundesstaat North Carolina wurden der 53jährige Guru und seine Leute in Handschellen aus einem Flugzeug vom Typ Lear Jet geholt, das die Behörden seit seinem Abflug von der Rajneeshpuram-Kommune in Oregon zusammen mit einer zweiten Fluchtmaschine beobachtet hatten.

„Der Guru und seine Truppe wollten hier die Flugzeuge wechseln und mit zwei gecharterten Maschinen in der Nacht nach Bermuda fliegen", sagte der Justizbeamte Ray Abrams. „Die hatten keine Ahnung, was ihnen bevorstand. Hätten sie uns gesehen, wären sie wohl durchgestartet. Das Ganze war wie im Kino. Dieser komische Heilige war in vollem Walla-Walla-Ornat, wie ein König aus dem Märchenbuch." Der indische Sektenführer, der behauptet, weltweit an die 500 000 Anhänger zu haben, war 1981 aus der indischen Stadt Poona kommend als „religiöser Führer" mit einem befristeten Besuchervisum in die USA eingereist. Trotz mehrfacher Versuche war es ihm nicht gelungen, eine ständige Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

In den vergangen Wochen hatte es Spekulationen gegeben, der Guru werde wegen Verletzung der Einreisebestimmungen vor ein Geschworenengericht gestellt werden. Deshalb überraschte es auch nicht, als am vergangenen Donnerstag in Oregon gegen Rajneesh Anklage wegen Verletzung der Einwanderungsbestimmungen, wegen wissentlicher Falschaussage gegenüber der Einwanderungsbehörde und wegen Verbergung illegal in die USA eingewanderter Personen erhoben wurde.



Der Guru ging, „wie ein König gekleidet", in die U-Haft. FOTO: AP

Seitdem die Vertraute von Rajneesh, Ma Amand Sheela, von Oregon nach Europa floh und dort schwere Beschuldigungen gegen den Guru und Angehörige seines Führungsstabes erhob, befindet sich das Sektenhauptquartier in Rajneeshpuram im Aufruhr. Gerüchte, wonach die Rebellion nur eine Finte war und in Wirklichkeit dazu dienen sollte, für Rajneesh eine Zuflucht in Europa zu schaffen, wollen nicht verstummen.

Die beiden Lear Jets waren am späten Sonntagabend in Oregon gestartet und hatten Zwischenlandungen zum Auftanken in Pueblo, Colorado und Salt Lake City, Utah, gemacht. Während des Fluges standen die Maschinen unter genauerer Beobachtung der US-Luftfahrtbehörde.

WETTER: Stark bewölkt, Regen

Lage: Am Ostrand eines Hochs westlich der britischen Inseln wird in die Nordhälfte Deutschlands wolkenreiche Meeresluft geführt.

Vorhersage für Dienstag: Nördlich der Mainlinie: Meist stark bewölkt, zeitweise Regen. Temperaturen um 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen. Süddeutschland: In den Niederungen Nebel, Temperaturen um 3 Grad, nachts Reifglätte. Meist nur schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Norden nach kurzer Wetterberuhigung aufkommender Regen, im Süden weiterhin noch nebelig-trüb. Wenig geänderte Temperaturen.

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.11 Uhr, Untergang: 17.00 Uhr; **Mondaufgang:** 17.31 Uhr, Untergang: 9.02 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 29. Okt., 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	5	bw
Bielefeld	6	bd
Braunlage	4	he
Bremen	9	bd
Dortmund	5	bd
Dresden	0	Ne
Düsseldorf	5	bw
Erfurt	-1	bd
Essen	4	bd
Feldberg/S.	7	wl
Flensburg	9	bw
Frankfurt/M.	2	bd
Freiburg	2	Ne
Garmisch	11	wl
Greifswald	9	bd
Hamburg	9	bd
Hannover	8	bw
Kahler Asten	-1	wl
Kassel	4	bd
Kiel	11	bd
Koblenz	3	bd
Köln-Bonn	4	bd
Konstanz	5	bd
Leipzig	2	bd
List/Sylt	11	bw
Lübeck	9	bd
Mannheim	3	bd
München	1	bd
Münster	5	bd
Norderney	11	bd
Nürnberg	1	Ne
Oberstdorf	11	wl
Passau	1	bd
Saarbrücken	1	Ne
Stuttgart	1	Ne
Trier	0	bd
Zugspitze	-1	wl

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	bw
Amsterdam	10	bw
Athen	17	he
Barcelona	17	R
Belgrad	3	Ne
Bordeaux	13	wl
Bozen	11	wl
Brüssel	7	bw
Budapest	0	Ne
Bukarest	14	wl
Casablanca	21	he
Dublin	11	bw
Dubrovnik	18	he
Edinburgh	10	bw
Faro	23	he
Florenz	18	bw
Genf	7	bd
Helsinki	0	bw
Hongkong	28	he
Innsbruck	11	he
Istanbul	15	he
Kairo	24	he
Klagenfurt	7	wl
Konstanza	15	wl
Kopenhagen	9	bw
Korfu	20	he
Las Palmas	23	bw
Leningrad	-1	S
Lissabon	18	he
Locarno	11	wl
London	11	bd
Los Angeles	17	bd
Luxemburg	0	Ne
Madrid	18	he
Mailand	13	wl
Malaga	23	he
Mallorca	18	bw
Moskau	0	S
Neapel	20	bw
New York	10	he
Nizza	20	he
Oslo	5	he
Ostende	8	bw
Palermo	20	R
Paris	4	bd
Peking	15	bd
Prag	0	bd
Rhodos	21	he
Rom	18	bw
Salzburg	3	bd
Singapur	30	bw
Split	17	he
Stockholm	4	bw
Straßburg	2	Ne
Tel Aviv	22	he
Tokio	20	he
Tunis	21	bw
Valencia	18	bd
Varna	17	he
Venedig	14	he
Warschau	2	bw
Wien	5	he
Zürich	6	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Schlitzohr prämiert

Doktorhüte wurden ihm schon im halben Dutzend verliehen, Narrenkappen nahm er auch schon entgegen. Seit gestern aber ziert den bayerischen Ministerpräsidenten eine Auszeichnung, die vor ihm noch keinem zugestanden wurde und die so gut zu ihm paßt, als sei sie eigens für ihn geschaffen: **Franz Josef Strauß** (Foto) bekam das „Goldene Schlitzohr" überreicht und wurde damit zum ersten Träger dieser mit 20 000 Mark dotierten Ehrung. Preis



und Geld werden vom „Internationalen Club der Schlitzohren" gespendet, der damit prominente Schlitzohren auszeichnet, die ihre solchermaßen gearteten Eigenschaften in besonders positiver und cleverer Weise einzusetzen wußten. Nun meint der Brockhaus, ein Schlitzohr sei ein „gerissener Bursche", ein Gauner gar, und erinnert daran, die geschlitzte Ohrmuschel sei früher das Zeichen für einen erwischten und bestraften Bürger gewesen, aber Preisträger Strauß weiß von einer weit angenehmeren Definition: Ein Schlitzohr, so das ausgezeichnete Oberschlitzohr gestern, sei dauernd im Dienst, höre das Gras wachsen, sei pfiffig und vielseitig. Da bleibe es nicht aus, daß der Träger eines solchen Schlitzohrs bald über weit mehr Informationen verfüge als seine Mitmenschen. Aus Informationen entstehe Wissen, Wissen aber sei Macht – und so fänden sich unter Leuten, die etwas zu sagen haben, auch die meisten Schlitzohren. War es im Sinne dieser Deutung etwa nicht schlitzohrig, wie Bayerns Ministerpräsident kürzlich durch das Land der Schlitzaugen zu reisen und den Chinesen die bayerischen Produkte als die besten der Welt anzupreisen? Und war es vielleicht nicht auch schlitzohrig, Freund **Helmut Kohl** die Kärrnerarbeit in Bonn zu überlassen und sich mit dem „schönsten Amt der Welt" zu begnügen, wie Strauß das des bayerischen Regierungschefs zu loben pflegt? Im Gegensatz zu ihren historischen und weniger noblen Vorgängern darf sich ein modernes Schlitzohr jedoch nicht bereichern: Der Preis muß, wie der Schlitzohr-Club in Mülheim an der Ruhr festlegte, ohne Abzug Kindern zugute kommen. „Ich freue mich, daß meine Schlitzohrigkeit einem guten Zweck dient", sagte Strauß und reichte den Scheck weiter an die „Marianne-Strauß-Stiftung". lz.

Monets nicht versichert

Raubten Terroristen die wertvollen Gemälde?

CONSTANCE KNITTER, Paris

„Die fünf Gangster waren Profis, sie wußten, welche Meisterwerke sie entführen sollten." Dieser Auffassung ist Yves Brayer, Konservator des Pariser Marmottan-Museums. Ein Gangster-Kommando hatte am Sonntag vormittag aus dem Museum im 16. Pariser Arrondissement neun Bilder geraubt, die zu den berühmtesten der Welt gehören. (WELT v. 28.10.)

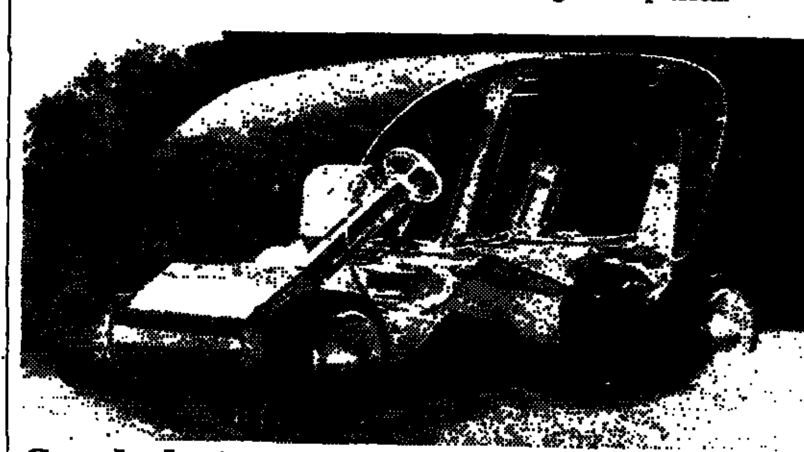
Der Wert der Gemälde (fünf von Monet, zwei von Renoir, je eines von Berthe Morisot und Narusé) wird auf umgerechnet 33 Millionen Mark geschätzt. „Doch die Bilder sind unverkäuflich", sagt Yves Brayer. „Sie sind in allen Katalogen und Kunstbüchern über den Impressionismus abgebildet. Jeder Konservator, jeder Kunst-Händler würde sie sofort erkennen."

Am Montag teilte ein Sprecher der „Akademie der Schönen Künste", der Besitzerin des Mamottan-Museums, mit, daß die neun gestohlenen Meisterwerke sowie die übrigen Bilder der Museumssammlung nicht versichert sind. „Das ist nicht ungewöhnlich", erklärte der Pariser Kunstexperte Maurice Rheims. „Wegen der hohen Versicherungsprämien versichern die französischen Museen ihre Sammlungen in der Regel nicht."

Den Bilderräubern wurde die Arbeit leicht gemacht. Bei Eröffnung des Museums um zehn Uhr morgens war die Alarmanlage abgestellt. „Sie ist nur nachts in Betrieb", sagte einer der unbewaffneten Wärter nach dem Raub. Nach Eröffnung des Museums drangen die Gangster mit den ersten 30 Besuchern in die Museumsräume ein. Unter Waffenandrohung sperrten sie die sechs anwesenden Wärter in einen Abstellraum. Während zwei Männer das Publikum mit ihren Waffen in Schach hielten, hängten zwei andere die Bilder ab. „Sie verschwanden so schnell, wie sie gekommen waren", berichtete die Kassiererin.

Die perfekt organisierte Aktion läßt Maurice Rheims vermuten, daß die Gangster Mitglieder der Terrororganisation „Action directe" seien könnten. Er erinnert daran, daß Mitglieder der „Bewaffneten Revolutionären Internationalen Gruppen" (GARI) 1978 aus einem Museum in Saint Germain-en-laye ein Bild von Hieronymus Bosch geraubt hatten, um auf sich aufmerksam zu machen.

Der Leiter der für Kunstraub zuständigen Zentralabteilung der Polizei in Paris, Jean-Claude Vincent, erklärte gestern, die Täter seien nach einer „ganz und gar ungewöhnlichen Methode" vorgegangen, in dem sie einen bewaffneten Überfall auf das geöffnete Museum verübten und nicht, wie üblich, die Kunstwerke bei einem nächtlichen Einbruch an sich zu bringen versuchten. Laut Vincent gehe es Räubern zumeist darum, die Versicherungen zu erpressen.



Symbol einer Idee: das Centomobil

Verkäuflich ist das futuristische Auto nicht. Das Fahrzeug, das aussieht, als käme es direkt von einem Weltraum-Fuhrpark wurde von Daimler-Benz-Stylisten und Forschern entwickelt und wirkt durch eine seitlich offene Fahrgastzelle aus spiegelndem oder transparentem Plexiglas.

Das Centomobil (Foto: DIE WELT) wird in der ARD-Eurovisionssendung „Die Zukunft hat Geburtstag", mit der das Fernsehen am 29. Januar nächsten Jahres den 100. Geburtstag des Automobils feiern will, vorgestellt.

Das Stuttgarter Unternehmen trägt mit diesem Fahrzeug dem anstehenden Jahrhundertereignis Rechnung. Das Centomobil hat zwar keinen Stern, seine Bedeutung wird aber durch die zentrale Rolle, die es im Jubiläumsfilm spielt, unterstrichen. Es soll die Jahrhundert alte Idee individueller Mobilität symbolisieren.

Alle Aggregate des Schau-Autos sind verchromt, Fenster, Türen und Kotflügel fehlen. Die reflektierenden Außenflächen führen zur Spiegelung der Umwelt, deren Farben, Stimmungen und Formen, durch die sich das viersitzige Mobil bewegt. Die Hauptrollen im Autofilm spielen Rennfahrer Niki Lauda und der amerikanische Filmstar Ross Harris, Regie führt Michael Pfleghar. HOR

Aids, Krebs und Herzinfarkt sind Kongreßthemen

AP, München

Die medizinische Vorsorge bei Krankheiten wie Krebs, Aids oder Herzinfarkt steht im Mittelpunkt eines zweitägigen Kongresses des „Grünen Kreuzes", einer Vereinigung zur medizinischen Vorsorge, über „präventive Medizin" in München. Der Direktor der Kinderpoliklinik der Universität München, Professor Heinz Spieß, wies gestern auf die Bedeutung dieser Themen hin, die der Tod der Schauspieler Rock Hudson durch Aids, Orson Welles durch Herzinfarkt und Yul Brynner durch Lungenkrebs auch in der Öffentlichkeit unterstrichen habe. Spieß beklagte, die Inanspruchnahme der medizinischen Vorsorge in der Bevölkerung lasse zu wünschen übrig. Der amerikanische Wissenschaftler Ernst L. Wynder von der „Amerikanischen Gesundheitsstiftung" in New York forderte die Krankenkassen auf, „den Ärzten für die Vorsorge genauso viel zu bezahlen wie für die Heilung". Den Ärzten warf er vor, sich zu wenig an der Vorsorgemedizin zu beteiligen.

Haftprüfung verschoben

dpa, Frankfurt

Die Entscheidung über eine Haftentlassung des wegen Millionenbetruges angeklagten Frankfurter Bankiers Eberhard Graf von Galen (49) ist gestern erneut verschoben worden. Der Grund: Das Protokoll eines Haftprüfungstermins lag dem Frankfurter Oberlandesgericht noch nicht vor. Die Entscheidung des Senats wird nun voraussichtlich heute verkündet. Die Strafkammer hatte Galen gegen eine Kaution von 16 Millionen Mark Haftverschonung gewährt. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt, über die nun vom Oberlandesgericht entschieden werden muß.

Brand in U-Bahn

DW, Mexico City

Rund 600 Menschen sind am Sonntag nachmittag (Ortszeit) bei einem Brand in einer U-Bahn-Station im Zentrum von Mexico City verletzt worden. Nach Angaben des mexikanischen Roten Kreuzes müssen 21 Personen mit einem längeren Krankenhausaufenthalt rechnen. Die übrigen Verletzten wurden nach ambulanter Behandlung entlassen. Nach ersten Ermittlungen hatte ein defektes Rad eines U-Bahn-Zuges einen Kurzschluß und schließlich den Brand ausgelöst.

Dienstwaffe untersucht

AP, Stuttgart

Die Dienstwaffe und eine Blutprobe des 34jährigen Backnanger Polizeibeamten Norbert Pöhlke wird nach Angaben der Landespolizeidirektion Stuttgart I „zur Zeit aufs genaueste" untersucht. Pöhlke steht im Verdacht, vor seinem Selbstmord in Italien seine Frau und seine zwei Kinder umgebracht zu haben und eventuell als „Hammer-Mörder" an der Mord- und Bankraubserie im Großraum Ludwigsburg/Heilbronn beteiligt gewesen zu sein.

Elf Tote bei Stürmen

AP, Stockholm

Die schweren Herbststürme, die am Wochenende über Nordschweden, Finnland und Teilen der Sowjetunion tobten, haben in Schweden elf Todesopfer gefordert. Die meisten Menschen kamen bei Autounfällen ums Leben. Der Sturm hat auch die Wasser des Finnischen Meerbusens in die vor Leningrad gelegene Kronstädter Bucht gedrückt und „beträchtliche Gebiete" der Stadt überschwemmt. Zwar seien Menschen nicht zu Schaden gekommen, aber eine Anzahl von Gebäuden und Hochspannungsleitungen sei beschädigt worden, meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass.



ZU GUTER LETZT

Nach der „Washington Post" hat die Zahl der Jäger wilder Truthähne in den USA jetzt die Anzahl der verfolgten Tiere erreicht: zwei Millionen. Das Blatt meint, nun sei es an der Zeit, Waffengleichheit zu schaffen und die Truthähne zu bewaffnen.